

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Wittwoch, den 30. Oktober 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Südwestdeutsche Wirtschaftsfragen. \*)

II.

Zwischen dem Vorgehen der Partikularisten im elsass-lothringischen Landtage und dem Verhalten der preussischen Regierung bei der Beratung des Schiffsabgabengesetzes besteht erichtlich ein gewisser Zusammenhang. Das Minettegebiet bedarf eines billigen Zufuhrweges für seine massenhafte Brennstoffzufuhr, als die Eisenbahnen sind; es benötigt auch eine billigeren Verbindung mit dem Osten und dem großen Weltmarkt für den Abzug seiner gewaltig steigenden Erzförderung, seiner Eisen- und Stahlproduktion. Die lothringische Roheisenproduktion ist von 293 615 Tonnen im Jahre 1881 auf 1 728 973 im Jahre 1911 gestiegen und nimmt weiter zu. Im westlichen Grenzlande hat sich ebenfalls eine steigende Abzug heischende Bergwerke, Eisen- und Stahlindustrie entwickelt; desgleichen in Luxemburg und Belgien. Somit wird die rasch wachsende elsass-lothringische Industrie auf Gewinnung östlich und südlich gelegener Absatzgebiete und auf die überseeische Ausfuhr verwiesen. Hier aber begegnet sie der durch Wasserstraßen und ihren vorzüglichen überreichen Brennstoff begünstigten niederrheinisch-westfälischen Konkurrenz. Dieser ist durch die Rheinschiffahrt ein billiger Weg bis tief in Süddeutschland hinein geöffnet. Wenn die im Schiffsabgabengesetz vorgesehene Kanalisierung des Neckars bis Heilbronn, die Mainkanalisierung bis Kischingen fertig ist, dann können die niederrheinisch-westfälischen Werke ihre Produkte noch billiger und tiefer in jene süddeutschen Landesteile transportieren, welche die südwestdeutsche Eisen- und Stahlindustrie, d. h. die lothringische und die im preussischen Saargebiet, als ihr natürliches Absatzgebiet zu betrachten veranlaßt ist.

Man hat in Südwestdeutschland, nachdem die separate Kanalisierung der Mosel und der Saar immer wieder auf die lange Bank geschoben worden war, bestimmt erwartet, daß in das Schiffsabgabengesetz auch die längst erhobene und triftig begründete vollständige Schiffbarmachung der genannten beiden linksrheinischen Flußläufe vorgezogen würde. Es war ja auch schon in der Reichstagskommission ein Votum im § 2 des Schiffsabgabengesetzes beschlossen, wodurch das an sich verteilliche, auch verfassungswidrige Gesetz für das südwestdeutsche Wirtschaftsgebiet wenigstens einen gewissen Lastenausgleich geschaffen hätte. Da aber trat das preussische Handels- und Verkehrsministerium in schroffer Weise gegen die Einbeziehung der Mosel und Saar in den rheinischen Stromverband auf!

Es ist wohl noch in Erinnerung, wie im Reichstage die Genossen Böhle-Strasbourg und Frank-Mannheim den Forderungen der preussischen Regierung entgegentraten. Auch Abg. Wasserfmann legte sich für die Mosel- und Saarkanalisation ins Zeug, hatte aber nicht alle seine Fraktionsgenossen hinter sich. Mit Hilfe der „liberalen“ Sezessionisten, der Konservativen und Merkmalen setzte die preussische Junkerregierung ihren Willen durch, das Gesetz wurde ohne Berücksichtigung der südwestdeutschen Kanalforderungen verabschiedet. Zum Ueberflus wurden durch dieses Gesetz die ober-rheinischen Gebiete, das Elsaß und das badische Oberland mit den stärksten, die Güterzufuhr verteuernenden Schiffsabgaben belastet.

Das mußten die Elsass-Lothringer als eine „echt preussische“ Brückierung empfinden und das Gefühl erwecken bzw. befeuern, daß absichtlich die Entwicklung des südwestdeutschen Wirtschaftsgebietes gehemmt werden solle.

Kann man sich wundern, daß aus diesem „echt preussischen“ Vorgang die partikularistischen Kreise im Reichslande Kapital schlagen? Bei den verschiedensten Gelegenheiten im Landtag kam die Erbitterung über die Hintanhaltung der südwestdeutschen Wirtschaftsinteressen seitens der preussischen Regierung lebhaft zum Ausdruck. Und die bekannte „Scherbenrede“ gah noch mehr Öl ins Feuer.

Der Erleichterung des Warenaustausches dienen verbilligte Transportbedingungen in hervorragender Weise. Darum ist die Sozialdemokratie stets für die Schiffbarmachung der Flußläufe und Anlegung von schiffbaren Kanälen eingetreten. Die elsass-lothringische Regierung hat nun dem Landtag einen „Generellen Entwurf für die Kanalisierung der Mosel von Metz bis Diedenhofen für Schiffe von 300 Tonnen Tragfähigkeit“ zugestellt. Wird dies Projekt verwirklicht, so ist zwar das lothringische Industriegebiet südlich Diedenhofens unmittelbar an das reichsländische Kanalnetz und durch dieses mittels des Rhein-Marne-Kanals und seinen Anschlüssen mit den französischen und belgischen Kanälen verbunden. Aber der wichtigste Wasserweg für die Verbindung Lothringens mit dem Saar- und dem niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet und darüber hinaus mit den Ostseehäfen fehlt dann immer noch. Der wäre geschaffen durch die Kanalisierung der Mosel von Diedenhofen bis Koblenz. Die volle Schiffbarmachung der Saar müßte sich anschließen, um dem ganzen süddeutschen Wirtschaftsgebiet den Vorteil einer billigen Wasserstraße zu gewähren.

Nun stelle man sich den Zustand vor, wenn die Mosel nur bis Diedenhofen kanalisiert wird! Dann können die lothringischen Landeserzeugnisse auf dem Wasserwege nur nach Reichsdeutschland gelangen, wenn sie den gewaltigen Umweg über Metz nach Strasbourg (wobei sie den französischen Mosel- und Rhein-Marne-Kanal zu passieren haben) benutzen. Die bedeutend kürzere Strecke von Diedenhofen nach Koblenz ist unerschiffbar, weil die preussische Regierung sich gegen seine Kanalisierung sträubt!

Durch die Verweigerung der direkten Wasserstraßenverbindung mit dem Rheinstrom genötigt, wird die reichsländische Volkswirtschaft wohl oder übel das Schwergewicht ihrer Austauschbeziehungen immer stärker nach dem Westen verlegen müssen, wozu die schon vorhandenen billigen Transportwege ohnehin einladen. Da aber aus den materiellen Daseinsbedingungen eines Landes die richtunggebenden politischen Stimmungen erwachsen, so können sich die „Wellenlinge“ nichts Besseres wünschen, als daß die preussische Regierung auf ihre Erschwerung des Austauschverkehrs der elsass-lothringischen Landeserzeugnisse mit dem Osten und Süden bestünde. Das bereits fast erloschene Protestertum gewinnt neue und reichliche Nahrung.

Daß hiermit nicht zuviel gesagt ist, lehrt ein merkwürdiger Briefwechsel zwischen dem preussischen Handelsminister und der Handelskammer Saarbrücken. Der Saarbrücker Handelskammerbezirk ist wegen seiner engen Wechselbeziehungen mit dem Minettebezirk wie dieser lebhaft interessiert an der Mosel- und Saarkanalisation, muß wie jener danach trachten, für seine Industrieerzeugnisse einen billigen Wasserweg zum Meere zu bekommen. Unberührt ließ sich der Saarbrücker Handelskammerbericht für 1910 dahin aus, durch seine „feindselige Haltung gegen die Mosel- und Saarkanalisation“ habe das preussische Staatsministerium die „Unzufriedenheit des Gewerbe- und Handelsstandes im Saargebiet außerordentlich stark vermehrt“. Der „deutsche Südwesen“, so hieß es weiter „... sucht hinter dieser ungreiflichen Stellungnahme persönliche Einflüsse und persönliche Mißstimmungen, da sie sich durch sachliche Erwägungen überhaupt nicht erklären lassen.“

Auf diese scharfe Kritik seiner Haltung antwortete Herr Minister Sydow in gereizter Weise, jene Bemerkung überschreite „nach Form und Inhalt das Recht der Handelskammer“, sich über Maßnahmen und Entschlüsse staatlicher Behörden zu äußern. Deshalb sei die Handelskammer ersucht worden, sich darüber zu äußern, wie sie solche Vorwürfe und Verdächtigungen glaubt rechtfertigen zu können. Die Handelskammer suchte in ihrer Antwort zwar der „Form“ eine harmlosere Deutung zu geben, führte aber zum „Inhalt“ aus, daß sie in der Sache auf ihrer Kritik beharren müsse. Längst sei die durch das preussische Handelsministerium und das Eisenbahnministerium gelegentlich der Beratung des Schiffsabgabengesetzes erneut aufgestellte Behauptung widerlegt, die Mosel- und Saarkanalisation würde die Eisenbahneinnahmen ungünstig beeinflussen und bedeute eine einseitige Bevorzugung des südwestdeutschen Wirtschaftsgebietes. In dieser Beziehung wirft die Handelskammer dem preussischen Ministerium unerbittlich un-

richtige Belehrung der Parlamente vor. Der Eisenbahnminister Preitenbach habe sodann vor dem Reichstage am 28. November 1910 direkt zugegeben, „daß Einflüsse der nordwestlichen Eisenindustrie den Ausschlag (für die ablehnende Haltung der preussischen Regierung zur Mosel- und Saarkanalisation) gegeben hätten. Das können doch nur Einflüsse rein persönlicher Art sein.“ Man kann einer Regierung kaum schwerere Vorwürfe machen, als es hier seitens der Saarbrücker Handelskammer in offizieller Form geschieht.

Die Antwort an Herrn Sydow spricht dann weiter von der „Empörung“, die im Saargebiet durch die Haltung der preussischen Regierung hervorgerufen sei. Der beanstandete Bericht gebe „nur ein stark gemildertes Bild von der hochgradigen Erregung, welche im Saargebiet über das Vorgehen einer königlich preussischen Staatsregierung gegen die Kanalisierung der preussischen Mosel und der preussischen Saar herrscht“. Das königlich preussische Staatsministerium habe „die wirtschaftliche Entwicklung eines bedeutsamen Gebietes“ nicht, wie geschehen, zu bekämpfen, sondern zu fördern:

„Die Nichterfüllung dieses Gebots hat eine tiefe Enttäuschung erzeugt, und man hört vielfach, daß man zur hundertjährigen Zugehörigkeit des Saargebietes zu Preußen (!) in wirtschaftlicher Hinsicht mit sehr gemischten Gefühlen gegenübersteht (!). Eine für diese Gelegenheit von gewisser Seite angeratene Ausstellung ist wesentlich nur aus diesem Grunde gescheitert!“

Wenn in so scharfer Weise sogar eine preussische Handelskammer, zu deren tonangebenden Vertretern Mitglieder des Dreiklassenparlaments und sogar ein preussisches Herrenhausmitglied gehören, das in erster Linie auf die Bedürfnisse des ostelbischen Großagariertums zugeschnittene Schiffsabgabengesetz beurteilen, dann kann man sich vorstellen, welche Empfindungen diese „echt preussische“ Tat im Reichslande auslösen mußte!

Es ist auch höchstreich, aus dem Briefwechsel zwischen Saarbrücken und Berlin zu erfahren, wie das „patriotische Gefühl“ auf eine Vernachlässigung der wirtschaftlichen Interessen reagiert. Herr Sydow gab unterm 20. Juli v. J. auf diese Manifestation der Saarbrücker Industriellen eine „bedauernde“ Antwort, die dann auf seinen Wunsch nebst den zugehörigen Aktenstücken von dem Handelskammerpräsident (augenscheinlich mit Vergnügen) den Interessenten zur Kenntnis gebracht wurde. Wer dabei unter die Räder gekommen ist, kann keinem Zweifel unterliegen.

Unsere Genossen im elsass-lothringischen Landtage werden sich auf im Grunde genommen reaktionäre Experimente a la Verhüttungszwang nicht einlassen. Auch bei der sonst noch in Aussicht gestellten Bergwerksabgabengesetzgebung werden die Sozialdemokraten darauf sehen, daß nicht unter partikularistischem Deckmantel die Geschäfte einer gewissen Clique befördert werden. Die zeitgemäße und dem Gemeinwesen nützlichste Maßregel ist die Zurücknahme des dem Volke durch die industriekapitalistische Gesetzesmacherei entzogenen Verfügungsrechtes über die mineralischen Bodenschätze und ihre Verwertung zum Vorteil der Allgemeinheit, nicht zur Züchtung von millionenreichen Monopolisten.

## Kampfpause.

Ueber wenige und nur unbedeutende Zusammenstöße wird heute berichtet. Damit ist nicht gesagt, daß das Meer von Blut, das schon aus Rehtaufenden von Menschenleibern gekostet ist, jetzt abgedämmt wird. Im Gegenteil. Die Ruhe dieser Tage ist nur der Zwischenakt, der neuen und blutigeren Kämpfen vorausgeht. Jetzt wird nicht an den Kampfesmut der Soldaten, sondern an ihre Marschfähigkeit appelliert. Es mögen gewaltige Strapazen sein, die jedem der feindlichen Heere jetzt zugemutet werden, Strapazen, die durch schlechte Wege, rauhes und regnerisches Wetter und dürftige Kriegsverpflegung vermehrt werden. Auf allen

Kriegsschauplätzen sieht die Kriegslage im Zeichen eines neuen Aufmarsches. Die türkischen Heeresleitungen müssen darauf bedacht sein, die Rückzugsbewegung zum Stehen zu bringen und die auseinandergezogenen Truppenkörper zu einem verzweifelten Widerstande zu konzentrieren. Serben und Bulgaren aber müssen danach trachten, diesem Widerstand mit einer möglichst großen und geschlossenen Heeresstärke entgegenzutreten. Dabei ist besonders auf dem östlichen Kriegsschauplatz bei den bulgarischen Truppen, die in die Flanke der türkischen Armee am Ergeneffluße kommen sollen, der Aufmarsch durch Gewaltmärsche zu



Die militärische Lage im östlichen Macedonien.

\*) Siehe „Vorwärts“ Nr. 248.



befehligen. Der Strahl aber die Gefahr in sich, daß die Bulgaren mit überanstrengten Mannschaften und ausgepumpten Pferden ins Gefecht gehen müßten.

Die Bulgaren scheinen sich vor Adrianopel doch auf eine längere Belagerung einzurichten zu müssen. Ein Sturm auf die Festung würde der Armee zu viel Kräfte entziehen, die für die entscheidende Feldschlacht dringend gebraucht werden. Die Aushebung der älteren Jahreshklassen der Landwehr in Bulgarien läßt darauf schließen, daß es sich um Menschenmaterial handelt, das in den Laufgräben und Batterien der Belagerungsarmee die Strapazen eines Herbst- oder gar Winterfeldzuges auf sich nehmen muß. Wenn auch die letzten Wochen der Ruhm der heldenmütigen Verteidiger von Plewna arg verdunkelt haben, so beweist die tapfere Verteidigung Sutaris, daß die Türken im Festungskriege noch ihren Mann stehen.

Die antizipierten, aus Konstantinopel kommenden Nachrichten klingen ziemlich zuversichtlich. Das ist natürlich vom Standpunkt der Türkei aus schon aus politischen Gründen erklärlich. Ob aber der Optimismus der türkischen Regierung berechtigt ist, werden die kriegerischen Ereignisse der nächsten Tage erweisen. Der organisierte Massenmord und alle Schlachtengrenzen werden bald eine neue furchtbare Auflage erleben; die sogenannten „Kulturnationen“ Europas aber tragen ihr vollgerüttelt Maß Schuld an diesem Wüten der Kriegsfurie.

Von der Zerrissenheit der Lage in der Türkei zeugt die Nachricht von der Demission des Großwesirs Gazi Ahmed Mukhtar, des Vaters des bei Sirikilise besiegten Generals, an dessen Stelle Riamil Pascha tritt. Dieser Ministerwechsel stimmt sehr wenig zu der energischen Sprache, die aus den heutigen Meldungen aus Konstantinopel klingt: sie bedeutet aber auch eine Stärkung des englischen Einflusses am Goldenen Horn.

Kompliziert wird die internationale Lage noch durch das eigenartige Verhalten Rumäniens. Zwar werden die Meldungen über Mobilisation von der dortigen Regierung amtlich dementiert. Aber die Bewilligung der Heereskredite und das Zugeständnis, daß die Truppenteile auf „Bereitschaftsstärke“ gebracht werden, lassen darauf schließen, daß auch Rumänien seinen Anteil an der allgemeinen Beute begehrt. Worin dieser bestehen soll, ist noch nicht recht klar. Eine Mobilisierung Rumäniens kann sich aber nur gegen Bulgarien richten. Das würde aber Rußland auf den Plan rufen, und die Gefahr eines europäischen Krieges würde drohender denn je.

#### Ministerwechsel in Konstantinopel.

Konstantinopel, 29. Oktober. Der Großwesir Gazi Ahmed Mukhtar hat demissioniert. Riamil Pascha ist zu seinem Nachfolger ernannt worden.

Verhärfung des Belagerungszustandes in Konstantinopel.

Konstantinopel, 29. Oktober. Der Belagerungszustand ist seit gestern abend verschärft worden.

#### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Belagerung Adrianopels.

Sofia, 29. Oktober. (Meldung des Wiener K. K. Telegraphen-Korrespondenten.) Da die bulgarische Armeeleitung erfahren hat, daß Adrianopel nicht genügend mit Lebensmitteln versehen ist, und da sie die schweren Verluste, die eine Erstürmung herbeiführen würde, vermeiden will, scheint sie vorläufig die Absicht einer Erstürmung fallen gelassen zu haben und eine planmäßige Belagerung bzw. Anshungerung der Festung zu beabsichtigen.

Türkische Zuverlässigkeiten.

Konstantinopel, 28. Oktober. (W. Z. B.) Das hier verbreitete Gerücht, Mahmud Mukhtar Pascha sei abgesetzt und verhaftet worden, ist falsch. Mukhtar hat durch Schuld seiner Diener sein gesamtes Gepäck verloren, sein persönlicher Adjutant bringt ihm heute abend neue Kleider und Wäsche ins Lager. Auch das Gerücht über die Verhaftung des Generals Nis Pascha ist noch unbefätigt.

Die Panik in Konstantinopel hat nicht den Umfang angenommen, der anfangs befürchtet wurde. Die gesamte Lage

hat sich an den beiden letzten Tagen namentlich infolge energischer Eingreifen des Kriegsministers entschieden gebessert. Da jetzt erst (?) Divisionstruppen bester Qualität aus dem Innern Kleasiens eintreffen, um in die Front abzugehen, wird hier den letzten Kämpfen keine irgendwie entscheidende Bedeutung beigemessen.

Konstantinopel, 29. Oktober. Ein halbamtliches Communiqué erklärt, nach Telegrammen, die dem Kriegsministerium zugehen, habe die Armee in voller Ordnung die Vorwärtsbewegung begonnen. — Dem Vernehmen nach wird sich der Thronfolger, der den Rang eines Marschalls bekleidet, auf den Kriegsschauplatz begeben.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Serben in Koprivka.

Belgrad, 29. Oktober. Amtlich wird bestätigt, daß Koprivka von den serbischen Truppen eingenommen worden ist.

Belgrad von Verwundeten überfüllt.

Belgrad, 28. Oktober. Infolge der großen Zahl der täglich eintreffenden Verwundeten mußten sämtliche Schulen als Spitäler eingerichtet werden. Das Kriegsministerium fordert alle mit der Krankenpflege vertrauten Frauen und Mädchen auf, sich in den Dienst des Roten Kreuzes zu stellen. Bisher sind 1500 Verwundete eingetroffen. Die Bevölkerung spendet den Verwundeten Speise, Getränke, Geld und Blumen. Vor den Spitalen stehen täglich Hunderte von Bauernfrauen, welche auf Einlaß warten.

#### Vom montenegrinischen Kriegsschauplatze.

Ein montenegrinischer Erfolg im Norden des Sandschak.

Niska, 29. Oktober. Die montenegrinischen Truppen haben gestern mittag Pledje besetzt.

#### Der österreichische Ministerpräsident gegen den Frieden um jeden Preis.

Wien, 29. Oktober. Abgeordnetenhaus. Bei der Fortsetzung der ersten Lesung des Staatsbudgets erklärte Ministerpräsident Graf Stürgkh in Verantwortung der an ihn gerichteten Interpellationen über die kriegerischen Ereignisse auf dem Balkan: Die Ergebnisse des bisher gepflogenen Gedankenaustausches berechtigen zu der Hoffnung, daß es gelingen wird, der Monarchie die Segnungen des Friedens auch fernerhin zu erhalten. In bezug auf die in der Interpellation des Abgeordneten Bernerstorfer und Genossen vorgebrachten weitergehenden Wünsche wegen Erhaltung des Friedens in jedem Falle kann ich betonen, daß unser Auswärtiges Amt gewiß keinerlei aggressive Ziele verfolgt. Ich muß jedoch beifügen — und diese Bemerkung ist natürlich ganz allgemein ohne Rücksicht auf eine gegebene Situation —, daß das Prinzip der Erhaltung des Friedens in jedem Falle und um jeden Preis nicht die Grundlage der Politik einer wenn auch von noch so friedlichen Intentionen geleiteten, so doch in legitimer Weise auf den Schutz ihrer berechtigten Interessen bedachten europäischen Großmacht bilden kann. Bisher ist nicht einmal eine Verstärkung des Friedensstandes unserer Truppen verfügt, geschweige denn eine darüber hinausgehende, den Charakter einer Mobilisierung tragende Maßnahme getroffen worden.

Das Abgeordnetenhaus setzte dann die erste Lesung des Budgets fort. Der tschechische Sozialdemokrat Smeral bezeichnet den Status quo auf dem Balkan als unhaltbar. Der Redner wandte sich entschieden gegen eine etwaige Einmischung der Monarchie in die Balkanangelegenheiten und trat für eine friedliche Regelung der verschiedenen Streitpunkte ein. Smolka (Dalmatiner) betonte die Notwendigkeit einer freundschaftlichen Annäherung Oesterreichs an die Balkanstaaten, die für die Monarchie vorteilhafter sein werde als die türkische Freundschaft. Der tschechisch-österreichische Schillingler erklärte, die Sympathien aller Slawen Oesterreichs ständen aufseiten der Balkanstaaten, der Status quo sei unhaltbar. Oesterreich-Ungarn solle sich an die Spitze eines Balkanbundes stellen, aber nicht immer ein Anhängsel der deutschen Politik bleiben. Es wäre unrecht, den Balkanstaaten das zu nehmen, was sie mit blutigen Opfern gewonnen. Die Regierung müsse ihren ganzen Einfluß daran setzen, damit Europa der Friede erhalten bleibe.

Automobil, Laufereien und Unterredungen! Aber das halbe Duzend Kraftwagen, über das Belgrad verfügt, ist von der Mobilisation in Reih und Glied gestellt. Auch das war nicht. Ein weiser Kollege, weit vom Schuß, meinte, von dem erhabenen Standpunkt des Wiener Hofkriegsrats aus, er wäre auf Schusters Rappen mutig davongekracht. Glorreicher Gedanke! Aber ganz zu schweigen davon, daß die Grenze von Belgrad sehr gering gerechnet, erst in vierzehn Tagemärschen zu erreichen ist und man bis dahin in endloser Monotonie nicht mehr erspähen würde als Himmel, Erde und Bajonette, ist jeder Brückenübergang, jede Straßenkreuzung, jeder Dorfstein- und -ausgang von Landsturmleuten peinlich bewacht, die jedem Verdächtigen, das heißt: jedem, der sich nicht als Angehöriger der Armee ausweisen kann, mit barschem Jurak das Bajonett auf die Brust setzen. Und schließlich war die Behörde durch Spitzel über jeden Schritt der Kriegskorrespondenten auf das Sorgfältigste unterrichtet und keiner wäre auch nur über das Weißbild Belgrads hinausgelangt, ohne flugs aufgegriffen und im Schuß über die Grenze gesetzt zu werden.

Dann kam als Erleichterung die Fahrt nach Niska, deren Ertrag in einem anderen Briefe niedergelegt ist, einem Brief, der von Semlin abgeschrieben werden konnte. Denn solange dieses ungarische Städtchen durch fünfundsiebzig Minuten Dampferfahrt auf der Save von Belgrad zu erreichen war, stand die Sache noch nicht ganz so schlimm. Von hier aus existierte die regelmäßige und ungenutzte Post- und Telegraphenverbindung mit Westeuropa, aber selbst von hier aus wagten die Korrespondenten, aus Furcht, sofort von serbischen Wachen ausgewiesen zu werden, wie es ungefähr Herrn Koda Koda erging, velleibe nicht alles zu berichten. So hat man nirgends in der europäischen Presse ein Wortchen davon gelesen, daß vergangene Woche der Hauptmann Petrovitch wegen Spionage zugunsten der Türkei in der Belgrader Philadelle Kriegsgerichtlich erschossen worden ist. Und so ging es mit vielen anderen Nachrichten.

Der schwarze Druck der Zensur wurde aber erst fühlbar, sobald man auch nur ein paar Kilometer im Innern des Landes weilt, und vollends aus dem journalistischen Hauptquartier, das man am Montag in einem Extrazug nach Siben abgeschoben hat, kann auch nicht eine Silbe in die Lande gehen — man hat es ganz offen erklärt —, die von der Zensur nicht abgelenkt ist. Mit den Berichterstattern in den anderen Kriegslagern steht es nicht anders. Aus Montenegro sind zwei Engländer ausgewiesen worden, weil sie den Heroismus der Helden von Gernagora nicht im strahlendsten Lichte gezeigt hatten. Der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ aus Sofia meldet: Das Sieb der Zensur ist noch neu. Die Jour-

#### Eine Ergänzung der Kriegsdrohungen des Königs Carol.

Bukarest, 29. Oktober. Das neue Kabinett gab folgende Erklärung ab: Die Konservativen und die Konföderativ-Demokraten haben sich zu gemeinsamer Arbeit vereinigt, mit dem Wunsch, in den inneren Fragen ein ebenso vollständiges Einvernehmen herbeizuführen, wie es auf dem Gebiet der auswärtigen Politik bereits besteht. Diese äußere Politik, die seit langer Zeit beständig und gegen innere Strömungen gesichert ist, wird von der einstimmig anerkannten Autorität des Königs Carol, die stets die wirklichen Interessen des Landes im Auge hat, weise geleitet. Die neue Regierung hofft um so mehr den Anforderungen der Lage entsprechen zu können, als die rumänischen Staatsfinanzen sich in außergewöhnlich blühender Verfassung befinden und ein tapferes Heer stets für alle Eventualitäten bereit ist. Alles das sind Garantien dafür, daß Rumänien, dessen Beziehungen zu allen Staaten die besten sind, in etwa möglichen Verwicklungen den Platz sich wahr, auf den es ein Recht vermöge der Stellung besitzt, die es sich in Europa durch seine anerkannt kluge Haltung erworben hat.

#### Die Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus.

Brüssel, 28. Oktober. (Eig. Ber.)

Die Sitzung des Bureaus findet im weißen Saale des Volkshauses statt. Anwesend sind folgende Delegierte:

Für Deutschland: Haase, Mollenhuth, Rautsky; Oesterreich: Dr. Adler; Polen: Rosa Luxemburg, Diamand; Ungarn-Kroatien: Weltner, Garami, Vuffey; Böhmen: Remec, Soukup, Briha, Kolar; Belgien: Vandervelde, Ansele, Furnemont, Huysmans (Sekretär); Dänemark: Stauning, Wadjen; Spanien: Fabra Ribus, Emilio Corrales; Frankreich: Jaurès, Bailant, Angèle Roussel, Longuet (Ersatzmann); England: Goldstone, Bruce Glasier, Duell; Italien: Angeloni, Balabanoff, Agnini; Holland: Troelstra; Rußland: Plechanov, Rubanowitsch, Merkel (Letzter); Schweden: Branting; Schweiz: Studer; Türkei: S. Rahum.

Huysmans teilt mit, daß folgende Bureaumitglieder ihre Abwesenheit entschuldigt haben: Bebel, Guesde, Rissen (Norwegen), Laptschewitsch (Serbien), Sakasow, Kirkow (Bulgarien). — Dr. Rakowski (Rumänien) wird erst am Abend eintreffen. Ein Begrüßungstelegramm hat die Sozialdemokratie Bosniens und der Herzegowina aus Serajewo geschickt.

Die Zulassung der Presse wird auf die Vertreter der Zentralorgane der angeschlossenen Parteien beschränkt.

#### Die internationale Situation.

Zum ersten Punkt: Die internationale Situation ergreift das Wort

Dr. Adler:

Wir sind uns darüber einig, daß wir uns in der schwierigsten Lage befinden, worin sich das internationale Proletariat, soweit wir zurückdenken, gesehen hat. Die Gefahr eines europäischen Krieges zeigt sich nahe und es fragt sich nun, welches die Kraft des Proletariats ist, sich diesem entgegenzustellen. Ich spreche zunächst als Oesterreicher, das heißt als ein leider sehr nahe Beteiligten. Der Balkankrieg ist ein Ereignis, das man seit langem erwarten mochte, dessen Ausbruch indes doch überrascht hat. Die Urolachen aufzuzucken, hat hier keinen Zweck. Es ist zweifellos, daß das Erwachen der Balkanvölker kommen und zu einem Kampf gegen die Türkei führen mußte. So sehr das gegen unsere Interessen gehen mag, dieser Tatsache können wir uns nicht verschließen. Der Status quo hatte nicht nur für die Diplomatie, sondern auch für uns keine Bequemlichkeit. Wir hatten das Interesse, den Konflikt möglichst weit hinauszuschieben, bis zum Augenblick, wo das Proletariat ein entscheidendes Wort sprechen konnte. Dieses Interesse kam auch in dem Wunsch vieler Sozialisten — bewußt oder unbewußt haben ihn alle gehabt — einen raschen Sieg der Türken zu sehen, damit Ruhe werde, zum Ausdruck. Aber diese Tendenz, worin der gesunde Menschenverstand sprach, ist wie dieser etwas enge. Und die Tatsachen werfen sie über den Haufen. Wir sehen, daß die Türkei — ich sage an scheinend — weniger widerstandsfähig ist, als man angenommen hat, die Balkanstaaten, aber stärker, als man glaubte. Die Tatsachen sprechen dafür, daß der status quo überholt, die Fäulnis der Türkei zu weit vorgegriffen ist. Zu dieser Erkenntnis

malisten, deren man heute schon über hundert zählt, wissen davon ein Lied zu singen. Man vertreibt uns auf die stündlich zu erwartende Abreise ins Hauptquartier. Wenn aber die Zensurbestimmungen, wie sie uns, in einem Heftchen gedruckt, zur Lektüre empfohlen werden, auch nur zur Hälfte durchgeführt werden, so wird es um die freie Verichterstattung recht seltsam bestellt sein.“ Der des „Berliner Tageblattes“ aus derselben Stadt: „Wir wissen hier von den Vorgängen weniger, als außerhalb der Landesgrenzen bekannt sein dürfte, und wenn wir etwas wissen, dann dürfen wir es nicht berichten.“ Und endlich der der „Kölnischen Zeitung“: „... Danach sind auch die Weisungen für die Verichterstattung gehalten, sie sind eng gezogen, und manchem kommt die Befürchtung, daß er nicht viel zu berichten haben werde.“ Und daß es bei den Türken genau so ist, zeigt die Klage des Korrespondenten des „Berliner Tageblattes“ aus Konstantinopel: „Unsere Stellung als Kriegsberichterstatter ist hier eine äußerst schwierige. Man kommt uns nicht allzu freundlich entgegen. Begreiflich ist das ja. Was haben die Türken davon, daß so gegen dreißig unnütze Presser nach mit ins Land ziehen? Das Reglement, das wir unterschreiben mußten, macht uns zu türkischen Gefangenen, die im Hauptquartier untergebracht werden. Wann wir zur Front kommen werden, ist noch sehr fraglich.“

Nun mögen bürgerliche Berichterstatter immer noch dabei auf ihre Kosten kommen, wenn sie die Siegesbulletins, die ihnen jeden Tag ein Generalstabsoffizier diktiert, pflichtschuldigst nach Hause telegraphieren; für einen sozialdemokratischen Journalisten, der die Wahrheit und nur die Wahrheit über die Menschenverhältnisse des Krieges berichten möchte, ist der Aufenthalt als „Gefangener des Hauptquartiers“ weit hinter der Front außerhalb der Möglichkeit zu schauen oder zu schreiben, eine Sinnlosigkeit.

Es blieb die eine Möglichkeit, als Schichtenbummler mit dem journalistischen Hauptquartier zu ziehen, und sich vorderhand als Analphabet zu gebärden, um nachher die Eindrücke auf Auge und Trommelfell zu verarbeiten. Doch auch hier wäre die Ausbeute nicht besonders wertvoll gewesen und hätte — das ist ein Hauptpunkt! — vor allem in seinem Verhältnis zu den gewaltigen Kosten gestanden, die ein solches Unternehmen verschlingt. Für Berichte über mörderische Anallereien Tausende und Tausende auszuwerfen, wie es die großen bürgerlichen Blätter tun, steht der sozialistischen Presse mit Recht nicht an.

So mußten denn unter dem harten Zwang der Notwendigkeit die Zelte abgedreht und das Experiment beendet werden, das nur soweit geplatzt ist, als es glücken konnte, nämlich auf dem Gebiet informativster Verreicherung. bw.

#### Kriegsbriefe vom Balkan.

IV.

#### Anfang und Abbruch.

Als der erste dieser Briefe sagte: „Welleicht werden niemals richtige Kriegsbriefe daraus“, sagte er lediglich die Möglichkeit des Friedens ins Auge, aber nicht die Unmöglichkeit einer wertvollen Verichterstattung zu Kriegeszeiten. Und doch müssen diese Kriegsbriefe abgebrochen werden, nicht weil es keinen, sondern gerade weil es Krieg gegeben hat und weil es unmöglich ist, eine Zeile unbefangenen zu schreiben und unbefangenen über die Grenze zu befördern.

Nur hat Napoleon einmal behauptet, das Wort unmöglich stehe nur im Wörterbuch eines Narren, aber, so weit bekannt, hat er sich nie zu Kriegeszeiten als Korrespondent in einem Balkanstaat aufgehhalten. Von dem allgemeinen Mißtrauen und Uebelwollen der Behörden gegen die Journalisten, das sich in dem Wort äußert: „Wir führen keinen Krieg für den Kinematographen und die Zeitungsschreiber“, soll hier gar nicht besonders Wesen gemacht werden — wo der Säbel die erste Rolle spielt, wird immer die Feder an Schätzung verlieren und einen Haufen Unzuträglichkeiten wird man bei derlei Audienzbesuchen immer in Kauf nehmen müssen. Aber während die bürgerlichen Korrespondenten ihren Belgrader Aufenthalt so gut es ging zu nutzen wußten, indem sie jeden Tag die offiziellen Mitteilungen des Pressebureaus und allerhand Aufgeschnapptes ihren Blättern telegraphierten — manche hatten ein tägliches Telegrammbudget von 200 bis 300 Mark —, verstrichen, abgesehen von wertvollen, aber nicht sofort verwertbaren Informationen bei Ministern und Parteiführern, wie bei Bauern, Handwerkern und Arbeitern, für den sozialistischen Journalisten die Belgrader Tage des Wartens ziemlich nutzlos. Man mag noch so sehr Stimmungsmensch sein, mehr als zwei oder drei Stimmungsbilder über eine Stadt, die nichts weiter tut, als wartet, preßt man nicht aus sich heraus. An Anstrengungen, sich dem lähmenden Bann dieses Wartens zu entziehen, hat es wahrhaftig nicht gefehlt. Zuerst lebte im Zusammenhang mit Beziehungen zu einflussreichen Persönlichkeiten die Hoffnung auf eine Fahrt mit einem Militärszug an die Grenze. Wieviel Laufereien deshalb hierhin und dorthin, wieviel Unterredungen mit diesem und jenem! Sogar im Ministerium wurde die Sache besprochen, und schließlich kam, nach viel Ungeheiß, Erwartung und Hoffnung, die fast ablehnende Antwort: „Die Militärbehörden machen keine Ausnahme.“ Dann tauchte der Gedanke auf an eine Fahrt ins Innere auf gut Glück mit einem



sind nicht nur wir gekommen, sondern seit dreimal 24 Stunden sogar der reichhaltigste, beschränkste Faktor, den wir haben — die österreichische Diplomatie. — Wir haben eine unumschränkte Verantwortung für unsere Genossen auf dem Balkan, die uns in ihrem heldenmütigen Verhalten ein außerordentliches Beispiel geben. Aber auch die nationale Entwicklung auf dem Balkan ist im Interesse von uns allen. Wir wünschen den Balkanvölkern die volle Unabhängigkeit und Autonomie, aber — wir wollen sie nicht mit unserem Blute bezahlen. Was wir tun können und müssen, ist, daß wir alle — jeder in seinem Lande — unsere Kraft daran setzen, daß keine Intervention stattfindet. Dies tun wir in Oesterreich, indem wir unseren Einfluß im Parlament, in der öffentlichen Meinung und im Proletariat geltend machen und erklären: Oesterreich hat auf dem Balkan nichts zu suchen. Es ist unfähig, seinen eigenen Südstaaten eine erträgliche Existenz zu sichern, auf dem Balkan hat es stets eine reaktionäre Politik gemacht. Die Bekämpfung der Intervention ist wohl eine negative Politik, aber ist alles, was wir in dieser Situation machen können.

Ich komme jetzt zu den Interessengegensätzen, die hinter dem jetzigen Konflikt wirken, vor allem der zwischen Rußland und Oesterreich. Es besteht kein Zweifel darüber, daß russische Intrigen im Spiele sind. Wir haben alles Interesse daran, sie aufzuzeigen. Und wenn man uns sagt, daß die Auflösung der Türkei eine Verstärkung des russischen Einflusses in Südosteuropa bedeuten könnte, so sind wir entschlossen, alles zu tun, um dies zu verhindern. Aber vielleicht stehe ich unter der Suggestion der allerjüngsten Ereignisse, wenn ich zu einem anderen Urteil über die Bedeutung der Entscheidungen, die sich da unten vollziehen, komme. Ich meine: eine schwache Türkei ist kein Schutz vor Rußland, aber eine starke Balkanvölkerung wird sich nicht zum Werkzeug Rußlands hergeben. Vielleicht verliert Rußland sein Spiel nicht durch den türkischen, sondern gerade durch den bulgarischen Sieg. Vielleicht — ich sage vielleicht — ist die Befestigung des Jura bei den freien Serben und Bulgaren in besseren Händen, als bei einer den Intrigen der Diplomatie preisgegebenen Türkei. Wir müssen dieses hoffen.

Was wir jetzt zu tun haben, ist nicht, gegenüber dem jetzigen Kriege Stellung zu nehmen. Es ist selbstverständlich, daß wir alle gegen den Krieg überhaupt sind. Aber unsere Sache ist, nicht gegen Dinge zu protestieren, die sind, sondern gegen Dinge, die kommen können — also vor allem gegen eine österreichisch-russische und — was jetzt leicht kommen kann — englische Intervention. Ich möchte da nur hinzufügen, daß die Zwangsvorstellung, die in Oesterreich geherrscht hat, als ob der Sandhaß für Oesterreich absolut notwendig sei, zu weichen beginnt. Wir haben in Oesterreich, wie wohl überall, in den offiziellen Kreisen zwei Strömungen. Die für die auswärtige Politik verantwortliche Persönlichkeit spricht und ist wohl auch für den Frieden. Zweifelloser aber gibt es auch oben eine Strömung für den Krieg, und in ihr treiben natürlich auch Leute, die aus dem Krieg ihr Meier machen. Aber in den letzten vierzehn Tagen haben wir ein Stück Geschichte erlebt, das wohl nicht nur unser Denken verändert hat. Ich glaube sagen zu können, daß, wofür Rußland keinen Vorstoß macht, Oesterreich seine Neutralität bewahren wird. Aber wir haben trotzdem unsere Bemühungen zu steigern, um den Krieg unpopulär zu machen und zu verhindern, daß er populär gemacht werden kann — denn einen Krieg, der nicht populär gemacht worden ist, führt keine Regierung mehr. Ich glaube, daß die Einigkeit des Proletariats auf die Regierungen nicht ohne Eindruck bleiben kann. Unser Standpunkt muß sein: Der Balkan den Balkanvölkern und — für Oesterreich und Rußland — Hände weg!

Die Diskussion beginnt mit einer kurzen Rede des Genossen Balkant:

Abler hat uns sehr richtig gezeigt, daß im jetzigen Krieg neben den Intrigen der Mächte ein Element der Entwicklung wirksam ist. Welche Folgen der Ausgang des Krieges für den Juraismus und damit für die europäische Revolution haben wird, läßt sich indes schwer entscheiden. Was für uns am wichtigsten ist, ist, daß kein europäischer Krieg daraus entsteht. Mit dem Blut der europäischen Proletarier dürfen wir die Befreiung der Balkanvölker nicht bezahlen. Die Parole Adlers: gegen die Intervention! ist durchaus am Platz. Unsere österreichischen Genossen führen jetzt eine Aktion gegen die Intervention, in allen Ländern manifestiert das Proletariat für den Frieden. Das internationale Bureau muß das Proletariat auffordern, diese Aktion zu verstärken. Mit dem jetzigen Krieg auf dem Balkan müssen wir uns als mit einer Last abheben, aber gegen die Ausdehnung des Krieges müssen wir alle Kräfte aufbieten.

Haase:  
Wir Deutsche haben beim ersten Wetterleuchten die Gefahr des Weltbrands erkannt. Seit zwanzig Jahren sind auf dem Balkan starke Interessen des deutschen Kapitalismus vorhanden. Wir kennen die Treibereien unseres Imperialismus und haben zu befürchten, daß Deutschland auch durch den österreichischen Imperialismus in einen kriegerischen Konflikt hineingerissen werden kann. Wir haben die bürgerliche Presse das famose Thema von der „Ridlungentreu“ variieren gesehen. Dazu kommt der deutsch-englische Gegenstand. Adler hat freilich in seinem unverwundlichen Optimismus das Einberufen der Mächte in der Lokalisierung des Krieges beteuert. Wir teilen diesen Optimismus nicht. Das Proletariat ist es, das diese Lokalisierung bewirken muß. Der Status quo ist durch die Tatsachen überholt — er ist in der Tat nur ein Status quo ante (der Zustand von früher). Unsere Stellung wird durch die Beschlüsse von Stuttgart und Kopenhagen bestimmt. Wir in Deutschland haben alles getan, um den Krieg unpopulär zu machen. Wir können sagen, daß es unmöglich wäre, in der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft Deutschlands irgend einen Chauvinismus zu erzeugen. Aber das genügt nicht. Wir müssen an die ganze öffentliche Meinung appellieren. Wir haben außer unserem Manifest auch Volksversammlungen veranstaltet, die ihre Wirkung schon geübt haben. Wir müssen uns jetzt in einem wuchtigen Manifest an ganz Europa wenden und darin unserer bewundernden Solidarität mit den Genossen des Balkans und unserem Willen, die Ausdehnung des Krieges zu verhindern, Ausdruck geben. Ich glaube, daß unsere Kraft, wenn wir sie voll ausnützen, den Staatsmännern ein mächtiges Hindernis hinsetzt und daß sie nicht leichtfertig einen Krieg beginnen werden, wenn sie erkennen, daß das Proletariat alles daran setzt, ihn zu verhindern.

Jaurès:  
Das Problem ist nicht einfach. Wir haben mit einer Last zu rechnen, die unsere Aufgabe kompliziert. Herr Poincaré hat gestern von der Vereinigung der Mächte zur Schlichtung des Kriegskonflikts gesprochen und hinzugefügt: Der Tag der Schlichtung ist vielleicht näher als man glaubt. Nun beachten Sie folgenden Umstand! Poincaré hatte sein Manifest in Paris für die Zeitungen zurückgelassen und in diesem Manuskript stand der Satz noch nicht. Er wurde erst um 11 Uhr nach einem Telegramm in Wechsel zwischen Paris und Petersburg hinzugefügt. Es gibt also jetzt diplomatische Verhandlungen. Und unsere Haltung ist ein Schlichtungsversuch gegenüber viel schwieriger, als gegenüber einer Intervention, weil sich hinter der Vermittlung eine Intervention verbergen kann. Ein Schlichtungsversuch ist für uns nur annehmbar, wenn ihn beide Streitparteien verlangen und wenn die Schlichtenden uneigennützig handeln. Und gerade das Gegenteil befürchte ich, wenn auch nicht von Frankreich. Ich glaube, daß sich Europa vorbereiten, den Balkanstaaten dasselbe Unrecht anzutun wie früher der Türkei. Wie es sich, nachdem es den Griechen gegen die Armenier usw. zugezogen hatte, nach der Revolution auf die Türkei stürzte, um seine Kräfte zu sammeln, so fürchte ich jetzt denselben Egoismus gegenüber den Balkanstaaten. Wir können den Versuch, dem Blutvergießen durch eine Vermittlung ein Ende zu machen, nicht bekämpfen, aber wir müssen erklären, daß die Sozialisten nicht dulden wollen, daß

er ein philanthropischer Vorwand zum friedlichen Raub wird, den die Regierungen im Auge haben mögen. Das Proletariat ist heute stark genug, aber in Frankreich sehen wir auch das Hauptorgan der Radikalen dagegen protestieren, daß das Land durch die geheimen Kaufleute der Allianz in einen Krieg verwickelt werde. Um den Regierungen die Lust zu kriegerischen Abenteuern zu nehmen, haben wir die Beschleunigung des Internationalen Kongresses gefordert.

Rosa Luxemburg  
stimmt Balkant zu: Wir müssen vor allem über die Taktik des Proletariats in der Kriegsfrage sprechen. Ich glaube, daß wir seit 1905 wissen, wo die wahre Schutzwehr gegen den Juraismus zu suchen ist. Die revolutionäre Bewegung des russischen Proletariats ist die Schutzwehr gegen die Kriegsgefahr. Das müssen wir ausdrücken. Das ist keine Abstraktion, denn die Zahlen, die Massenstreiks beweisen es. Wir haben in Polen die Probemobilisierung gehabt. Dort mähnten im Kriegsfall Polen gegen Polen kämpfen. Wir Sozialdemokraten haben schon ein Manifest herausgegeben, worin wir offen erklären, daß dem Krieg bloß die Aktion des Proletariats entgegengefeuert werden kann. In den anderen Ländern stehen die Dinge analog. Wir müssen uns von der Stuttgarter Resolution inspirieren lassen. Mit bloßen Protesten und Manifesten ist indes wenig getan. Wir müssen aussprechen, 1. daß der jetzige Krieg der Einzelfall einer allgemeinen Tendenz der kapitalistischen Entwicklung ist, 2. daß die Massenaktion notwendig ist, 3. daß das Proletariat seine Aktion verstärken muß, 4. daß das internationale Proletariat in allen Ländern die Pflicht hat, auf einen Krieg mit energischen Aktionen zu antworten. Wir müssen empfinden, daß wir in einer neuen geschichtlichen Epoche stehen und dies durch die Kühnheit unserer Beschlüsse zum Ausdruck bringen.

Kautsky  
legt den Entwurf eines Manifestes vor. Er wird einer Kommission überwiesen. Hieran wird die Vormittagssitzung geschlossen.

Nachmittagsitzung.  
Der internationale Kongress.  
Es gelangt der von den Holländern gestellte, vom Chemnitzer Parteitag beschlossene Antrag auf Vertagung des internationalen Kongresses zur Verhandlung. Balkant wirft die Kompetenzfrage auf und meint, daß internationale Bureau könne wohl ein vom internationalen Kongress festgesetztes Datum, wenn zwingende Umstände vorliegen, vor — aber nicht zurückrücken.

Troelstra glaubt, die Frage des Datums habe mehr einen administrativen Charakter. Es bestehe übrigens ein Präzedenzfall — der Pariser Kongress sei ein Jahr später, als er in London beschlossen worden sei, abgehalten worden. Seitdem die Holländer ihren Vorschlag gemacht hätten, sei ein neuer Umstand hinzugekommen — die Veränderung der internationalen Lage, die gerade Oesterreich in Mitleidenschaft ziehe.

In der weiteren Debatte werden verschiedene Argumente teils für, teils gegen die Vertagung vorgebracht. Dazwischen: Hinweis auf technische und politische Schwierigkeiten, dagegen: besonders die Meinung, daß eine internationale Demonstration des Proletariats gerade in der jetzigen Situation von besonderer Wichtigkeit sei. Der Meinungsaustrausch bringt schließlich die einstimmige Ueberzeugung der Delegierten zutage, daß, so wenig für einen Kongress mit theoretischer Diskussion jetzt der Augenblick sei, so sehr doch eine machtvolle Manifestation der Internationalen gegen den Krieg, wie sie die französischen Delegierten in ihrer, vom Nationalrat der geeinigten Partei beschlossenen Forderung der Beschleunigung der Kongressvertagung im Auge haben, am Platz sei. Diese Anschauung verleiht sich zu einem, vom Exekutivkomitee des Bureau im Verein mit den belgischen Vertretern gestellten, von Vandervelde vertretenen Antrag, der dahin geht, noch im Laufe dieses Jahres die Internationale zu einer kürzeren, der Aktion gegen den Krieg gewidmeten außerordentlichen Tagung einzuberufen und dafür den ordentlichen Kongress auf 1914 zu vertagen. Die weitere Diskussion bewegt sich um die organisatorischen Details dieser Kundgebung, besonders um ihren Ort und um die Frage, ob sie nur die europäischen oder auch die außereuropäischen Parteien umfassen und ob sie den Charakter einer Konferenz oder eines Kongresses haben solle.

Vandervelde meint, es könne sich nicht um eine bloße Demonstration handeln, sondern es müsse ein Kongress mit allen Befugnissen eines solchen sein. Andererseits könne man dort nicht theoretische Diskussionen führen. Um das einseitige Denken und Wollen des Proletariats imponant zum Ausdruck zu bringen, schlage das Exekutivkomitee vor, einen vorbereitenden Ausschuss mit der Prüfung der einlaufenden Anträge zu betrauen.

Jaurès empfiehlt den Antrag des Exekutivkomitees und erklärt gleichfalls, daß der Kongress nicht theoretische Auseinandersetzungen pflegen, sondern zeigen solle, daß das Proletariat in seinem Einfluß, den Völkern Frieden zu schenken, einig sei.

Haase erklärt, nach Jaurès Ausführungen dem Antrag des Exekutivkomitees zustimmen. Dieser hat folgenden Wortlaut:

„Das internationale sozialistische Bureau beschließt, daß in möglichst naher Zeit ein außerordentlicher Kongress der angegliederten Parteien stattfindet, der ausschließlich den einen Punkt auf der Tagesordnung haben wird: Die internationale Lage und eine Verständigung über unser Verhalten gegen den Krieg.“

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Der ordentliche internationale Kongress wird hierauf auf 1914 vertagt. Nur die Engländer stimmen dagegen.

Der außerordentliche Kongress soll in der Schweiz stattfinden. Eine vorbereitende Kommission wird sich einige Tage vorher versammeln. Die Dauer wird auf höchstens drei Tage festgesetzt. Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Das Protestmeeting in Brüssel.

Brüssel, 29. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Montagabend fand im Brüsseler Volkshaus ein massenhaft besuchtes Meeting gegen den Krieg statt. Es sprachen Rubanowitsch (Rußland), Bruce Glasier (England), der an die Haltung der englischen Sozialdemokratie zur Zeit des Burenkrieges erinnerte, Troelstra (Holland), Agnini (Italien), der den Proteststreik gegen den Tripoliskrieg in Erinnerung ruft, Viktor Adler, Haase und Jaurès. Die Reden fanden stürmischen Beifall. Nach der Versammlung durchzogen demonstrierende Arbeiter die Stadt.

Eine Demonstration für den Weltfrieden fand in Rülhausen i. E. am Sonntagvormittag unter freiem Himmel statt. Reichstagsabgeordneter Emmel begründete vor 2000 Personen den sozialdemokratischen Standpunkt. Eine Protestresolution gegen den Krieg fand einstimmige Annahme.

Die Teuerung.

Gegen die Fleischausfuhr nach Deutschland. Durch die plötzliche vermehrte Nachfrage nach russischem Fleisch von Deutschland sind die Vieh- und Fleischpreise in Rußland erheblich gestiegen. Die russische Viehproduktion kann auf eine Ausfuhr nach Deutschland gar nicht vorbereitet sein, da ja die deutsche Grenze für gewöhnlich gesperrt ist. Die russische Presse, einzelne Stadtgemeinden und russische Fleischer fordern deshalb die Regierung auf, die Fleischausfuhr nach Deutschland

zu beschränken. Insbesondere wird verlangt, daß die Realisierung der Tarife für den Transport nach der Grenze erhöht.

Maßnahmen der Kommunen.

Die Stettiner Stadtverordnetenversammlung hatte 30 000 Mark bewilligt zur Einfuhr ausländischen Fleisches. Der Minister hat jetzt gestattet, daß sowohl geschlachtetes russisches Fleisch als auch lebendes schwedisches Fleisch eingeführt werden kann. Das letztere muß erst durch die Sanitärer Quarantäne gehen. Die Genehmigung zur Einfuhr russischen Fleisches erlirkt sich auf die Zeit bis zum 1. April nächsten Jahres und gestattet die Einfuhr von wöchentlich 150 ausgeschlachteten Schweinen und 25 ausgeschlachteten Rindern. Die Menge des schwedischen Viehes ist unbegrenzt. Im Laufe der nächsten Woche wird die erste Sendung von 80 Schweinen aus Warchau erwartet. Das Fleisch darf nicht im Laden verkauft werden, sondern ist auf dem Markt abzugeben an den Tagen, wo sonst der Fleischverkauf ausfällt. Die Preise werden von einer Kommission in Gemeinschaft mit beiden Schlächter-Innungen bestimmt.

Die Verwaltungen der beiden Nachbarstädte Wilhelmshaven und Rüstingen vereinbarten, daß Wilhelmshaven sich den Ankauf von Rindfleisch angelegen sein lassen, während Rüstingen versuchen soll, Schweinefleisch zu bekommen. Zur Durchführung dieser Vereinbarung bewilligte die Bürgervereiner Wilhelmshavens dem Magistrat einen Kredit von 40 000 M., wofür Rinder in Holland aufgekauft werden sollen. Der Stadtrat von Rüstingen bewilligte für den Ankauf von Schweinen 4000 M.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Oktober 1912.

Spartakusgegensch.

Die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Dienstag wurde ausgefüllt durch die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs betreffend die Anlegung von Spartakusbeständen in Inhaberpapieren. Zweck des Entwurfs ist bekanntlich die gewaltsame Hebung des Kurses der Staatspapiere, die Kosten dafür sollen die Spartakus tragen, die gezwungen werden, einen Teil ihres Bestandes in Staatspapieren anzulegen.

Nach langwierigen Beratungen, die auch in der Sommerpause fortgesetzt wurden, ist die Kommission endlich zu einem greifbaren Resultat gekommen: die Regierung jedoch, die von vornherein gegen die Kommissionsbeschlüsse gekämpft hatte, erklärte sie zu Beginn der Sitzung für unannehmbar, angeblich, weil darunter namentlich in Zeiten kriegerischer Verwicklungen die Liquidität der Spartakus leidet, in Wirklichkeit wohl deshalb, weil sie ihre Absicht, den Kurs der Staatsanleihen zu heben, dadurch vereitelt sieht.

In den bürgerlichen Parteien gehen die Ansichten über das Gesetz auseinander, die großen Fraktionen sind gespalten, ein Teil von ihnen verhält sich ablehnend, ein anderer Teil steht auf dem Boden des Kompromisses. Die Sozialdemokraten, für die Leinert sprach, beobachteten die gleiche Haltung wie bei der ersten Lesung, sie wendeten sich nicht nur gegen diesen neuen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, sondern auch dagegen, daß die kleinen Sparer, die ihre Ersparnisse auf die Spartakus tragen, im Interesse der Inhaber von Staatspapieren mit einem geringeren Zinsfuß fürlieb nehmen sollen. Mit seiner Ironie nagelte Leinert das Gebären der Befürworter der Vorlage fest, die sonst immer davon reden, daß die Arbeiter Geld bei den Spartakus anlegen, sich als Freunde der Arbeiter aufspielen, hier aber wieder einmal die Interessen des Volkes mit Füßen treten, anstatt die Großkapitalisten zu zwingen, für einen Teil ihrer Gewinne Staatspapiere zu kaufen.

Nachdem ein Antrag auf Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission abgelehnt war, wurde die weitere Beratung auf Mittwoch vertagt. Außerdem steht die polnische Interpellation über die Anwendung des Enteignungsgesetzes auf der Tagesordnung.

Die Wahl des neuen Erzbischofs von Köln.

Aus Köln wird telegraphisch gemeldet: Das Metropolitankapitel erwählte zum Nachfolger des verstorbenen Kardinals Dr. Fischer auf den Stuhl des heiligen Maternus den Bischof Dr. Felix v. Hartmann in Münster. Dr. v. Hartmann, der gegenwärtig im 61. Lebensjahre steht, ist in Münster geboren, wurde 1894 Weisfischer Rat und im Jahre 1900 als Domkapitular installiert. Am 6. Juni 1911 wurde er zum Nachfolger des verstorbenen Bischofs von Münster erwählt. Der Kaiser und der Papst wurden telegraphisch von dem Resultat der Wahl in Kenntnis gesetzt. Der ganze Wahlgang dauerte nur 40 Minuten.

Der neue Erzbischof von Köln, der einer westfälischen Adelsfamilie entstammt, ist streng konservativ gesinnt und gehört der sogenannten orthodoxen Richtung an. Er wird sich blindlings allen Wünschen und Befehlen fügen, die in Rom gesandt werden, und die päpstlichen Befehle in jedem Fall auszuführen trachten. Kennzeichnend für seine Gesinnung ist folgende Stelle aus seinem Hirtenbriefe, den er am 20. Oktober vorigen Jahres von den Kardinälen der Diözese Münster verlesen ließ:

„So nahe ich mich heute, am Tage meiner Bischofswahl, den Stufen des Thrones des Stellvertreters Jesu Christi, und in tiefster Ehrfurcht vor seiner erhabenen Würde und in kindlicher Pietät gegen die verehrungswürdige Person unseres hl. Vaters Pius X. lege ich in seine Hände das feierliche Gelöbniß ab: Mein ganzes Herz und meine ganze Liebe soll der Kirche Gottes gehören: Gehorsam gegen sie und Dich, Heiliger Vater, Folgsamkeit gegen alle Deine Anordnungen, das soll die Richtschnur meines ganzen Lebens sein. Alle Erlasse und alle Arbeiten meines bischöflichen Amtes sollen dahin gehen, die mir anvertrauten Gläubigen mit innigster Liebe zur Kirche und ihrem Oberhaupt zu erfüllen, sie zu treuestem Gehorsam gegen denselben zu führen.“

Es ist deshalb auch die Wahl des bisherigen Bischofs von Münster zum Kölner Erzbischof als ein Sieg der intransigenten Berlin-Breslauer Richtung über die opportunistische Kölner Richtung zu betrachten und zugleich als ein Zugeständnis an die Wünsche des Vatikans. Der Kölner hochmässigen Richtung wäre jedenfalls die Wahl des bisherigen Weisfischer Bischofs von Köln, des Dr. Müller, weit lieber gewesen als die Wahl Dr. Hartmanns, der, wenn er auch viel zu klug ist, direkt gegen die christlichen Gewerkschaften Stellung zu nehmen, sich doch voraussichtlich den Einflüsterungen der Wademiten als viel unzugänglicher erweisen wird, wie der verstorbene Kardinal Fischer.

Der Papst und die Gewerkschaftsfrage.

Die schon seit längerem erwartete Kundgebung des Papstes zu dem Streit im Lager der katholischen Arbeitervereine ist den deutschen Bischöfen zugegangen und wird sofort nach der Fuldaer Bischofskonferenz, die bekanntlich am 4. November d. J. stattfindet, veröffentlicht werden. Wie die „Kölnische Volkszeitung“ nach der „Hildesheimer Zeitung“ mitteilt, wird die deutsche Uebersetzung der Bischofskonferenz vorliegen und von ihr auf die Richtigkeit geprüft werden. Von besonderer Bedeutung dürfte jener Passus sein, der be-



font, daß die Gegner der christlichen Gewerkschaften kein Recht haben, die Rechtgläubigkeit der ihnen angehörenden Katholiken in Zweifel zu ziehen und herabzusetzen. Die in dieser Frage wohl unterrichtete „Kölnische Zeitung“ schreibt dazu: „Wir möchten dem hinzufügen, daß nach unserer Kenntnis der Dinge die päpstliche Enzyklika schon Anfang Oktober den deutschen Bischöfen zugestellt worden ist, sie hat aber in ihrer ursprünglichen Fassung so wenig den Anschauungen der Bischöfe entsprochen, daß diese Bedenken trugen, sie zu veröffentlichen.“

### Wieder repariert.

Die „Kreuz-Ztg.“ leistete sich vor einigen Tagen das Vergnügen, die Meldung der „Tägl. Rundschau“, daß das ehemalige Hammersteinsche Blatt in den Besitz des „Deutschen Verlags“ übergegangen sei, für völlig unrichtig zu erklären. So ganz unrichtig scheint jedoch diese Meldung nicht gewesen zu sein, denn in ihrer Sonntagsnummer führt sich die „Kreuz-Ztg.“ zu folgender Wichtigstellung veranlaßt:

„Die „Kreuz-Zeitung“ wurde bis zum Jahre 1908 in einer Lohndruckerei hergestellt. Obwohl wir uns bei diesem Verhältnis recht wohl befanden, mußten wir uns infolge von Veränderungen, die in jener Druckerei vorgegangen waren, unter Mitwirkung unserer Gesellschaft und einiger uns nahestehenden Freunde zur Gründung einer eigenen Druckerei entschließen. Leider gelangt wir aber nach und nach zu der Einsicht, daß eine Druckerei, die im wesentlichen die Aufgabe hat, eine einzige Zeitung technisch herzustellen, mit übermäßig hohen Lasten arbeiten muß.“

Die „Kreuz-Zeitung“ wurde bis zum Jahre 1908 in einer Lohndruckerei hergestellt. Obwohl wir uns bei diesem Verhältnis recht wohl befanden, mußten wir uns infolge von Veränderungen, die in jener Druckerei vorgegangen waren, unter Mitwirkung unserer Gesellschaft und einiger uns nahestehenden Freunde zur Gründung einer eigenen Druckerei entschließen. Leider gelangt wir aber nach und nach zu der Einsicht, daß eine Druckerei, die im wesentlichen die Aufgabe hat, eine einzige Zeitung technisch herzustellen, mit übermäßig hohen Lasten arbeiten muß.“

Demnach hatte also das Dementi der „Kreuz-Ztg.“ nicht viel höheren Wert als die bekannten offiziellen und offiziellen Dementis der „Nordd. Allgem. Ztg.“.

Nachdem dann die „Kreuz-Ztg.“ nach dem üblichen Schema versichert hat, daß sie bleiben wird, was sie von jeher gewesen sei: feodal-konfessionell, korruptiv und unverschämte, teilt sie tief bewegt mit, daß es ihr „dann der hochherzigen Beistandung der Kreuzzeitungs-Gemeinde“ gelungen sei, neue Gelder aufzutreiben und eine neue geschäftliche Grundlage zu gewinnen. Am 9. Oktober 1912 sei laut notariellem Protokoll des Justizrats Hans Kerschell zu Berlin das Stammkapital der Kreuzzeitungs-Gesellschaft um 384 000 M. erhöht worden.

An der Erhöhung dieses Stammkapitals und der Gewährleistung einer für alle Zukunft gesicherten Grundlage der „Kreuz-Zeitung“ haben sich die folgenden Herren beteiligt:

Graf v. Alvensleben-Schönborn, v. Arnim-Neuensund, v. Arnim-Rüfedom, v. Batoki, v. Bräuning, v. Bräunel, Graf Carmer-Osten, v. Colmar, Dr. v. Dallwitz, Erzengel Graf Dönhoff-Friedrichstein, Graf Douglas, F. W. v. Eichel-Streiber, Erzengel Graf Fink v. Finkenstein-Schönborn, Erzengel v. Garmier, v. Glöckner, v. Gohler, Graf v. der Groeben, v. Grumme-Douglas, Dr. v. Heydebrand, v. Heydebreck, Erzengel v. Heyden-Gadow, v. Heyden-Linden-Küppel, v. Heyden-Linden-Siretense, Erzengel Graf Hohenthal-Döllau, Erzengel v. Kalden-Königstein, Fehr. v. Kleist, Amtsrat Kühne, v. Kleist-Nehow, Erzengel v. Kleist, v. Klipping-Charlottenhof, v. Klipping-Bosen, Erzengel v. Kröcher, v. Oppen, Graf v. der Rede-Volmerstein, Fehr. v. Richtigshofen-Damsdorf, v. Mohr, Fürst Salm-Horstmar, Graf v. der Schulenburg-Grünthal, Erzengel Gräfin v. der Schulenburg, Graf v. der Schulenburg-Wolfsburg, Dr. von Schwerin, Graf Seidlitz-Sanderecki, v. Spiegel, Graf Tiele-Windler, v. Treslow, v. Vellheim, v. Wietersheim-Neuhof, von Wietersheim-Neuland, v. Wildens und Fehr. v. Wilmowski.

„Diese Herren“, so erklärt das Junkerblatt, „und mit ihnen das bisherige Komitee — die Herren Graf v. der Osten-Jannowitz, Dr. v. Burgsdorff, v. Jagow, Graf Fink v. Finkenstein, zu denen vor einiger Zeit noch die Herren Stadmann und v. Wietersheim getreten waren —, sowie der am 9. Oktober 1912 gewählte und aus den Herren Stadmann, v. Jagow, Dr. v. Burgsdorff, v. Arnim-Rüfedom, v. Batoki, v. Heydebreck, Fehr. v. Kleist und v. Wietersheim bestehende Aufsichtsrat unserer Gesellschaft bieten in Gemeinschaft mit dem mit der geschäftlichen Führung betrauten langjährigen Generalsekretär des Hauptvereins der Deutschkonfessionellen, Schroeter, und mit den treubeherrschten Kräften der Redaktion unter Leitung des seit 7 Jahren der Redaktion der „Kreuz-Zeitung“ angehörenden Chefredakteurs Dr. Müller-Fürer die unbedingte Gewähr, daß die bisherige politische Haltung und vor allem die unangefasste und auch in alle Zukunft unantastbare Selbstständigkeit der „Kreuz-Zeitung“ gewahrt wird.“

Welche Interessen die „Kreuz-Ztg.“ vertritt, geht aus den Namen seiner Geldgeber und Aufsichtsratsmitglieder so deutlich hervor, daß jedes weitere Wort der Erläuterung überflüssig ist.

### Mugdan M. d. A.

Herr Mugdan ist nunmehr nach dem Ergebnis der Wahlmännerwahl am Dienstag vom preussischen Landtagsabgeordneten gewählt worden. Von den 414 abgegebenen Stimmen entfielen auf Pöschel (Soz.) 74, auf Mugdan (Sp.) 384 Stimmen. Versplittert waren 3 Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 50 Wahlmänner. 36 Wahlmänner-Mandate, darunter 6 sozialdemokratische, waren vom Magistrat wegen nicht voller Besetzung der Wahlvorstände für ungültig erklärt worden.

### Konservative Reichstagskandidatur.

Für die Ersatzwahl, die durch den Tod des Abg. v. Normann im Wahlkreis Greiffenberg-Kammmin nötig geworden ist, haben die Konservativen den Rittergutsbesitzer v. Fleming-Besenthin als Kandidaten aufgestellt.

### Konservativ-kerikales Wahlbündnis in Baden.

Der schwarze Blau-Block für die badischen Landtagswahlen des nächsten Jahres ist fertig. Der Landesausch der konservativen Partei Badens beschloß, auch fernerhin die engen Beziehungen zum Zentrum aufrecht zu erhalten. Die Zentrumsparthei hat schon früher den konservativen bedingungslose Unterstützung bei den nächsten Landtagswahlen zugesagt. Dem Zentrum kommt es bei seiner großen Uneigennützigkeit gegen die Konservativen nur darauf an, dem schwarz-blauen Block die Mehrheit zu sichern. Wäre erst einmal die liberal-sozialdemokratische „Gefahr“ beseitigt, dann wäre mit den Konservativen schnell aufgeräumt. Die Konservativen in Baden sind allein völlig einflusslos und ohnmächtig.

Verantw. Redakt.: Alfred Dieckhoff, Neudamm. Inseratenteil verantw.:

### Zerstörung eines kerikalen Wahlschwinds.

Vor dem Amtsgericht Saarbrücken wurde am Montag ein Wahlschwindel des Zentrums zerstört. Ein Anhänger des Zentrums, der Lokomotivführer Hart, hatte das auch in der ultramontanen Presse aufgetauchte Gerücht verbreitet, die Nationalliberalen hätten den Führer der Sozialdemokratie im Saargebiet, Johann Leimpeters, mit 40 000 Mark bestochen, damit dieser darauf hinwirke, daß die Sozialdemokraten ihre Stimmen dem national-liberalen Kandidaten Wassermann geben sollten. Weiter hatte er behauptet, auch Wassermann und die Buchbacher Hütte hätten Leimpeters mit mehreren tausend Mark bestochen. Das Zentrum ließ bei der Verhandlung seinen Parteigänger kurzweg im Stiche. Es suchte ihn von sich abzuschütteln. Auch der Angeklagte bemühte sich, seine Äußerungen selbst abzuschwächen, was ihm aber angesichts der bestimmten Zeugenaussagen nicht gelang. Rechtsanwalt Dr. Jülßen ließ durch eine eidliche Vernehmung des Genossen Leimpeters feststellen, daß überhaupt keine Verhandlungen und Versprechungen stattgefunden haben. Der Zeuge erklärte unter Eid: „Ich habe weder direkt noch indirekt irgendwelche Unterstützung erhalten noch erbeten. Es ist kein Pfennig weder in die Parteikasse, noch in die Gewerkschaftskasse geflossen. Es ist nichts angeboten, noch ist von uns etwas gefordert worden. Irgendwelche Verhandlungen zwischen unserer Partei und den Nationalliberalen hätten nicht stattgefunden. Nachdem in Köln die Nationalliberalen Stimmenthaltung proklamiert hatten, beschloßen wir, für Wassermann zu stimmen. Es sind uns auch indirekt hierfür keine Vorteile in Aussicht gestellt noch gewährt worden.“

Diese Aussage erstreckte der Zeuge auch auf die Reichstagswahl 1907, bei der ähnliche Vorwürfe vom Zentrum erhoben worden waren.

Der Angeklagte sah sich gezwungen, seine Behauptung, die nationalliberale Partei habe Leimpeters für die Stichwahlhilfe mit 40 000 M. bestochen, als unwahr mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen.

### In den Irrenn getrieben!

Von einem besagendwerten Gescheh ist der Grenadier Bloch von der 8. Kompagnie des Regiments „Königin Elisabeth“ ereilt worden. Bloch hatte sich am Dienstag vor dem Oberkriegsgericht des Gardekorps wegen der schwersten militärischen Verbrechen und Vergehen zu verantworten. Es wurde ihm Aufwiegelung, tätlicher Angriff gegen einen Vorgesetzten, Missetat, Verletzung und Verleumdung zur Last gelegt. Ein aufregender Erzech, der sich am 25. August auf dem Truppenübungsplatz in Döberitz abgepielt hat, bildet die Grundlage zu der schweren Anklage. Am Tage vorher hatte ein Grenadier bei einer Übung auf dem Schießplatz seine Schippe verloren, und als dies der Kompagniechef erfuhr, befahl er am Sonntagmorgen dem Unteroffizier Suggie, mit den Leuten seiner Korporalschaft auf die Suche nach der Schippe zu gehen. S. hätte mit den Leuten das ganze in Frage kommende Terrain in zwei Stunden absuchen können. Er brauchte jedoch über vier Stunden dazu. Es dauerte dies aus dem Grunde so lange, weil er die Leute fortwährend unnützlich ausschwaarmen ließ und sie unvorschriftsmäßig behandelte. Der Unteroffizier

äußerte andauern die ganze Korporalschaft.

Die Leute mußten hin- und herrennen, auf und niedergehen, und dabei meinte Suggie, er werde die Brüder schon „warm“ kriegen. Er werde ihnen schon helfen, den Spaten zu suchen. Schließlich wurden die Leute schlapp, und ein Grenadier meinte, er sei mit seinen Kräften zu Ende. Die Leute, die ohnedies schon über die Sonntagarbeit nicht angenehm berührt waren, mußten sich dann an einem Sammelplatz einfänden, und nun mußten sie in ihrer Müdigkeit noch fortwährend Schwankungen machen und auf- und niederspringen. Da rief einer der Leute, es war dies Bloch, plötzlich: „Kudud!“ Dies sollte ein Schimpfwort für den Unteroffizier sein. S. war von einem Linienregiment zur Garde gekommen und aus diesem Grunde war das Wort auf ihn gemünzt. Als S. den B. fragte, ob er gerufen habe, gab er dies zu und kurz darauf stürzte er sich mit dem Rufe:

„Helst Kameraden! Jetzt haben wir ihn! Er hat uns lange genug getriest!“

auf den Vorgesetzten, umklammerte mit beiden Händen seinen Hals und suchte ihn zu würgen. Die anderen Grenadiere sprangen jedoch hinzu und rissen Bloch von dem Unteroffizier fort. Suggie spie jetzt vor dem Grenadier Bloch aus und rief ihm zu: „Warte nur, Du Kerl!“ Bloch wurde dann abgeführt und ins Untersuchungsgefängnis gesteckt. Wie die Kameraden befanden, hatten sie während des Ueberfalles bei Bloch ein Augenrollen beobachtet. B. war vollständig bleich geworden. Das Kriegsgericht der 2. Gardedivision erkannte seinerzeit auf fünf Jahre und einen Tag Gefängnis und Suggie wurde wegen Mißhandlung Untergebener zu vier Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Er legte beim Oberkriegsgericht Berufung ein, die aber verworfen wurde. Dagegen gelangte das Oberkriegsgericht bei Bloch zu einem freisprechenden Urteil. Der als Sachverständiger vernommene Stabsarzt Dr. Koschel führte unter anderem aus, daß hier unbedingt der Schutz des § 51 des Reichsstrafgesetzbuches Anwendung finden müsse. Er habe bei Bloch hochgradigen Schwachsinns und schwere Dämmerungszustände konstatiert. Es handele sich hier um angeborenen Schwachsinns; Bloch habe schon in der Jugend an starkem Jähzorn gelitten und sei schon auf die Lehrerschaft losgegangen. Der sogenannte Jugendirrsinn, von dem der Angeklagte besessen sei, habe beim Militär noch zugenommen, und

die Schleifereien hätten den Zustand der Verblöbung noch beschleunigt.

Bloch sei heute ein hochgradiger Pshkopat. Er befindet sich augenblicklich in einem derart verblödeten Zustand, daß er nicht einmal seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Kaufmann, mit dem er häufig zusammen gekommen ist, erkennt, und auf die einfachsten Fragen keine Antwort zu geben vermag. Das Gericht schloß sich ohne weiteres dem Gutachten an und erkannte unter Aufhebung des ersten Urteils auf Freisprechung.

### Der Wahlvorsteher als „Beamter“.

Das Reichsgericht entschied in der Strafsache gegen die Arbeiter Nädel und Hoffmann in Halle, die vom Landgericht Halle wegen „Nötigung eines Beamten“ zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, weil sie bei der letzten Reichstagswahl trotz Widerspruch des Wahlvorstehers die Stimmzettel vor der Verlesung mischen wollten, daß der Wahlvorsteher Beamter im Sinne des § 114 des Strafgesetzbuches ist. Die Revision der Angeklagten wurde daher verworfen.

### China.

#### Diplomatische Intrigen.

Peking, 20. Oktober. Gestern fand eine Konferenz der Gesandten der elf Mächte statt, die das Friedensprotokoll nach dem Vorgefallenen unterzeichnet haben. Die Konferenz beschloß

einen Protest gegen eine anderweitige Verwendung der Einkünfte aus der Salzsteuer, falls die fällige Rate der Entschädigung aus dem Vorgefallenen nicht regelmäßig gezahlt wird. Die Protestnote soll heute überreicht werden.

## Aus der Partei.

### Sozialdemokratische Gemeindevertreterkonferenz.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter im 3., 7. und 9. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis fand am Sonntag in Kiel statt. An der Konferenz beteiligten sich 18 sozialdemokratische Stadtverordnete und 36 Gemeindevertreter. Genosse Paul Hirsch, Charlottenburg hielt einen sehr instruktiven Vortrag über das Thema: „Unsere grundsätzliche Stellung zur Gemeindepolitik“. Zu der Diskussion über den Vortrag und im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde eine Reihe von wichtigen kommunalen Fragen erörtert, so daß die Konferenz ihren Zweck voll erfüllt hat.

### Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureau.

Am Dienstag wurden in interner Sitzung Besuche um Anschluß an die Internationale aus verschiedenen Ländern verhandelt. Ueber das Gesuch der holländischen S. D. P., eine besondere Vertretung im Bureau zu bekommen, wurde zur Tagesordnung übergegangen, nachdem das Exekutivkomitee den Auftrag erhalten hatte, neue Einigungsversuche in Holland zu unternehmen. Das Gesuch um direkten Anschluß der englischen S. S. P. außerhalb des Verbandes der britischen Sektion wurde vertagt, da auch in England demnächst eine Einigung versucht werden soll. Die sozialistische Partei Kanadas wurde der Internationale angeschlossen. Das Gesuch der zentralasiatischen ischahischen Partei um Aufnahme führte zu lebhafter Debatte. — Ein Beschluß liegt noch nicht vor.

**Vom Fortschritt der Parteipresse.** Am letzten Sonntag veranstalteten die Elberfeld-Barmer Parteigenossen eine Hausagitation für die „Freie Presse“ mit dem Erfolge, daß sie 1000 Abonnenten gewannen.

**Gemeindevorwähler.** Bei den Gemeindevorwahlen in Oberstein (Fürstentum Birkenfeld) erlangen unsere Genossen von 15 zu vergebenden Sitzen 5.

## Der Balkankrieg.

### Die Türkei wendet sich an Oesterreich.

Konstantinopel, 20. Oktober. (W. Z. B.) Die der „Ismam“ erfährt, soll der türkische Gesandte in Cetinje mit Hussein Hilmi in besonderer Mission nach Wien gehen.

### Die Intervention der Tripelentente.

Moskau, 20. Oktober. Der Petersburger Korrespondent der „Ruskoje Slowo“ erfährt von ausgezeichnet informierter Quelle, daß einweilen zwischen Rußland, Frankreich und England keinerlei Meinungsäustausch über die Schritte stattfindet, die im Falle einer endgültigen Niederlage der Türkei von den Großmächten zu unternehmen wären. Diese drei Mächte pflegen zurzeit nur darüber Unterhandlungen, welches der passendste Moment für eine zukünftige Intervention sein dürfte. Sie stimmen darin überein, daß der letzte bulgarische Sieg noch keinerlei derartig schwerwiegende Entscheidungen gebracht hat, um Anlaß zu einer Intervention zu bieten.

### Ein Vermittlungsvorschlag Poincarés.

Wien, 20. Oktober. (W. Z. B.) Die offiziöse „Wiener Allgemeine Zeitung“ meldet aus Paris: Der Vermittlungsvorschlag des Ministerpräsidenten Poincaré geht dahin, daß, sobald auf dem Kriegsschauplatz auf der Linie nach Konstantinopel zwischen Türken und Bulgaren eine größere Schlacht stattgefunden hat, gleichgültig zu wessen Gunsten, die Mächte ohne Ausschluß der Türkei und den Balkanverbündeten ihre Vermittlung anbieten sollen. Diese Vermittlung hat zum Zweck, zunächst einen Waffenstillstand herbeizuführen. Einen weitergehenden Vorschlag, was dann zu geschehen habe, hat Frankreich nicht gemacht. Die Mächte haben im Prinzip dem französischen Vorschlag zugestimmt.

### Pessimistische Stimmung in London.

London, 20. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Börse hatte heute wieder einen schwarzen Tag. Es liefen Gerüchte über viele Konkursfälle ein. Die wohlbekannteste Firma Gebrüder Simpson hat Konkurs angemeldet. Die gedrückte Stimmung an der Pariser und Berliner Börse wirkte mächtig auf die Londoner Börse. Man befürchtet weitere Fallissements. Diese Nervosität spiegelt nur die allgemeine Stimmung wieder, die in der Presse durch mehr oder minder ausgeprochene Furcht vor dem Weltkrieg ihren Ausdruck findet.

## Letzte Nachrichten.

### Lord Roberts desavouiert.

London, 20. Oktober. (W. Z. B.) Unterhaus. Whitehouse richtete an Sir Edward Grey die Anfrage, ob von seiten Deutschlands bezüglich der Rede Lord Roberts in Manchester am 22. Oktober Vorstellungen erhoben worden seien. Grey entgegnete: Es sind bei uns von seiten Deutschlands keine Vorstellungen gemacht worden. Ich muß den Gedanken durchaus ablehnen, es könnte eine Regierung bei einer anderen offiziellen Vorstellungen erheben wegen unkluger und provozierender Reden (Weisfall bei den Ministerialen), die in Deutschland oder England von Personen gehalten worden sind, die nicht in der Lage sind, die Politik ihrer Regierungen zu beeinflussen. Auch der Staatssekretär im Kriegswesen, Oberst Seely, wurde wegen desselben Gegenstandes von Whitehouse interpelliert, der anfragte, ob Maßnahmen ergriffen werden würden, einen Vertreter der britischen Armee daran zu hindern, eine Sprache zu gebrauchen, die eine befeindete Macht abfällig beurteilt. Seely antwortete, er glaube nicht, daß er der Erklärung Greys noch etwas Wesentliches hinzufügen könne.

### Eine Niederlage der Gelben.

Burzen, 20. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Einen großen Felzug gegen die freien Gewerkschaften unternahmen die früheren Sozialdemokraten und jetzigen gelben Hauptlinge Streubel und Schneider bei der heutigen Gewerbegerichtswahl. 1908 wählten 615, 1900: 785 Arbeiter, heute erhielt das Gewerkschafts-kartell 1520 Stimmen, die Gelben ganze 166 Stimmen. Die Fabrikanten zogen böse Gesicht über den großen Reifall.

### Durch Dammutisch unterbrochener Eisenbahnverkehr.

Gordach (Waldes), 20. Oktober. (Amtliche Meldung.) Infolge eines Böschungseinsturzes zwischen den Bahnhöfen Gordach und Weincringhausen der Strecke Gordach-Wabern ist der Zugverkehr unterbrochen; der Personenverkehr wird an der Einsturzstelle durch Umsteigen aufrechterhalten.

Gaul & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.



# Der Wahlkampf in Berlin.

## Die fortschrittlichen Zöllner.

Unser Artikel „Von Mannheim bis Berlin“, abgedruckt in der letzten Sonntagsnummer des „Vorwärts“, hat im Lager der fortschrittlichen Volkspartei große Aufregung hervorgerufen. Das ist begreiflich und wir hatten auch gar nichts anderes erwartet angesichts der bevorstehenden Wahl in Berlin I. Die „Freisinnige Zeitung“ sucht unsere Darlegungen in einem Artikel von erheblichem Umfang zu entkräften und der Abg. Dr. Wiemer kämpft verzweifelt, aber auch ohne Erfolg, in der „Voss. Ztg.“ gegen unsere — wörtlichen Zitate aus der „Freis. Zeitung“.

Was für Einwände erheben die fortschrittlichen Herrschaften gegen unsere Schilderung ihrer Schwächen und auch dem Gebiete der Zollpolitik? Wir sollen die Resolution Gothein gefälscht haben, denn aus dieser Resolution sei der Satz, der die Herabsetzung der Getreidezölle verlangt, nicht gestrichen worden:

„Man könnte zugunsten des „Vorwärts“ vielleicht annehmen, daß er, gestützt auf einen mangelhaften Bericht, den Beschluß des Mannheimer Parteitag in gutem Glauben unvollständig wiedergebe. Aber davon kann keine Rede sein. Denn er bezieht sich fortwährend auf die „Freis. Ztg.“, die nicht nur in ihrem Referat über den Mannheimer Parteitag den wahren Verlauf richtig darstellte, sondern die auch noch zum Ueberfluß in der Nummer vom 20. Oktober die Resolution Gothein in ihrer endgültig angenommenen Fassung wörtlich mitgeteilt hat.“

Wenn wir die Unberücksichtigung der „Freis. Ztg.“ in ihrer ganzen, für uns freilich nicht mehr erstaunlichen Erhabenheit beleuchten wollten, so müßten wir große Teile unseres Artikels noch einmal abdrucken. Dazu haben wir nun freilich keine Lust, aber es genügt wohl vollkommen, wenn wir folgendes feststellen:

Die „Freis. Ztg.“ bemerkt so nebenbei, daß sie die Resolution Gothein in ihrer „endgültig“ angenommenen Fassung am 20. (!) Oktober wörtlich mitgeteilt habe. Der fortschrittliche Parteitag hat aber schon am 4. (!) Oktober begonnen und nur wenige Tage gedauert. Wir haben uns in unserem Artikel ganz ausdrücklich auf die Berichte der „Freisinnigen Zeitung“ vom 6. Oktober berufen. Diese Tatsache muß die „Freisinnige Zeitung“ ihren Lesern allerdings verschweigen, weil sie sonst ihre Vorwürfe gegen uns überhaupt nicht hätte erheben können. Einmal angenommen, aber durchaus nicht zugegeben, daß alle ihre Einwände gegen unseren Artikel richtig wären, wie stände dann die „Freisinnige Zeitung“ da? Als das führende Organ einer Partei, über deren Parteitag sie in einer so skandalösen Weise berichtet hätte, daß zur Kennzeichnung einer solchen Verichterstattung ein einigermaßen zutreffendes Wort in der deutschen Sprache nicht existiert. Der Abg. Wiemer weist denn auch in der „Vossischen Zeitung“ auf die vielen „ungenauen“ Berichte über den fortschrittlichen Parteitag hin, „wesentliche Momente, die für die Entscheidung des Parteitags von Bedeutung waren“, seien bei der Berichterstattung nicht beachtet worden.

Zwar wissen wir, wie die „Freis. Ztg.“ leichtfertig andere Parteien behandelt, wir haben bisher aber nicht mit der Möglichkeit gerechnet, daß sie auch über ihre eigene Partei in so — ungenauer — Weise berichten könnte, wie der Abg. Wiemer (ohne sie ausdrücklich zu nennen) konstatiert. Als wir die Zollschwankung der fortschrittlichen Volkspartei, wie sie der Mannheimer Parteitag offenbart hat, näher beleuchten wollten, griffen wir selbstverständlich zu den Nummern des fortschrittlichen Parteiblattes, die während der Mannheimer Tagung mit den Parteitagberichten erschienen sind, nicht etwa zu Nummern, die erst zwei Wochen später die Druckmaschine durchlaufen haben.

Es bleibt bei dem, was wir am Sonntag ausdrücklich konstatiert haben: „Alle unsere Zitate sind der „Freis. Ztg.“

## Kleines feuilleton.

Die abgetülte Straußensensation. Die künstlich geschürte Begeisterung für die Straußische „Ariadne“ ist schnell zurückgebebt. Die Preise sind keineswegs so fanfarenartig wie sonst bei Straußschen Premieren gewesen und ergeht sich in allerlei lagenämmerlichen Betrachtungen „nach dem Fest“. Wie sehr die ganze Affäre eine Sensation ganz kleiner Schichten war, die für das größere Publikum gar nichts bedeuten, zeigt ein Bericht der „Hamburger Nachrichten“ aus Stuttgart, worin u. a. steht:

„Für den nächsten Tag (Sonntag) wird abermals eine Aufführung des Werkes angezeigt. Aber man warte, daß nicht Strauß, sondern irgend ein anderer sie dirigieren werde. Und da zeigte sich denn sofort wieder die Sensationsnatur des Ereignisses: man gab die Eintrittskarten massenhaft zurück, man steckte sie den Hotelportiers zum Verkauf zu. Fünfzig Mark hatte man für eine Karte bezahlt und bot sie jetzt für die Hälfte, ja für weniger als ein Drittel zaghaften Liebhabern an. Jeder wollte eben bei der Uraufführung gewesen sein. In der ihr nachfolgenden Darstellung des Kunstwertes kamen übrigens auch statt der glänzenden Künstler, die sich Strauß ausgeliehen, die guten einheimischen an die Reihe, die der Stuttgarter jeden Tag sehen kann. Dabin war der Reiz des Außerordentlichen, des Seltenen, verlor den jegliche „Sensation“, dieses gemeine Nervensensationsmittel.“

Ueberhaupt erweist sich die künstliche Stimmungsmache für den neuen Stil, der nach jeder Straußpremiere als Evangelium ausgegeben wird, als eitel Schall. Schon wird die sog. Kammermusik wieder preisgegeben und Strauß kehrt zum großen Orchester zurück. Wenigstens meldet die „Köln. Volksztg.“: „Als Mangel hat sich die Verkoppelung der Straußoper mit der Kolloromodie erwiesen. Die eine drückt auf die andere. Aus diesem Grunde haben sich Richard Strauß und Hofmannsthal entschlossen, ihr Werk für die nächsten Aufführungen außerhalb Stuttgarts einer großen Revision zu unterziehen. In Dresden wird in wenigen Wochen, wie zuverlässig mitgeteilt wird, die „Ariadne“ in ganz anderer Fassung zur Aufführung gelangen. In einer Fassung, die jedenfalls das ganz beiseite, was bisher als das Charakteristikum des Werkes angepriesen wurde. Als dieses wurde ja gerade seine „Antimität“, seine Eigenart als „Kammermusik“ für ein kleines Orchester von nur 36 Musikern gerühmt. In Dresden wird das Werk als große Oper aufgeführt mit vollem Orchester, und die vorangehende Kolloromodie wird aufs äußerste gestrichelt. Daß Strauß und Hofmannsthal dazu ihre Zustimmung gegeben haben, beweist, wie sehr sie sich über seinen Charakter im unklaren sind. Für sie war Stuttgart ein Experiment, und da es nicht glückte, versuchen sie nun ein zweites.“

Neues von Storms Leben. Das Lebensbild Theodor Storms, das seine Tochter Gertrud in schlichter Liebe und Treue geschaffen, wird durch den zweiten Band vollendet, der in diesen Tagen im Verlag von Carl Curtius in Berlin erscheint. Das Mannesalter des

entnommen. Und in der „Freis. Ztg.“ ward am 6. Oktober wörtlich berichtet:

„Der Parteitag wendet sich dann dem nächsten Punkt der Tagesordnung zu:

### Wirtschaftliche Fragen, Zollfragen und Teuerung.

Reichstagsabg. Gothein als Referent legt hierzu folgende Resolution vor:

„Der Delegiertentag der fortschrittlichen Volkspartei erblickt in der wachsenden gegenseitigen Zollabsperzung, wie sie durch den Zolltarif von 1902 gezeitigt worden ist, eine schwere Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens, insbesondere eine Schädigung der Verfeinerungsindustrie. Diese in ihrer Ausfuhrfähigkeit zu stärken, ist eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Handelspolitik. Die gegenseitige Herabminderung der Zollschranken durch langfristige Handelsverträge ist im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens dringend geboten.“

Zur Frage der Fleischsteuerung führte Abg. Gothein aus: Die ungenügende Versorgung mit Fleisch und die unausgesetzte Preissteigerung aller Lebensmittel. . . .

Gothein begründete also seine Resolution und schloß (nach dem Bericht der „Freis. Ztg.“) seine Ausführungen, in denen er u. a. gefordert hatte: „Ermäßigung der Getreidezölle und Beschränkung der Einfuhrscheine auf dieselbe Fruchtart“, mit diesem Satz:

„Da diese Maßnahmen zum Teil nur durch Reichsgesetze getroffen werden können, muß der Delegiertentag die ungefähre Einberufung des Reichstags verlangen.“

Dieser Satz ist offenbar später der Resolution einverleibt worden. Aber aus den Musterberichten der „Freis. Ztg.“ vom 6. und 8. Oktober, in denen über die Behandlung der Zollfragen berichtet wird, ist das nicht zu ersehen. Den Abschluß der Debatte stellt eine Rede des Abg. Wiemer dar, in der es nach der „Freis. Ztg.“ vom 8. Oktober wörtlich heißt:

„Es befehen gewiß Meinungsverschiedenheiten, aber wir sollten sie nicht scharfer herausbesseln, als sie in Wirklichkeit sind. Wir sind alle einig darin, daß an den Grundlagen der Exportfähigkeit unserer Landwirtschaft nicht gerüttelt werden darf, es fragt sich nur im einzelnen, welche Maßnahmen wir hierfür erforderlich halten. Den Antrag auf Einsetzung einer Kommission unterstütze ich. Die Kommission muß sich aber auf Erhebungen beschränken und darf nicht eine agrarische Nebenregierung innerhalb der Partei sein. (Lebhafte Zustimmung.) Die Anträge auf Ergänzung unseres Programms müssen an diese Kommission überwiesen werden. Auch der Antrag Koresk gehört in die Kommission. Dagegen können wir den Antrag Gothein und die von Gothein aufgestellten Forderungen annehmen mit Ausnahme der Forderung der Ermäßigung der Getreidezölle. Dann kommen wir zu einem einmütigen Votum. . . .“

Wenige Zeilen später ist in derselben Nummer der „Freis. Ztg.“ zu lesen:

„In der Abstimmung wurde der Antrag Beder auf Einsetzung einer Agrarkommission mit großer Mehrheit angenommen, der Antrag Dr. Wiemer auf Ueberweisung der zur Agrarfrage vorliegenden Anträge an die Agrarkommission wurde ebenfalls angenommen. Im übrigen wurde der Antrag und die Forderungen Gotheins mit Ausnahme der Forderung der Ermäßigung der Getreidezölle einstimmig angenommen.“

Man lese den Wortlaut der oben nach der „Freis. Ztg.“ wiedergegebenen Resolution Gotheins nach, beachte besonders den in Sperrdruck wiedergegebenen Schlußsatz, vergleiche damit die Worte Wiemers und die Feststellung des Abstimmungsergebnisses. „Mit Ausnahme der strittigen Frage der Getreidezölle!“ Und angesichts aller dieser aus der „Freis. Ztg.“ geschöpften Tatsachen hat das Blatt die Dreifaltigkeit, uns Fälschung vorzuwerfen, Fälschungs- und Täuschungsversuche sind gemacht worden und zwar von der „Freisinnigen Zeitung“, der wenige Tage vor der Wahl in Berlin I bange geworden ist ob der zöllnerischen Tendenzen, die auf dem fortschrittlichen Parteitag in Mannheim klar zutage getreten sind. Sie hatte die Stirn, am 25. d. M., zu behaupten:

Dichters, die Zeit der reichen und reinen Entfaltung seines Charakters und der schöpferischen Reife breitet sich hier vor uns aus, ein wahrhaft vorbildliches Erleben und Beseelen aller idyllischen und ersten Schönheiten des deutschen Hauses und der deutschen Familie. Und diesem stillen und zarten Glück fehlt auch die Tragik nicht, die unser Dasein mit den tiefen Wunden des Ewigigen verknüpft. Der Tod seiner ersten über alles geliebten Frau, der Stummer um seinen ältesten Sohn Hans, der dem Alkohol verfallt, harter Kampf um des Lebens Notdurft schaffen den melancholischen Unterton dieses glücklichen Lebens und werfen melancholische Schatten in die von innerer Herzgenusswärme durchstrahlten Szenen. In Potsdam und Heiligenstadt entfaltete sich das Bescheidene und doch so harmonische Familienleben. Bei Gerichtsverhandlungen und Zeugenverhören schwingt um den Akteur und Kreisrichter ein schimmernder Hauch freundlicher Hauspoesie und im engen Zimmer — bei der teuren Heizung muß man sich im Winter mit wenigen Räumen begnügen — dichtet er seine wundervollen Romane. In der Mittel- und in Constanze daran grenzender Schlafstube haben wir die Fußböden streichen lassen; die heizen wir denn nun und das ist unsere Welt. Darin sitzen Hans und ich, zu arbeiten, Constanze zu fäden, Ernst, Karl und Lise zu malen und zu schnitzeln, darin schläft das Piepchen, tänzelt mit ihr, wenn sie wach ist, das Kinder mädchen Ottilie. Dahinein kommen jeden Nachmittag noch wenigstens drei Nachbarskinder, zwei Mädchen und ein Junge von unserem Nachbar, Wäcker Herold, gute, wohlgerogene Kinder; mitunter auch zwei kleine, hungrige Mädchen. . . . Darin — in dieser betäubenden, kleinen Welt habe ich in den letzten beiden Monaten eine Novelle geschrieben, die wohl um 1/3 länger als „Jammen“ ist, was ich in meiner künftigen Biographie nicht zu vergessen bitte.“ Der Brief schließt mit folgender „Parentese“: „(Wo ist mein Schlüsselbund?“ fragt Constanze. „Der Herr hat es gehabt“, sagt das Mädchen. „Ich hab' dem Herrn Wutter holen müssen.“ „So“, sagt Constanze sehr gedehnt, „also Wutter hast Du heute morgen gegeben und auch wohl Wutter?“ — Beides ist nämlich seit einem Vierteljahr nur zum Nachmittagstee gestattet. — Ich aber nahm das Häppchen aus dem Schrank und sagte triumphierend: „Ist was davon gegeben?“ „Rein!“ Dann aber mußte ich gestehen, daß ich heute morgen eine so große Lust zu süßem Tee und Butterbrot gehabt, daß ich indes, nachdem die Wutter schon requiriert war, dies Gelüste glücklich bezwungen hatte.) Diese Parentese, welche sich soeben begab, gehört auch zur Schilderung unseres häuslichen Lebens.“

Das Passionspiel im Kino. Ein kinematographischer Film, der die Leidensgeschichte Christi unter dem Titel „Von der Krippe zum Kreuz“ in der Londoner „Queen's Hall“ dem Publikum in szenischen Bildern vorführt, darf als Beweis dafür gelten, daß das Lichtbildtheater nachgerade alles macht. Die „Kalem Company“, die diese kinematographische Aushattung der Oberammergauer Passionsspiele auf dem Gewissen hat, hat freilich weder Mühe noch Kosten gescheut, um der Vorführung den Sensationsreiz naturalistischer Treue zu sichern. Die Sache soll an 500 000 M. gekostet haben. Das begreift sich, wenn man bedenkt, daß sie 42 Schauspieler

„Sämtliche Redner haben (in Mannheim) die Schutzzölle verurteilt, nur über das Tempo des Abbaues der Schutzzölle herrschte Meinungsverschiedenheit.“

Demgegenüber haben wir schon festgestellt und wiederholen es hiermit zu Ruh und Frommen der Wähler in Berlin I, die nicht Großgrundbesitzer sind, was nach der „Freis. Ztg.“ entgegen ihren unwahren Behauptungen in Mannheim u. a. ausgeführt worden ist von dem fortschrittlichen Reichstagsabg. Blund:

„Von einer besonderen Steigerung der Getreidepreise kann bei uns nicht gesprochen werden. Die Getreidepreise haben sich bei uns in durchaus verständigen Grenzen bewegt. Ohne einen entsprechenden Zollschutz ist unsere Landwirtschaft nicht existenzfähig.“

Und Dr. Bershofen, ein anderer Delegierter auf dem Mannheimer Parteitag, führte aus:

„Wir sollten die allgemeine Herabsetzung der Getreidezölle nicht empfehlen.“

Damit können wir die „Freis. Ztg.“ wohl laufen lassen. Um Herrn Dr. Wiemer zu zeigen, daß nicht nur wir bösen Sozi die zöllnerischen Tendenzen auf dem Mannheimer Parteitag bemerkt haben, wollen wir ihn daran erinnern, was der Spezialberichterstatte des „Verl. Tagebl.“, das sozusagen doch auch ein liberales Organ ist, schon am Abend des 5. Oktober seinem Blatte telegraphiert hat:

„Die Debatte über die Agrarfrage auf dem fortschrittlichen Parteitag umfaßte den ganzen Nachmittag. Die Geister schieden sich in der Frage, ob die Forderung auf Ermäßigung der Getreidezölle in der Teuerungsvorstellung fallen sollte. Kamentlich war es der heftige Landtagsabgeordnete Pfarer Koresk, der gegen die Zollermäßigung auf Getreide ankämpfte, und es war kein großes Zugeständnis, daß er andererseits sich gegen eine Erhöhung der Getreidezölle aussprach. Mit Recht wurde ihm entgegengehalten, daß das auch die alten Norddeutschen Parteien verlangten. . . . Nach dem Schlußwort des Referenten wurde die Errichtung der Agrarkommission einstimmig beschlossen. Sämtliche Anträge für Programmänderungen wurden ihr überwiesen, auch der Passus der Gotheinschen Resolution, die eine Ermäßigung der Getreidezölle verlangt. Die Teuerungsvorstellung ohne diesen Punkt fand dann einstimmig unter lebhaftem Beifall Annahme.“

Wie wird Euch, Ihr Herren von der „Freisinnigen Zeitung“?

## Fortschrittler und Lebensmittelzölle.

Aus Hufum wird uns geschrieben:

In dem Leitartikel seiner Sonntagsnummer widerlegt der „Vorwärts“ die Behauptung der „Freisinnigen Zeitung“, sämtliche Redner auf dem fortschrittlichen Parteitag in Mannheim hätten die Schutzzölle verurteilt, nur über das Tempo des Abbaues der Schutzzölle herrsche Meinungsverschiedenheit. Als Zeuge gegen die Behauptung der „Freisinnigen Zeitung“ wird auch der Abgeordnete Dr. Blund aufgeführt. Gerade Dr. Blund ist ein typisches Beispiel dafür, wie richtig die in dem „Vorwärts“ entwickelte Ansicht ist, daß der Umstand, daß die fortschrittlichen Sozialdemokraten aus den großen Städten und den Industriezentren verdrängt, immer mehr in die ländlichen Wahlkreise gehen müssen, um dort mit Hilfe der Sozialdemokraten Mandate zu erobern, sie der agrarischen Schutzpolitik geneigter macht. Herr Dr. Blund hat sein schützöllnerisches Herz nicht erst in Mannheim oder kurz vor Mannheim entdeckt. Er ist schützöllnerisch geworden während der Agitation in seinem Wahlkreise.

Ungefähr ein Jahr vor den Reichstagswahlen 1912 erklärten ihn die fortschrittlichen des schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreises Hufum-Landern zu ihrem Kandidaten, nachdem der Vertreter des Kreises, Dr. Leonhart-Niel, erklärt hatte, nicht wieder kandidieren zu wollen. So kam Herr Dr. Blund, der in der Hamburger Bürgererschaft Mitglied der liberalen Linken ist, als Kandidat und fortschrittlicher Agitator in den rein agrarischen vierten schleswig-holsteinischen Wahlkreis, wo die Haupterwerbsquelle in den Marschgebieten Viehzucht und Viehgräferei, in den

und Schauspielerrinnen mit Kostümen und Requisiten nach Ägypten und Palästina zum Zwecke der kinematographischen Aufnahmen an Ort und Stelle entsandt hat, und daß die Gesellschaft vier volle Monate lang unterwegs war. Sie besuchte zunächst Bethleem, wo in unmittelbarer Nähe der Geburtsstätte Christi eine Krippe aufgebaut wurde. Dann ging es nach dem Kalvarienberg, der zum Schluß gegen neugierige Zuschauer durch einen Vorhang abgeschlossen wurde und dort erfolglos dann auf dem landwirtschaftlichen Hintergründe der Leberlieferung die Aufnahmen der Leidensstationen Christi mit der den Abschluß des Golgathadramas bildenden Kreuzigung. Die englische Gesellschaft nimmt der Schaulust gegenüber eine überwiegend wohlwollende Stellung ein und empfiehlt den Besuch der Vorstellung. Natürlich fehlt es aber auch nicht an Stimmen, die gegen die Vorführung des Passionspiels im kinematographischen Theater Protest einlegen. Darum soll aber die Kirche, die ja nie skrupellos war, ein so wirksames Hilfsmittel wie den Kino verschmähen, wo ihn doch alle Welt benutzt? Die patriotische und monarchistische Stimmungsmache ist im Kino ja heute etwas Alltägliches.

## Notizen.

— Schillers neues Drama „Professor Bernhard“ wurde von der Wiener Zensur verboten — wahrscheinlich aus kirchenpolitischen Gründen, da es den Konflikt eines Arztes mit einem Geistlichen und den Weineid einer Krankenschwester behandelt.

— Karl Haider, der Rater der bayerischen Voralpenlandschaft, ist in Schliersee gestorben. Ein gänzlich Unmoderner war er, einer, der seine Heimat liebt und keiner Schule angehörend, selber den Ausdruck fand für seine Poesie: die anständige Einfachheit und Kleinmüßigkeit einer tief empfundenen und wahrhaft volkstümlichen Kunst. Dieselbe deutsche Liebe zur Natur, die in den altdeutschen Malern lebendig war, befehle ihn und ließ ihn hell und farbenfreudig die Schönheit der Blumen- und baumreichen Voralpen künden.

— Edgar Finkel, ein bekannter belgischer Komponist und Direktor des Brüsseler Konservatoriums, ist gestorben. Er war das Haupt der jungsländischen Musik und als Komponist besonders auf geistlichem Gebiet tätig. Sein Oratorium „Johannes“ ist auch in Deutschland des öfteren aufgeführt worden. Unsere Wohlthätigen, die die unglücklichsten Anlässe, sich zu blamieren, findet, hat unserm Volkshor bekanntlich untersagt, dieses Werk am nächsten Karfreitag herauszubringen. Weil das weltliche Leben des frommen Mannes eben auch darin behandelt wird. Eine preussisch zensurierte Reuensgabe sämtlicher Heiligenleben, die wir damals vorschlugen, ist freilich immer noch nicht erschienen.

— Musikchronik. Der Verein Berliner Presse bringt am Sonntag den 10. November, mittags 12 Uhr, den „Barbier von Sevilla“ im Igl. Schauspielhaus mit Jadowler als Almaviva und Hermine Rosetti als Rosine. Der Billeterlauf beginnt am 3. November, vormittags 10 Uhr, im Schauspielhaus.



Gesetzgebungsorgan die Reichsversammlung ist. Bei seiner ersten Agitationstour besaß er die Herrschaft über die Reichsversammlung und forderte den allmählichen Abbau des agrarischen Schutzsystems. Sein nationalliberaler Gegenkandidat war der Führer der schleswig-holsteinischen Nationalliberalen, der Landtagsabgeordnete Dr. Schifferer, ein in der Wölle gefärbter nationalliberaler Schutzgöller, der seine schützgöllerischen Ansichten aber sehr geschickt vor den kleinen und großen Bauern zu vertreten wußte.

In der Zeit zwischen seiner ersten Agitationstour und dem Beginn der Reichstagswahlagitacion ist Herr Dr. Mund dann mit einem Male die Erleuchtung gekommen, daß es mit dem Abbau der Schutzgölle nicht gehe. Seine Wahrsagen hatten, wenn er auf die Schutzgölle kam, eine verdächtige Ähnlichkeit mit den Ausführungen des nationalliberalen Kandidaten Dr. Schifferer bekommen. Jetzt erklärte er mit einem Male, die Gölle könnten bei den kommenden Handelsverträgen nicht ermäßigt werden, das ganze Wirtschaftsleben sei darauf eingerichtet. Nur für eine Ermäßigung der Futtermittelgölle trat er ein; Getreide- und Viehgölle müßten in alter Höhe bestehen bleiben! Auf die Frage, die ihm der sozialdemokratische Kandidat in verschiedenen Versammlungen vorlegte, wann er denn denke, daß die freisinnige Forderung des Abbaues der Schutzgölle beginnen solle, erklärte er, das könne er nicht sagen, das müsse der Zukunft überlassen bleiben. Höhnend meinte denn auch unser Kandidat, der Abbau der Schutzgölle sei wohl für Mund eine freisinnige Zukunftsauforderung geworden, lächelnd sagte Herr Dr. Schifferer in seinen Versammlungen zu den anwesenden Fortschrittsmännern, sie könnten ebensogut ihn wählen, wie den Fortschrittskandidaten, hätten sie sich bisher schon in einer so wichtigen Frage wie der Militär- und Marinepolitik nicht unterschieden, so auch jetzt nicht mehr in der ebenso wichtigen der agrarischen Schutzgölle.

So werden freihändlerische Fortschrittler zu Schutzgöllern.

## Abgeordnetenhaus.

88. Sitzung, Dienstag, den 29. Oktober 1912, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz, Dr. Lenge.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Abg. Vartischer (Z.), daß seine gestrige Behauptung, die die Abg. Hirsch und Strobel für unwahr erklärt hätten, daß in der ersten Lesung der Kommissionsberatung des Beamtenbesoldungsgesetzes von den Sozialdemokraten keine Anträge gestellt worden seien, durch das amtliche Protokoll bestätigt werde.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Gesetzes betreffend die

Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren.

Nach der Regierungsvorlage wurden durch § 1 die öffentlichen Sparkassen verpflichtet, von ihrem verzinslich angelegten Vermögen Mindestbeträge zwischen 20—30 Proz. in mindersicheren Inhaberpapieren anzulegen. Ist durch die Satzung nichts festgelegt, so gelten 25 Proz. als Mindestbetrag.

§ 7 ließ zu, daß von den Ueberschüssen der Sparkassen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde zu außerordentlichen (vom Herrschaftshaus veränderten in öffentlichen) gemeinnützigen Zwecken des Garantieverbandes je nach der Höhe ihres Sicherheitsfonds bestimmte Teile verwendet werden.

Die Kommissionsvorlage sieht nun im § 1 vor, daß die Sparkassen je nach der Höhe ihres Einlagebestandes — 2, 10, 20 Millionen resp. darüber — in mindersicheren Inhaberpapieren anzulegen haben 10, 15, 20 resp. 25 Proz.

Im § 7 hat die Kommission die Genehmigung der Aufsichtsbehörde getilgt, hinter dem Worte „öffentlichen“ eingefügt: „dem gemeinen Nutzen dienenden“ und die Höhe der Teile verändert.

Zu der zweiten Lesung im Hause liegen eine große Reihe Änderungsanträge vor.

Minister v. Dallwitz: Die §§ 1 und 7 sind in der Kommissionsfassung gegen den lebhaften Widerspruch der Regierung zustande gekommen. Ich gestatte mir die Erklärung, daß diese Beschlüsse für die Regierung unannehmbar sind, hier zu wiederholen. Die Mindestsätze des § 1 gehen unter die Sähe herunter, die die Sparkassen bisher schon an Inhaberpapieren gehabt haben. Die Garantieverbände können nach § 7 die Ueberschüsse zu kommunalen Zwecken verwenden und werden deshalb versuchen, aus den Sparkassen soviel wie möglich herauszuwirtschaften. Die Liquidität der Sparkassen speziell in Zeiten nationaler Krisen kann durch die Kommissionsbeschlüsse nur verschlechtert werden. Den Mindestsatz von 25 Proz. hatten 1906 die Sparkassen selbst für akzeptabel erklärt.

Abg. v. Hassell (L.): Ein größerer Bestand an sicheren inländischen Schuldverschreibungen liegt im Interesse der kleinen Sparer selbst. Vor dem Staatsinteresse müssen die Interessen der hinter den Sparkassen stehenden Kommunalverbände zurücktreten. (Bravo! rechts.)

Abg. Reinhard (Z.): Unsere Bedenken gegen die Vorlage bestehen nach wie vor. Wir glauben, das Gesetz wird die allerschädlichste Wirkung haben. Die Vorlage bedeutet eine unbedingte Beschränkung der Selbstverwaltung; die Verantwortlichkeit der Sparkassenverhältnisse ist nicht genügend berücksichtigt. Sollten die Sparkassen verpflichtet werden, einen bestimmten Teil ihres Vermögens in Inhaberpapieren anzulegen, so sollte man zum mindesten einfügen: „soweit das möglich ist“.

Finanzminister Dr. Lenge: Die Befürchtungen des Vorredners sind nicht zutreffend. In diesen unruhigen kriegerischen Zeiten muß für die größte Liquidität aller Sparkassen gesorgt werden, damit sie jedem Ansturm standhalten können. Wenn die Sparkassen keine Fonds laufen wollen, um Kursverluste zu vermeiden, können sie Sachanweisungen erwerben, die stets zu Pari ausgelöst werden. Das Gesetz ist nicht geeignet, den Kurs der Staatspapiere zu heben, wohl aber, ihn zu stützen. Es ist vor allem bestimmt dazu, einen größeren Kreis von Abnehmern für unsere Staatspapiere zu schaffen. (Hört! hört!) Das ist eine absolute Staatsnotwendigkeit. Der Minister erklärt sich des weiteren für einen Antrag Winkler (L.), der auch von je einem Mitglied der Freikonservativen, Nationalliberalen und der Fortschritt. Volkspartei unterschrieben ist. Dieser Kompromißantrag setzt den Mindestbetrag der mindersicheren Schuldverschreibungen fest auf 15 Prozent bei fünf Millionen Einlagebestand, auf 20 Prozent bis zehn Millionen Einlagebestand und auf 25 Prozent in allen anderen Fällen und stellt im § 7 die Genehmigung der Aufsichtsbehörde zur Verwendung der Ueberschüsse nur für den Fall her, daß die Ueberschüsse zur Deckung von auf gesetzlicher Verpflichtung beruhenden Ausgaben des Garantieverbandes verwendet werden sollen. Der Minister bittet dringend, wenigstens diesem Antrag zuzustimmen. Sollte er abgelehnt werden, so wäre es besser, das ganze Gesetz fallen zu lassen.

Abg. Jerschhoff (H.): Die große Mehrheit meiner Freunde billigt die Absichten der Vorlage und wird für ihr Zustandekommen eintreten.

Abg. Dr. Schroeder-Kosell (natl.) betont, daß der größte Teil seiner Freunde für die Kommissionsbeschlüsse sei. Nur ein kleiner Teil sei gegen das ganze Gesetz. Bei Annahme des Kompromißantrages werde immerhin ein erheblicher Teil seiner Freunde für die Vorlage stimmen. Er selbst halte im Interesse der Liquidität der Sparkassen das Gesetz für notwendig. Ein großer Mißstand ist die Hinstreibern bei den Sparkassen. Gerade darauf sollte die Regierung ein maßvolles Auge haben.

Abg. Wommisen (Sp.): Ein Teil meiner Freunde lehnt die Vorlage ab, ein anderer Teil, zu dem ich gehöre, stimmt dem Kompromiß-

antrage zu. Der Kurs der Staatspapiere kann durch künstliche Mittel überhaupt nicht gehoben werden. Aber das Gesetz liegt im Interesse der Sparkassen selbst. Die Sicherung ihrer Liquidität ist äußerst wichtig. (Sehr richtig!)

Abg. Korshawski (Pole) spricht gegen die Vorlage.

Abg. Leinert (Soz.):

Unser Standpunkt ist der gleiche wie bei der ersten Lesung. Die Kommission hat zwar einige Verbesserungen beschlossen, aber sie sind doch recht problematisch. Von den nach dem Unannehmbar der Regierung eingelaufenen Anträgen bringt keiner eine Verbesserung. Am allerwenigsten der Kompromißantrag, der wieder die befeiligte Staatsaufsicht einführen will. Daß darunter auch ein freisinniger steht, ist besonders bedenklich. (Sehr richtig!) Die Mehrheit hat offenbar

Angst vor ihrer eigenen Courage

bekommen, aber wirkliche Gründe für ihren Unfall sind und nicht mitgeteilt worden. In der Tat handelt es sich bei der Vorlage nur um einen Versuch, den Kurs der Staatspapiere zu heben, denn  $\frac{1}{2}$  von den Inhaberpapieren müssen Staatspapiere sein. Dabei sind die ersten Hypotheken der Sparkassen mindestens ebenso sicher wie die Staatspapiere. Der Standpunkt der Mehrheit dieses Hauses, immer die Regierung zu unterstützen, wenn es gilt, andere zu belasten, aber ihr auch scharfste entgegenzutreten, wenn es sich um die eigenen Interessen handelt, kommt hier wieder einmal drastisch zum Ausdruck. — Man hat von der Hinstreibern der Sparkassen gesprochen. In Wirklichkeit zahlen die öffentlichen Sparkassen die niedrigsten Zinsen; daher gehen viele Leute eben zu Privatsparen und Sparkassen. Den Hauptnutzen von dem ganzen Gesetz werden die Großbanken haben. Mißstände in der Kreditgewährung sind bei den öffentlichen Sparkassen nicht hervorgerufen. Mit der Verwaltung der Post- und sonstigen Kreditinstitute können sich die Verwaltungen öffentlicher Sparkassen sehr gut messen. Man verweist nun auf den Kriegsfall. Aber so viel Geld wie durch die Lombardierung der 25 Proz. Inhaberpapiere schließlich herankommt, werden die Sparkassen nur bekommen, wenn das Geld überhaupt da ist. Das ist also eine untergeordnete Frage. Die Hauptsache ist, wie gesagt, für die Regierung die Hebung des Kurses der Staatspapiere, die nur denen zu Gute kommt, die ihre Papiere rechtzeitig verkaufen können. Diese Bereicherung soll geschehen auf

Kosten der kleinen Sparer.

Bestimmen Sie doch lieber im Ergänzungsgesetz, daß jeder verpflichtet ist, einen Teil seines Vermögens in Staatspapieren anzulegen. Damit treffen Sie die Leute, die einen eventuellen Ansturm wirklich tragen können und nicht wie hier die kleinen Sparer. Im übrigen bestreiten auch wir, daß eine Hebung des Kurses der Staatspapiere durch diese Vorlage erreicht werden wird. Wohl aber werden die Sparkassenzinsen zurückgehen. Diese Schädigung der kleinen Leute machen wir nicht mit. Zum mindesten müßte die Regierung die Verpflichtung übernehmen, die Sparkassen für Kursrückgänge zu entschädigen, wie das ein Antrag Waldstein will. Wir haben auch einen Antrag zur Sicherung der Sparer eingebracht, den wir bei § 7 näher begründen werden. Aus den angeführten Gründen werden wir bei Ablehnung der Kommissionsbeschlüsse gegen die Vorlage stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Arendt (fr.) spricht für einen Teil seiner Freunde gegen die Vorlage. Minister v. Dallwitz betont, daß der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse bei den Sparkassen durch den Kompromißantrag Rechnung getragen werde.

Abg. Hübner (Z.) befürwortet einen Antrag, wonach alle Sparkassen 20 Prozent ihres Vermögens in Inhaberpapieren anzulegen haben und beantragt Rückverweisung des Gesetzes an die Kommission.

Abg. v. Karborski (fr.) tritt für den Kompromißantrag ein. Herr Leinert hat die Grundtendenz überhaupt nicht verstanden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie geht gerade dahin, zu erreichen, daß die Sparkassen ihre Ueberschüsse im wesentlichen zu sozialen Zwecken verwenden. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag auf Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt.

Die weiteren Verhandlungen werden vertagt auf Mittwoch 11 Uhr. (Außerdem Interpellation der Polen über das Entschuldigungs-gesetz.)

Abg. Hirsch (Soz.) spricht den Wunsch aus, daß die gestern beratenen Petitionen der Justizunterbeamten spätestens am Donnerstag wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden mögen, damit seine Fraktion sobald wie möglich Gelegenheit habe, auf die heutige Erklärung des Abg. Vartischer zurückzukommen.

Schluß  $\frac{1}{4}$  Uhr.

## Soziales.

Zum Genossenschaftswesen.

Der letzte Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zeitigte eine Anzahl Zuschriften an uns und eine Debatte, als deren Endergebnis sich feststellen läßt: Es ist dringend erforderlich, daß die Genossenschaftsbewegung mehr als bisher mit sozialem Geist erfüllt werde. Damit dies im Interesse der Gewerkschaftsbewegung und der Arbeiterklasse schneller erreicht werde, ist aber auch tätige Anteilnahme der Genossen an den Generalversammlungen der Genossenschaften lebhaft erwünscht. Die Generalversammlungen finden jetzt statt. Dem Wunsch vieler Leser kommen wir durch Abdruck der aus dem internationalen Kongreß zu Kopenhagen und der aus dem deutschen Parteitag zu Magdeburg über die Genossenschaftsfrage gefassten Resolutionen nach.

Der internationale Sozialistenkongreß, der zu Kopenhagen vom 28. August bis 8. September 1910 abgehalten wurde, beschloß folgende Resolution:

„In Erwägung, daß die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern unmittelbare materielle Vorteile bieten können, sondern daß sie berufen sind,

die Arbeiterklasse durch Ausschaltung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern, die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten zu erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches vorzubereiten helfen,

erklärt der Kongreß, daß die Genossenschaftsbewegung, wenn sie auch allein niemals die Befreiung der Arbeiter herbeiführen kann, doch eine wirksame Waffe in dem Klassenkampf sein kann, den die Arbeiterklasse um die Erringung ihres unerrückbaren Zieles — der Eroberung der politischen und ökonomischen Macht zum Zwecke der Vergesellschaftung aller Mittel der Produktion und des Austausches — führt, und daß die Arbeiterklasse das stärkste Interesse daran hat, diese Waffe zu gebrauchen.

Der Kongreß fordert deshalb alle Parteigenossen und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit der größten Entschiedenheit auf, tätige Mitglieder der Konsumvereinsbewegung zu werden und zu bleiben und in den Konsumvereinen in sozialistischem Geiste zu wirken, um zu verhindern, daß die Konsumvereine aus einem wertvollen Mittel der Organisation und Erziehung der Arbeiterklasse ein Mittel werden könnten, um den Geist der sozialistischen Solidarität und Disziplin zu schwächen. Der Kongreß macht es deshalb den Genossen zur Pflicht, in ihren Konsumvereinen darauf hinzuwirken,

daß die Ueberschüsse nicht ausschließlich zur Rückvergütung an die Mitglieder, sondern auch zur Bildung von Fonds verwendet werden, die es den Konsumvereinen ermöglichen, selbst oder durch ihre Verbände und Großeinkaufsgesellschaften zur genossenschaftlichen Produktion überzugehen und für die Erziehung und Bildung, sowie für die Unterstützung ihrer Mitglieder zu sorgen; daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten im Einvernehmen mit den Gewerkschaften geregelt werden, daß ihre eigenen Betriebe in jeder Hinsicht vorbildlich organisiert werden und daß beim Bezug von Waren gebührende Rücksicht auf die Bedingungen genommen wird, unter denen sie hergestellt werden.

Ob und inwieweit die Genossenschaften die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus ihren Mitteln unterstützen sollen, ist der Entscheidung der einzelnen Genossenschaften jedes Landes zu überlassen.

In der Erwägung, daß die Dienste, die die Genossenschaftsbewegung der Arbeiterklasse leisten kann, um so größere sein werden, je stärker und geschlossener sie selbst ist, erklärt der Kongreß, daß die Genossenschaften jedes Landes, die auf dem Boden dieser Resolution stehen, einen einheitlichen Verband bilden sollen.

Der Kongreß erklärt endlich, daß es im Interesse der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus erforderlich ist, daß die Beziehungen zwischen den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, ohne daß dadurch ihre Selbständigkeit angetastet würde, immer inniger werden.“

Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei, der vom 18. bis 24. September 1910 in Magdeburg tagte, kam zu folgendem Beschluß:

„Bei der Beratung der Wirtschaftsgenossenschaften kommen für die sozialdemokratische Partei vornehmlich die Konsumvereine in Betracht.

Die Konsumvereine sind Organisationen zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile, indem sie durch direkte Uebermittlung der wichtigsten Verbrauchsgüter des täglichen Bedarfs an die Konsumenten deren Kaufkraft erhöhen.

Die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel und der notwendigsten Verbrauchsgüter, die vor allem eine Folge der agrarischen Zoll- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches ist, hat die breiten Volksmassen in steigendem Maße auf die Nützlichkeit des Zusammenschlusses in Konsumgenossenschaften hingewiesen.

Je mehr die Massen den Konsumvereinen beitreten und dort ihre Bedürfnisse decken, desto mehr steigert sich die Leistungsfähigkeit dieser Organisationen auf wirtschaftlichem Gebiete. Je mehr die Mitglieder der Konsumvereine mit den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften identisch werden und von deren Geist erfüllt sind, desto besser können sie wertvolle soziale Arbeit leisten durch Schaffung vorbildlicher, mit den Gewerkschaften vereinbarter Lohn- und Arbeitsverhältnisse für ihre Angestellten. Durch Einrichtung von Hilfs- und Rosfonds für ihre Mitglieder, durch Einwirkung auf die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter jener Betriebe, deren Abnehmer die Genossenschaften sind, durch Uebergang zur Eigenproduktion und zur Erziehung der Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten können die Konsumgenossenschaften ein wirksames Mittel zur Unterstützung im Klassenkampf sein.

Die Konsumvereine erledigen ihre Aufgaben selbständig und unabhängig. Mit ihrer zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung und der Verschärfung der Klassengegenstände wächst ihre Gegnerschaft in bürgerlichen Kreisen; durch ausnahmsweise Bestimmungen und schikanöse Verwaltungsmassnahmen suchen die Verbände und bürgerlichen Parteien ihre Entwicklung zu hemmen. Die gleichen Kreise haben ebendam die Gründung von Konsumvereinen als eines der vornehmsten Mittel für die Lösung der sozialen Frage empfoblen.

Die sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der Konsumgenossenschaften in der Presse und in den parlamentarischen Körperschaften wider die Angriffe ihrer Gegner. Dieses Eintreten für die Konsumvereine entspricht den Interessen des Proletariats, denn die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse.

Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen.“

Im Sinne dieser Beschlüsse gilt es zu handeln.

Verstaatlichung des ärztlichen Dienstes in England.

Ueber die Verstaatlichung des ärztlichen Dienstes hat Lloyd George nun dem Ministerat Bericht erstattet. Er teilte mit, daß die Verhandlungen mit den Ärzten gescheitert sind. Er hatte ihnen erst 8 Schilling für den Versicherten (einschließlich Medikamente) geboten, dann sein Gebot auf 7½ Schilling erhöht. Da sie aber 11½ forderten, was eine Verteuerung der Versicherung um 4 Millionen Pfund Sterling bedeutet, war keine Einigung möglich. Sein Plan geht auf Einschaltung von 8500 staatlichen Ärzten und soll 8 Millionen Pfund Sterling erfordern. Die Aufnahme sei im allgemeinen, ausgenommen einen Teil der Ärzte, sehr günstig.

## Aus Industrie und Handel.

Krieg und Börse.

Die pessimistische Beurteilung der politischen Situation durch die Börse hielt gestern an. Die Kurse, auch der Aktien unserer großen Industrieunternehmen, sanken wiederum um einige Prozent. Die Rückgänge an der Wiener und Londoner Börse, neue Nachrichten über Zahlungseinstellungen kleinerer Firmen trugen zur schwachen Tendenz wesentlich bei. Diese Kursrückgänge sind um so charakteristischer, als die Großbanken und Großindustriellen durch günstige Mitteilungen über die geschäftliche Lage Hausfestimmung zu erzeugen suchen. Am Rentenmarkt erhöhten sich die Kurse der Balkananleihen um weniges. Türkische Anleihen gingen dagegen zurück. Auch die 3prozentige Deutsche Reichsanleihe verlor wiederum (0,35 Prozent).

Die britische Gummigesellschaft und die Putumayo-Greuel.

Der Bericht des Senor Romulo Paredes, der von der peruanischen Regierung mit der Untersuchung der von den Vertretern der Britisch-Peruanischen Amazonas-Gesellschaft an den wehrlosen Indianern verübten Verbrechen beauftragt wurde, enthält schwere Anklagen gegen die Gesellschaft. Er teilt mit, daß der Hauptbeteiligte, der Engländer Donald Francis, schwer bestraft worden sei. Zwei andere, Südamerikaner, seien entkommen. Paredes beschuldigt die Gesellschaft, sie habe 35 Aufseher, sämtlich von der britischen Insel Barbados, ermöglicht, nach Columbia und Brasilien, mit denen Peru keine Auslieferungsverträge geschlossen habe, zu entfliehen, da sie an den Grausamkeiten stark beteiligt gewesen seien.

Das Verhalten der peruanischen Regierung sucht der Bericht zu entschuldigen. Im vorigen Jahre sei eine neue Regelung der Gummigewinnung erfolgt. Alle Verträge zwischen Indianern seien für ungültig erklärt worden. Künftig würden die in der Gummigewinnung







Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham
Hamb. Messing- u. Römertrank-Kell.
N. 4. Berlin, S. Fennsp. Kgr. 13708

Si-Si
Berlino O. Rudolfstr. 4.

Arbeiter-Bekleidung
Hamburger-Laden, Charl. Wallstr. 60

Bäckereien, Konditor.
Blottner's Großbäckerei

Blottner's Großbäckerei
Geschäfte in
Berlin, Charlottenburg,
Schöneberg,
Wilmsdorf.

Bohndorf's Bäck., Knappestr. 19
Paul Dolly, Markustraße 15.

Brot-Fabrik, 'Vorwärts'
Hermann Ulrich, Köpenick.

Wihl. Engel
Weißensee, Parisstr. 4.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte

Hoppe's Brot-Fabrik, Kramark, Kramarkstr. 44
Killes-Großbäckerei, Boßstr. 8.

Wihl. Engel
Weißensee, Parisstr. 4.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte

Hoppe's Brot-Fabrik, Kramark, Kramarkstr. 44
Killes-Großbäckerei, Boßstr. 8.

Wihl. Engel
Weißensee, Parisstr. 4.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte

Hoppe's Brot-Fabrik, Kramark, Kramarkstr. 44
Killes-Großbäckerei, Boßstr. 8.

Wihl. Engel
Weißensee, Parisstr. 4.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte

Hoppe's Brot-Fabrik, Kramark, Kramarkstr. 44
Killes-Großbäckerei, Boßstr. 8.

Wihl. Engel
Weißensee, Parisstr. 4.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte

Hoppe's Brot-Fabrik, Kramark, Kramarkstr. 44
Killes-Großbäckerei, Boßstr. 8.

Wihl. Engel
Weißensee, Parisstr. 4.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte

Hoppe's Brot-Fabrik, Kramark, Kramarkstr. 44
Killes-Großbäckerei, Boßstr. 8.

Wihl. Engel
Weißensee, Parisstr. 4.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte

Hoppe's Brot-Fabrik, Kramark, Kramarkstr. 44
Killes-Großbäckerei, Boßstr. 8.

Wihl. Engel
Weißensee, Parisstr. 4.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte

Hoppe's Brot-Fabrik, Kramark, Kramarkstr. 44
Killes-Großbäckerei, Boßstr. 8.

Wihl. Engel
Weißensee, Parisstr. 4.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte

Hoppe's Brot-Fabrik, Kramark, Kramarkstr. 44
Killes-Großbäckerei, Boßstr. 8.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Carl Henze, Adrestr. 15, Beilng.
Max Schöne, Landsberger Allee 149

Bierbrauereien, Bierh.
W. Adelung & A. Hoffmann

Berghäuser Weißbier
Brauerie Königsstadt

Brauerie Tivoli
Caramel-Weißbier

Deutsche Bierbrauerei A.G.
Groterjans

C. Habels Brauerei
Goldbier

Berliner Unions-Brauerei
Löwen-Brauerei

Victoria-Brauerei
Weissbier, C. Breithaupt

Blumen und Kränze
Butter, Eier, Käse

J. F. Assmann
Drei Kronen

Pried. Göseke, 7 Filialen
Gebrüder Groh

August Holz
Kosmalla, E., 4

Gebrüder Manns
Schröter, R.

Uhly & Wolfram
Vereingte Pommersche Meiereien

Cacao, Chocolate
Stolwerck

Gold Silber Kupfer
Schokolade - Kakao

Cylix, G.
Kakao und Schokolade

Wesenberg
Wesenberg

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Cigarrenhandlungen
Klein, Wilh.
Damenkonfektion
Callmann

Dombrowsky
Restat, J.
Oskar Wollburg, Brunnenstr. 56.

Drogen u. Farben
Relnh. Assmus, Gerlichstr. 10.

Knesebeck-Drog.
Prinzenstr. 103

Eisen- u. Stahlw., Waff.
Aln. O., Noll, Kaiser-Friedrichstr. 6

Otto Anders, Kottbuserdamm 6

Otto Bellig
G. Bruchlacher

H. Rockstroh
Jungbluth, Hermannstr. 172.

H. Schauer, Huttenstr. 70.

Max Schubert
Alex Weimar

Fahrrad-Leihhaus Lohmann
Fahrrad-Haus Frischhaut

Färbererei, Wäscher.
Groß-Dampfwäscheri

Ch. Engelhardt
Dampfwäscheri Konkordia

O. Naefe
G. Kulliek, Färb., Wäscheri

Fischhandlungen
C. Dittmann

Fleischer u. Wurstw.
Jul. Amandowitz

Wilhelm Behr
Speck- u. Schinkensalzer

Winkler & Bärthold
Fleischer u. Wurstw.

Jul. Amandowitz
Wilhelm Behr

Winkler & Bärthold
Fleischer u. Wurstw.

Jul. Amandowitz
Wilhelm Behr

Winkler & Bärthold
Fleischer u. Wurstw.

Jul. Amandowitz
Wilhelm Behr

Winkler & Bärthold
Fleischer u. Wurstw.

Jul. Amandowitz
Wilhelm Behr

Winkler & Bärthold
Fleischer u. Wurstw.

Jul. Amandowitz
Wilhelm Behr

Winkler & Bärthold
Fleischer u. Wurstw.

Jul. Amandowitz
Wilhelm Behr

Winkler & Bärthold
Fleischer u. Wurstw.

Jul. Amandowitz
Wilhelm Behr

Winkler & Bärthold
Fleischer u. Wurstw.

Jul. Amandowitz
Wilhelm Behr

Gesinde, Rich.
Gutschmann's
Janik, G.

Bruno Keller
Otto Koch, Alte Jacobstr. 17.

A. Krumm
Rob. Lindner, Niemetzstr. 8.

Wilhelm Liebherr
Paul Nuss

P. Rechel
Riedel, B.

Rodewald
Otto Schubert

E. Schauer, Huttenstr. 70.

Max Schubert
Karl Unte

G. Vettin
Warschauer Fleisch- u. Wurst-

A. Wenzel, Woldenbergstr. 30

G. Krüger, Weissenburgerstr. 79.

W. Becker, 3. Bldg., Wilmersdorferstr. 127

Haus- u. Küchengeräte
Namnick

Rockstroh, Karl
Haus- u. Küchengeräte

Herrn-Artikel
H. Bok, Noll, Kaiser-Friedrichstr. 10.

E. Florecke
Ad. Mahnke

Scholz, Osw.
Herrn-Artikel

J. Baer
Herrn-Moden-Vertrieb

L. Mamroth
Leak & Slupecki

Marcus, S.
Rosner, Max

Julius Salomon, Brunnenstr. 26.

J. Scholl
Hüte, Mützen u. Pelz-

Hüte, Mützen u. Pelz-
Hermann Haase, Invalidenstr. 123.

Hutbaus Norden
M. Grund
Berl. Hut-Centrale

Hut-Engr.-Lager, Bek. Sibirstr. 124.

Rieck, Em.
Vereinigte Hutcompagnie

Schoerr, Herm., Wilmersd.-Str. 46.

Vester, E.
Zum Hutwinkel

Kaffee-Spezialgesch.
Unerreicht 40 Pf. pro Pfd.

Otto Goetze, Kottbuserdamm 16/17 Hof.

Z. Alexander & Co., Badstr. 55.

Kaufhaus Friedenau Rheinst. 48

B. Hennig & Co.
Kohlen, Koks, Briketts

W. Pieper
Siemon, A. R., Kottbuserdamm 10

Kolonialwaren
Babel & Hauke, Wilmersdorferstr. 47.

Reik
Hakenkamp & Neumann

Heinicke, Wilh., Markgrafend. 17.

Lips, Chamissoplatz 8

Karl Mercier, Huttenstr. 3

H. Müller
Möller, G.

Willy Rohne
Runge, Otto, Noll, Hermannstr. 56.

Fritz Welzel
Korbwar., Kinderwag.

Metzners
Krankenbedarfsartikel.

Lederwaren
Hermann Callies

Lehranstalten
J. Kumpan

Möhlhandlungen
Bethke, Georg.

Bethke, Georg.
Puppen

P. R. Zierow, Schönhauser Allee 179.

Prese, Ernst

Unterstehende Geschäfte
Gaeger, Otto
Paul Gaeger, Spandau.

Jos. Hauke
Korn, Hugo

Schleinitz, A.
Möbelmagazine

Daehne, F., Hl., Neue Jonasstr. 26.

Wilh. Gabbert, Brunnenstr. 162.

Gleiser, A.
Lange, Max

Misch
Möbel-Gelegenheit

Schmidt, Otto
Siebeky, W.

Steinmann
Möbel-Transport

Möbel-Transport
F. Enders, Gieselerstr. 11, Krlf 4136.

Mölkerei
Milch Schmidt

Schweizerhof
Molkerei und Milchkuranstalt.

Musikalien
Scholz

Musikinstrumente
Kirst, R. Brunnenstr. 45. Noten.

Nähmaschinen
Bellmann, B.

Singer
Nähmaschinen

F. W. Büttner
Afrana-Nähmaschinen

Optiker
Das, Paul, N. Möllerstr. 174.

Photogr. Ateliers
W. Scharf, Sozialer Tot. Elasserstr. 1

Papier- u. Schreibw.
O. Prochnow, Noll, Hermannstr. 61

Pfandlohen
Schmidt, Fenster, 3

Photogr. Apparate
Puppen

P. R. Zierow, Schönhauser Allee 179.

Resterhandlungen
Loise-Frömel, Graifwallerstr. 199.

Schuhwaren, Schuhm.

Damaschke, Invalidenstr. 144.
Goldmann, Spandau, Schönebergstr. 54.

Rich. Kohn
C. Kilm

Herm. Körner, 2. Spennick.
Ernst Müller, Tellowstr. 59.

Schirme u. Stöcke
Jahnichen, Noll, Kais. Friedr.-Str. 16

Seifen
Heldke, Paul, Burydorferstr. 12.

Stempel- u. Vereinsabzeich.
Gust. Basse, Elasserstr. 9 a.

Topplöhe u. Gardinen
Gardinenh. Bernhard Schwarz

J. A. Schulz
Uhren u. Goldwaren

Otto Biekel
A. E. Deike

Gustav Schoder
Max Busse

Emil Quade
R. Schmelz

Emil Quade
R. Schmelz

Vericherungen
„Deutschland“ Berlin

Friedrich Wilhelm
Iduna zu Halle a. S.

Warenhäuser
Wilh. Herm. Lesser

Hugo Böling
Conrad

Hermann Meyer & Co., Acl. Ges.
Ignatz Sello

Woll-, Wollw., Trikot.
Max Boeldicke

Carl Braun
M. Gardels

Georgi, Ernst
Julius John

Juncker, H.
Anton Schnur

Albert Vogt
Wild u. Geflügel

Prims Logehühner
Geflügel-Importhaus

C. Dittmann
P. Hildebrandt

Robert Pracht
Zahn-Atelier

M. Gorodicki
O. Hiller

Hollbruch, Herm., Fackel 5. 99r 1871
Herold, H., Elasserstr. 9 a., Noentel 71.

Körber, O., Noll, Hermannstr. 174.
H. Lindeke, Warschauerstr. 80.

M. Rasenke, Birkenstr. 22.
Witte, Max

W. Wettstadt, Stralanderstr. 12



Gewerkschaftliches.

Unternehmertum, die Christlichen und die Gelben.

Der Verrat der Christlichen beim Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier hat den vollen Beifall der Unternehmer gefunden, ganz zufrieden sind diese jedoch mit ihren Rauschreißern noch nicht. Um das ganze Vertrauen ihrer Herren sich zu erringen, mußten sie zunächst den „Ultima-ratio-Charakter „Christlicher“ Ausstände“ abschwören, sodann hätten sie ihre Gegnerschaft gegen die Gelben aufzugeben. Nach der letzten Nummer der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ sollen die Christen auf ihrer Dresdener Tagung mit „erneuter, gesteigerter Mut“ auf die Arbeitgeber losgegangen sein. Die Ursache sei, wie Herr Stegerwald verraten habe, die „systematische Züchtung der Gelben durch die Großindustriellen“.

Diese „Gelben“, d. h. die Anhänger der vaterländischen Werkvereine, so heißt es in der „Arbeitgeberzeitung“ weiter, haben es den „Christlichen“ von jeher angetan. Wieso und warum? Erstens fürchten die „Christlichen“ eine ihnen selbst erwachsende Konkurrenz, obgleich ein solche ausgeprochenenmaßen gar nicht in der Absicht der Gelben liegt; zweitens aber — und das ist der Hauptkern der Sache — streben die Werkvereiner in praxi auf wirtschaftsfriedlichem Wege die Einigung mit dem Unternehmertum an. Dieses gelbe Beispiel fürchten die Nachhader der christlichen Gewerkschaften, da es geeignet erscheint, ihnen das Wasser für künftige wirtschaftliche Gewaltkämpfe abzugraben. So werden denn die Gelben von ihrem ersten Auftreten an von den „Christlichen“ mit geradezu fanatischem Eifer verfolgt.

So, nun wissen die „Christlichen“, was sie zu tun haben, um das ungeteilte Lob der Scharfmacher zu verdienen: Den Streik grundsätzlich abschwören, und immer mehr nach der gelben Seite hinüberzurutschen. Der Anfang ist gemacht; nur weiter nicht genieren!

Einen Rüssel bekommt von dem Unternehmerorgan aber auch der Vertreter der Reichsregierung, Regierungsrat Sieffart, der in Dresden in das unbedingte Lob auf die Christlichen mit eingestimmt habe, trotz der „Anwürfe gegen das Unternehmertum“ und trotz der gehässigen Herabsetzung der „wohlgesinnten vaterländischen Werkvereine“. Schließlich werden auch die Konservativen, die auch auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß vertreten waren, und sogar Herr Passermann wegen seines Begrüßungsgramms gerüffelt.

Die armen Christlichen! Haben sie solche Behandlung wirklich verdient?

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Messingpumper bei der Firma Karl Legel, Bronzewarenfabrik, Rüderstraße 4, dauert unverändert fort. Im Jahre 1911 wurde mit den Unternehmern der Reinigungsbranche Groß-Berlins seitens des Transportarbeiterverbandes ein General-tarif abgeschlossen, welcher die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die in dieser Branche tätigen Hersteller- und Messingpumper regelte. Die Firma Legel, die eine ausgesprochene Kundschaft in Messingreinigung (Einnahmen der Schaufenster, Schaufenster usw.) hat, bezahlte die bei ihr beschäftigten Messingpumper weit unter Tariflohn, obgleich gerade von letzteren eine intensive Arbeitsleistung verlangt wurde. Der Tariflohn beträgt für Messingpumper im Anfang 26,50 M. Herr Legel glaubte jedoch billiger wegkommen zu können und zahlte seinen Messingpumpen 13 M. bis höchstens 25 M. (den letzteren Lohn bezieht nur ein einziger Messingpumper, der schon eine Reihe Jahre in Betriebe tätig ist). Das Verlangen der Messingpumper, den gleichen Lohn zu erhalten wie ihre Kollegen bei anderen Firmen Berlins, kann unter diesen Umständen nur als durchaus berechtigt anerkannt werden. Der Deutsche Transportarbeiterverband, dessen Mitglieder die Messingpumper der Firma Legel sind, wurde beauftragt, letztere die Wünsche der Arbeiter zu unterbreiten. Das ist in der höchstlichen Form geschehen. Die Firma hielt es jedoch nicht für nötig, überhaupt eine Antwort zu erteilen, geschweige eine Ansprache zu gewähren. Am ersten Streiktag ruhte die Arbeit fast gänzlich, nur um die Mittagszeit sah man den sogenannten Schieber, Müller mit Namen, nebst einem kleinen Kerlchen einige Messingpumpen in der Straße unter den Linden reinigen. Heute jedoch beabsichtigt die Firma, einen Trupp Lehrlinge Streitarbeit verrichten zu lassen. Doch dies zur besseren Ausbildung der Lehrlinge dient, wagen wir zu bezweifeln, und ob es richtig ist, Lehrlinge auf Grund der Bestimmungen der Lehrverträge Legels zu zwingen, Arbeiten dieser Art zu verrichten, bezweifeln wir ebenfalls. Die Streikenden werden sich jedoch durch die Verrichtung der Streitarbeit seitens der Lehrlinge nicht von ihrer Forderung abbringen lassen. Sie sind guten Muts und gedenken den Kampf bis zum äußersten zu führen, sie hoffen hierbei auf die Sympathie und Solidarität der Arbeiterschaft. Zugang ist nach wie vor streng ferngehalten.

Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirk Groß-Berlin.

Die Firma Gerold versendet an ihre Kundschaft, die zum großen Teile aus Arbeitern in Buchbindereien, Fabrikbetrieben, Beamten in Kontoren und Krankenkassen besteht, ein Flugblatt, in welchem sie versucht, sich gegenüber dem Bericht im „Vorwärts“ Nr. 249 über den Streik in ihrem Betriebe zu rechtfertigen. In diesem Flugblatt erklärt die Firma, daß die Angaben im „Vorwärts“ irreführende und unwahre Behauptungen seien. Sie versucht, dann weiter zu erklären, daß der Vorwurf, sie sei organisationsfeindlich gesinnt, nicht zutrefte und daß sie deswegen auch keine Arbeiter in ihrem Betrieb zurückgesetzt habe. Wohl aber hätten die Organisierten mit allen Mitteln versucht, ihren Mitgliederkreis zu vergrößern und diejenigen Arbeiter, welche dem Verbandsverband nicht beitreten wollten, fortgesetzt drangaliert. Notgedrungen hätten sich dann die andersdenkenden Arbeiter zu einem Betriebsverein zusammengesetzt. Diesen Verein will die Firma nicht begünstigt haben. Die Verlegung einiger organisierter Arbeiterinnen soll keine Mafregelung darstellen, auch hätten dieselben keine Einbuße im Lohne gehabt, weil sie im Accord schließlich denselben Lohn und vielleicht noch mehr verdient hätten, als ihr Wochenlohn betragen habe. Diesbezüglich seien der Verbandsleitung unrichtige Angaben gemacht worden. Die Entlassung der organisierten Pader versucht die Firma durch Arbeitsmangel zu erklären; auch wollte sie nur die mit leichter Paderarbeit Beschäftigten durch Jugendliche ersetzen. Diesen Angaben gegenüber haben wir zu erklären, daß wir alles über die Ursache des Streiks in Nummer 249 des „Vorwärts“ Gesagte in vollem Umfang aufrecht erhalten.

Der Vorwurf, daß die freiorganisierten Arbeiter Andersdenkende im Betriebe drangaliert hätten, muß unbedingt zurückgewiesen werden. Solange der Betriebsverein nicht bestand, haben Organisierte und Unorganisierte friedlich zusammengearbeitet. Wohl haben die organisierten Arbeiter in ihren Betriebsversammlungen pflichtgemäß ihre Mitarbeiter zum Anschluß an den Transportarbeiterverband zu bewegen gesucht. Erst nachdem durch den Obergelben Prodhil ein Betriebsverein gegründet worden war, trat ein unharmonisches Verhältnis im Betriebe ein. Dieses hatte seine Ursache in Drangalierungen, welche die Gelben sich gegenüber den freiorganisierten Arbeitern erlauben durften,

ohne daß die Firma hiergegen ernstlich etwas unternahm. Prodhil hatte schon vorher in Betriebsbesprechungen die Einrichtungen der Gewerkschaften in den Schmutz zu ziehen versucht, so daß er einmal aufgefordert werden mußte, die Weisprechung zu verlassen.

Auch ihre organisationsfeindliche Gesinnung kann die Firma nicht in Abrede stellen, sowie ihre Protektion des Betriebsvereins. Nicht nur führten die ersten Vorgesetzten im Betriebe mit den Führern des Betriebsvereins längere Unterredungen während der Arbeitszeit, sondern auch die Geschäftsleitung selbst hielt mit diesen Leuten im Kontor Konferenzen ab. Dagegen hat sich die Geschäftsleitung geweigert, die Mitglieder des Arbeiterausschusses, organisierte Arbeiter, zu hören, und zwar lehnten sie auch dann noch ab, als die Vertreter des Transportarbeiterverbandes bei der dem Streik vorausgegangenen Verhandlung wünschten, daß der Arbeiterausschuß hinzugezogen werden möchte.

Bei dieser Verhandlung erklärte der Geschäftsführer Herr Rebe dann auch in bezug auf die Arbeiterinnen, „wenn dieselben innerhalb zwei Wochen sich beim Verlesen des Ruffeß nicht so eingearbeitet haben, daß sie im Accord dieselbe Lohnhöhe (14 M.) wie im Paderraum erreichen, müssen wir sie entlassen“. Das ist denn doch nichts anderes als eine indirekte Mafregelung, die zwei organisierte Arbeiterinnen betraf.

Es ist doch auch zu sonderbar, daß bei den Entlassungen wegen Mangel an Arbeit, welcher bei der Firma bestehen soll, immer nur die organisierten Arbeiter betroffen wurden und kein einziges Mitglied des gelben Betriebsvereins. Mit-leidvoll versucht die Firma ihren Kunden zu erzählen: „Wie bitter schwer den Leuten die Kündigung ihrer Stellung geworden ist, sah man ihnen an, und sie werden denen wenig Dank wissen, die sie aus gut bezahlten Stellungen, die sie seit vielen Jahren inne hatten, nun zu Arbeitslosen gemacht haben.“ Damit hat die Firma Gerold sich selbst getroffen. Niemand anders hat die Absicht gehabt, die Arbeiter zur Winterzeit arbeits- und brotlos zu machen als die Firma selbst. Beweis: ihr Anschlag in dem Betrieb und ihre Erklärung im Flugblatt, daß ihr ein Lohn von 30 und 34 Mark für erwachsene Pader zu hoch ist. An deren Stelle müßte sie jugendliche Arbeitskräfte beschäftigen, die dieselbe Arbeit leisten sollen, aber weniger Lohn erhalten. Die Firma Gerold, welche nach Berichten von bürgerlichen Vätern im Jahre 1911 einen Warenumsatz von 24 Millionen Mark gehabt haben soll, will ihrer Kundschaft weismachen, daß ihr Geschäft in Frage gestellt sei, wenn sie ihre alt beschärfen Arbeiter weiter beschäftigen. Aus diesem Grunde werden die Arbeiter der Firma Gerold sichtlich keinen Dank wissen. Es war eiserne Notwendigkeit und Selbstwille der Streikenden, sich gemeinsam dagegen zu erklären, daß allmählich einer nach dem anderen von ihnen auf das Straßengpflaster gesetzt werde.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Deutsches Reich.

Wahlen zur Angestelltenversicherung.

In München wurden für die Vertreter der Versicherten 7108 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Freie Vereinigung 3259, auf die fünf Listen des Hauptausschusses 3849 Stimmen. Gewählt sind von der Freien Vereinigung drei Vertreter und sieben Ersatzleute. — Bei den Unternehmerwahlen entfielen auf die Liste des Münchener Handelsvereins und der ihr angeschlossenen Verbände 820, auf die Liste der Freien Vereinigung selbständiger Kaufleute und Gewerbetreibender 125 Stimmen. Die Freie Vereinigung erhielt einen Vertrauensmann und einen Ersatzmann.

In Wahrenth erhielt die Liste der Werkmeister 48, die der fünf kaufmännischen Vereine 182, die der Freien Vereinigung 44 Stimmen. Von der Freien Vereinigung wurde Genosse Reidel, Lagerhalter, als Ersatzmann gewählt. Nicht einmal die Hälfte der Angestellten hatte ihr Wahlrecht ausgeübt.

In Straßburg i. E. erhielt die Liste des Hauptausschusses 814 Stimmen, die der Freien Vereinigung 595 Stimmen. Beide Gruppen erhalten je zwei Vertrauensmänner und der Stimmenzahl entsprechend drei resp. fünf Ersatzmänner.

In Schiltigheim bei Straßburg erhielt die Liste der Brauereibeamten 95 Stimmen, zwei Vertrauensmänner und zwei Ersatzmänner, die Liste der Freien Vereinigung 88 Stimmen, einen Vertrauensmann und drei Ersatzmänner, während der Hauptausschuß auf seine Liste nur 23 Stimmen vereinigte; er erhält nur einen Ersatzmann.

In Düsseldorf erhielten Stimmen: die Liste der Freien Vereinigung 1108, Deutschnationale 744, Verein für Handlungstomnis von 1858 502, Katholische Handlungsgeschäftsorganisation 371, Werkmeisterverband 962, Verband der weiblichen Angestellten 760, Wäbner- und Orchestervereinigung 248 Stimmen. Vertreter entfallen auf: die Freie Vereinigung 1 Vertrauensmann und 3 Ersatzleute, die Deutschnationalen 1 Vertrauensmann und 1 Ersatzmann, ebenfalls die 1858er. Der Werkmeisterverein erhält einen Vertrauensmann und zwei Ersatzleute, die Katholische kaufmännische Vereinigung einen Ersatzmann, die Organisation der weiblichen Angestellten erhält einen Vertrauensmann und zwei Ersatzleute. Die Wäbner- und Orchestermitglieder gehen leer aus. — Bei den Arbeitgeberwahlen erhielt die Liste der freien Arbeitgebervereinigung 20 Stimmen und einen Ersatzmann, die andere Liste 222 Stimmen und 5 Vertrauensmänner und 9 Ersatzmänner.

Im Landkreis Aresfeld war die Beteiligung schwach. Von 700 Wahlberechtigten gingen 167 zur Wahl. Die Liste der Freien Vereinigung erhielt 34, die des Hauptausschusses 132 Stimmen. Die Wahl in Aresfeld (Stadtkreis) fand am Sonntag und Montag statt, und zwar nach heftigem Wahlkampf und bei lebhafter Beteiligung. Das Resultat steht noch aus. Die Wahlbeteiligung dürfte hier mehr als 80 Proz. erreichen.

In Harburg a. E. haben von 1400 Wahlberechtigten 775 gewählt. Der Hauptausschuß erhielt 502, die Freie Vereinigung 213 Stimmen.

In Tarcha bei Leipzig erhielt von 70 abgegebenen Stimmen die Freie Vereinigung 27 und einen Vertreter und zwei Ersatzmänner, der Hauptausschuß erhielt 43 Stimmen.

In Weihenfels erhielt die Freie Vereinigung von 388 Stimmen nur 42.

Aus Schlesien sind recht erfreuliche Resultate zu melden. Dem Geschehe des reaktionären Hauptausschusses ist es nicht gelungen, den „neuen Mittelstand“ ins Bockshorn zu jagen. Ueberall erringt die Freie Vereinigung schöne Achtungserfolge. In Liegnitz steht ihre Liste mit 201 Stimmen an der Spitze, die Deutschnationalen folgen mit 160, die Techniker und Werkmeister mit 120, die Präbitorischen Handlungsgeschäftsbereiche mit 103. Von drei Vertretern und sechs Ersatzmännern erhielt die Freie Vereinigung einen Vertrauensmann und zwei Ersatzmänner. — Selbst in Kattowitz in Oberschlesien rangiert die Freie Vereinigung an zweiter Stelle. Es erhielt der Hauptausschuß 429 Stimmen mit 2 Vertretern und 3 Ersatzmännern, die Freie Vereinigung 306 Stimmen mit 1 Vertreter und 3 Ersatzmännern. Die Polen mit 85 Stimmen fielen aus.

Frankfurt a. M. Bei den am Sonntag stattgefundenen Wahlen erhielt die Freie Vereinigung 1463 Stimmen, einen Vertrauensmann und drei Ersatzleute; der Hauptausschuß 4706 Stimmen, fünf Vertrauensmänner und neun Ersatzleute.

Zum Streik der Papierwarenarbeiter in Aschersleben.

Am Spionabend, den 20. Oktober, wurde bei dem in Aschersleben amfendenden Bezirksleiter des Buchbinderverbandes Kornacker-Hannover Hausdurchsuchung gehalten. Es wurden ihm die Briefe beschlagnahmt, welche die Kunden der Firma G. C. Westhorn an Kornacker gerichtet haben auf seine Mitteilung von dem Streik und

den unhygienischen Verhältnissen, unter denen zum Teil die Papierwaren hergestellt werden. Der ausführende Beamte machte Kornacker darauf aufmerksam, daß er wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung und wegen Erpressung angeklagt werden würde. Damit geht das in Erfüllung, was das Beschoern-Organ, der Ascherslebener „General-Anzeiger“, schon vor etwa 8 Tagen kategorisch verlangte, daß die „auswärtigen Heber“ exemplarisch zur Rechenschaft gezogen werden sollten und Polizei und Justiz ihre Pflicht diesbezüglich tun sollten, dann würde es bald mit dem Streik und dem Streikgeheer ein Ende haben. Man nennt die Beschoern nicht umsonst die „Könige von Aschersleben“!

Gewerkschafts- und Parteigenossen! Seit Juli 1911 haben sich die Heimarbeiter in der Christbaumschmuckindustrie im Weininger Oberland organisiert. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, die traurigen und elenden Existenzverhältnisse in der Glasindustrie zu beheben. Nun sind hier im Sonneberger Bezirk noch eine Anzahl Christbaumschmuckfabrikanten, die es nicht für nötig halten, dieses Vorgehen zu unterstützen. Diese Herren bezahlen ihren Arbeitern nicht die tariflichen Löhne. Obgleich diese „Kaufleute“ nicht den Tariflohn bezahlen, wenden sie sich durch Inzerate und Prospekte in den Parteizeitungen an die Genossen. Deshalb erkundigt Euch über die Verhältnisse bei dem Vertrauensmann der Heimarbeiter. Uebt Solidarität! Anfragen sind zu richten an Arno Köhler, Glasmacher, Pöselbach, Kreis Sonneberg S.-M.

Wir bitten alle Parteiblätter um Abdruck. Die vereinigten Zahlstellen Louscha und Umgegend des Zentralverbandes der Glasarbeiter und -arbeiterinnen. J. A.: Arno Köhler.

Zum Streik in der Schlesiischen Holzindustrie in Langenöls.

Ende der Woche haben sich weitere 28 Mann in die Streiklisten eintragen lassen. Mit denen, die mitstreifen, sich aber nicht eingetragen haben, dürfte die Zahl der Ausständigen jetzt 450 betragen. Fast sämtliche Maschinen stehen still, da sich auch die Maschinenarbeiter dem Streik angeschlossen haben. Beteiligt sind namentlich: Holzarbeiterverband, Fabrikarbeiterverband, Verband der Bildhauer, Gewerkschaft S.-D., ein Teil der Christlichen und außerdem eine ganze Anzahl unorganisierter Arbeiter. Die Situation ist für die Ausständigen günstig. Streikbrecher sind nicht vorhanden. Auf den Bezug von Hinterbüchern dürfte sich die Firma nach den Erfahrungen, die die Waggonfabrik in Görlitz mit diesen Arbeitswilligen gemacht hat, wohl verzichten. Einen Erfolg hat der Streik schon zu verzeichnen. Auf die nunmehr eingereichten Forderungen der Arbeiter ging der Versammlung der Arbeiter ein Schreiben zu, worin die Firma ankündigt, daß es für sie keinen Zweck hätte, mit den Arbeitern zu verhandeln; den bestehenden Tarifvertrag würde sie kündigen, wenn er von den Arbeitern nicht gekündigt werden sollte. Das weitere würde durch die Zentrale des Arbeitgeberverbandes geregelt werden. Sollte die Firma in auswärtigen Zeitungen Holzarbeiter aller Verufe und Maschinenarbeiter suchen, möge jeder die Streikenden durch Fernhaltung des Zuganges unterstützen.

Der Streik der Nähmaschinenarbeiter bei der Firma Adolf Knoch in Saalfeld in Thüringen dürfte nach viertwöchentlicher Dauer im Laufe dieser Woche beendet werden. Die Einmütigkeit der Arbeiter zwang die Fabrikleitung zu Zugeständnissen. Es wurde als Anfangslohn bewilligt für Arbeiterinnen 22 für ungelernete Arbeiter 35, für gelernete Arbeiter 40 Pf. Stundenlohn; außerdem soll auf die seitherigen schlecht entlohnnten Accordlohn-sätze ein Aufschlag von 25 Proz. gezahlt werden. Die Forderung der Arbeiter, die Fabrik möge das Werkzeug stellen, das bisher von den Arbeitern gezahlt werden mußte, konnte nicht durchgedrückt werden. Eine Versammlung der Streikenden erklärte sich am Sonnabend mit den Zugeständnissen einverstanden, doch müssen noch, ehe die Arbeit wieder aufgenommen wird, einige nebenjächliche Punkte geregelt werden.

Die Fabrik erlitt durch das Engagement von Streikbrechern beträchtlichen Schaden. Sie hatte, um die Streikenden einzuschüchtern, von dem Streikbrecherbüro Arnolds-Hofburg (der vorige Woche in Hamburg wegen Betruges 8 Monate Gefängnis erhielt) circa 50 Arbeitswillige kommen lassen, die außer einem Stundenlohn von 45 Pf. noch freie Kost und Logis erhielten. Die Leistungen dieser Leute waren unter aller Kritik und beschleunigten die Einigungsverhandlungen. Die Arbeitswilligen hatten sich mehrere Male bei der Polizei beschwert, daß in dem Fabrikgebäude, in dem sie untergebracht sind, die Fenster eingeworfen wurden und auch geschossen worden sei. Natürlich sollten damit die organisierten Arbeiter diskreditiert werden. Ein Polizeibeamter in Zivil patrouillierte nun die Gegend unauffällig ab, um die Streikbrecher zu entdecken. Am Freitag abend gelang es dem Beamten, drei Fenstereinwerfer auf freier Latz zu ertappen. Als die Personen festgestellt wurden, zeigte es sich, daß es drei — Arbeitswillige waren.

Das „Saalfelder Kreisblatt“ ist ganz konsterniert über dieses Resultat der polizeilichen Feststellungen und seufzt nun ganz verstört: „Da hört doch wirklich alles auf!“ — Werden unsere Scharfmacher auch diesen Fall von „Terrorismus“ in ihre Materialsammlung für ein Buchhändgeheh aufnehmen?

Ausland.

Achtung, Militärattler! Bei der Firma Wolfner in Budapest haben 140 Militärattler die Arbeit eingestellt. Da die Firma Arbeitskräfte in Deutschland sucht, wird vor Arbeitsannahme gewarnt.

Angedrohte Niesenaussperrung in Dänemark.

Der dänische Arbeitgeberverein, dem die Unternehmernorganisationen Dänemarks angehören, hat soeben den vereinigten Gewerkschaften die Androhung einer Aussperrung von 40 000 Arbeitern zugehen lassen, falls nicht innerhalb einer noch bestehenden Frist zwei kleinere Streiks und zwei ebenfalls unbezweufelte Tarifverhandlungen im Sinne der Arbeitgeber beigelegt werden. Wie gemeingefährlich die Unternehmernorganisation mit der Aussperrungsandrohung umspringt, ist daraus zu ersehen, daß der eine der zwei Streiks die Arbeiter einer Schwefelsäurefabrik betrifft, die sich bereit erklärt hatten, den Vermittlungsvorschlag des staatlichen Vergleichsbeamten zu akzeptieren, während der Unternehmer selbst, eine 40 Proz. Dividende zahlende Aktiengesellschaft, den Vermittlungsvorschlag ablehnte, weil eine geringfügige Lohnserhöhung und besserer Arbeiterschutz darin enthielten war. Der zweite Streik betrifft die Arbeiter einer elektrischen Industriebranche in Kopenhagen. An beiden Streiks sind zusammen etwa 130 Arbeiter beteiligt. Im diese zwei Streiks und eine Tarifbewegung der Arbeiter einer Chromlederfabrik sowie eine lokale Bewegung in Aalborg und schließlich eine ausgebrochene Differenz bei den Absatzgeschäften in Kopenhagen beizulegen, droht der Arbeitgeberverein jetzt mit der Aussperrung sämtlicher Arbeiter der Eisen- und Metallindustrie sowie sämtlicher in der dänischen Industrie beschäftigten Mitglieder des Verbandes der ungelerneten Arbeiter. Die Zahl der betreffenden Arbeiter beträgt 40 000, im Gefolge der Aussperrung würden jedoch mindestens weitere 10 000 sofort arbeitslos werden, weil die Fortsetzung ihrer Arbeit während der Aussperrung der anderen Branchen unmöglich wird.

Die Gewerkschaften erklärten, sich durch das Ultimatum nicht einschüchtern zu lassen. Falls die Unternehmer auf dieser gemäßigten Grundlage den Kampf wollen, mögen sie tun, was sie nicht lassen können.







# Persil

das selbsttätige **Waschmittel**

Höchste Wasch- und Bleichkraft bei kürzester Waschzeit!  
**Nur einmaliges ca. 1/4 - 1/2 stündiges Kochen**  
 sorgfältiges Ausspülen, möglichst in warmem Wasser, die Wäsche ist  
 sofort fertig, vollkommen rein und wie auf dem Rasen gebleicht.  
**Grosse Ersparnis an Zeit, Arbeit und Geld!**

Erhältlich nur in Original-Paketen, niemals lose.  
 HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch der beliebtesten

**Henkel's Bleich-Soda**

**Verkaufsstellen durch Plakate erkenntlich.**

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.

**MUSIK Instrumente**  
 aller Art wie Violinen, Celli, Mandolinen,  
 Gitarren, Zithern, selbstspielende  
 Musikwerke erhalten Sie von uns gegen  
 bequeme Monatsraten  
**ohne Anzahlung**  
**5 Tage zur Probe**  
 Verlangen Sie sofort die Ill. Preisliste M.  
**Bial & Freund, Postfach 120/298 Breslau**

**Ohne jede Anzahlung**  
**PIANOS** erstklassiges (9x prämiert Staatsmedaille, in  
 :: Fabrikat :: allen Holz- und Stilarten, von wunder-  
 barer Tonfülle (Flügelton)  
**Flügel** und **Harmoniums**  
 gegen kleine monatliche Teilzahlung. — Für jedes Instrument gewähre ich langjährige schriftliche Garantie.  
**Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1,** Ecke Kurfürsten-  
 strasse, im eigen. Geschäftshause. Tel. Ch. 10410.  
 Auch Sonntags geöffnet.

**Kufek**  
 eine bewährte  
**Krankenkost**  
 für Erwachsene  
 bei Störungen der Verdauung,  
 bei Schwäche u. Appetitlosigkeit.

**Theater.**  
 Mittwoch, 30. Oktober 1912.  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Berliner. Kabale und Liebe.**  
 Deutsches Schauspiel. Gsmont.  
 Anfang 7 Uhr.  
**Königl. Schauspielhaus. Maria Stuart.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Kgl. Opernhaus. Violetta.**  
 Deutsches. König Heinrich IV.  
 2. Teil.  
**Sirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.**  
**Sirkus Busch. Gala-Vorstellung.**  
 Anfang 8 Uhr.

**Urania. Taubenstraße 48/49.**  
 Auf's Mitterhorn.  
 Sprech. 8 Uhr: Dr. Will. Berndt:  
 Tiere als Träger und Ueberträger  
 von Giftstoffen.  
**Reichshallen. Hedda Gabler.**  
 Mammerspiele. Rein Freund Lebby.  
**Schiller O. Bachmann als Erzähler.**  
**Schiller. Charlottenburg. König Lear.**  
**Berliner. Filmzauber.**  
 Strinas. Magdalene.  
**Reichshallen. Gemütsmenschen.**  
**Rosenthalhaus. Die Generalbeke.**  
**Deutsches Schauspielhaus. Der gutgehende Franz.**  
**Thalia. Antolinchen.**  
**Theater am Rollendorfsplatz. Der Prozess in der Unterwelt.**  
**Kurfürsten-Oper. Der Kufreigen.**  
**Kroll. Der Prinz Rahl.**  
**Königsgräber Straße. Die fünf Frankfurter.**  
**Montis Operetten-Theater. Der Frauenfresser.**  
**Luffen. Des anderen Ehre.**  
**Rose. Von Stufe zu Stufe.**  
**Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Endlich allein.**  
**Metropol. Chauffeur — ins Metropol.**  
**Urania. Liebesbarometer.**  
**Casino. Der Großfürst.**  
**Reichshallen. Die Nacht der Lüne.**  
**Königsgräber-Kasino. Spezialitäten.**  
**Wintergarten. Spezialitäten.**  
**Apollo. Spezialitäten.**  
 Anfang 8 1/2 Uhr.

**Friedr. Wilh. Schauspielhaus.**  
 Die deutsche Sultane.  
**Luffen-Theater. Rein alter Herr.**  
**Helles Caprice. Der deutsche Joseph.**  
 Der Rebbe.  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater. Die Doppelgängerkomödie.**  
 Anfang 10 Uhr.  
**Admiralpalast. Eibbalett: Dronne.**  
**Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.**

**Schiller-Theater O. Theater.**  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Flachmann als Erzähler.**  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Tallmann.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Kinder der Exzellenz.**  
**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**König Lear.**  
 Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr:  
**Zopf und Schwert.**  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Flachmann als Erzähler.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Flachmann als Erzähler.**  
 Theater am Rollendorfsplatz  
 (Neues Schauspielhaus).  
 Täglich abends 8 Uhr:  
 Gastspiel des  
 Münchener Künstler-Theaters  
 Orpheus in der Unterwelt.

**Berliner Theater.**  
 8 Uhr:  
**Filmzauber.**  
**Theater in der Königsgräber Straße**  
 8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**  
**Deutsches Schauspielhaus**  
 (Römische Oper).  
 Heute nachmittags 3 1/2 Uhr: Gsmont.  
 An allen Tagen der Woche 8 Uhr:  
**Der gut sitzende Frack.**  
**Montis Operetten-Theater**  
 (früher Neues Theater)  
 Abends 8 Uhr:  
**Der Frauenfresser.**  
**Residenz-Theater.**  
 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**  
 Schwank in 3 Akten  
 von Fritz Liebmann-Frederich.  
 Morgen und folgende Tage:  
**Gemütsmenschen.**

**Luisen-Theater.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Mittwoch: Des anderen Ehre.  
 Donnerstag: Des anderen Ehre.  
 Freitag: Die gelbe Gefahr.

**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 132.  
 Abends 8 Uhr:  
**Von Stufe zu Stufe.**  
 Lebensbild mit Gesang in fünf Akten  
 von Hugo Müller.  
 Donnerstag: Deutsch-Amerikaner.

**Apollo Theater**  
 Ab 8 Uhr. Vorletzter Tag mit  
**Bernhard Höpflitz.**  
 Freitag, den 1. November:  
 Fest-Vorstellung.  
**Martin Bendix**  
 in Unsere Marina, sowie  
 M. Bendix — Emil Schnabel als  
 Droschkenkutscher u. Piaker.

**Metropol-Theater.**  
 Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.  
**Chauffeur — ins Metropol!**  
 Große Jahresrevue mit Gesang und  
 Tanz in 10 Bildern von J. Freund,  
 Musik v. Rud. Wehler. Länge arrang.  
 von Emil Schöpp. In Szene gesetzt  
 vom Direktor H. Schalk.

**Folies Caprice.**  
 Zum 60. Male  
**Die drei Schlinger:**  
 Der deutsche Joseph.  
 Der Rebbe.  
 Der Einbrecher.

**Urania**  
 Taubenstraße 48/49.  
 Wissenschaftliches Theater.  
 Abends 8 Uhr:  
**Aufs Matterhorn!**  
 Hörsaal 8 Uhr: Dr. Will. Berndt:  
 Tiere als Träger und Ueberträger  
 von Giftstoffen.  
**Urania-Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Liebesbarometer.**

**Konzert-Café Tivoli (Neukölln)**  
 Kottbuser Damm 95  
**Heute Mittwoch, den 30. Oktober, abends 6 Uhr**  
**Eröffnung**  
 2 Kapellen **Ueberraschungen.** 2 Kapellen

**Deutsches Opernhaus**  
 Charlottenburg. — Direktion: Georg Hartmann. — Bismarckstr. 34/37.  
**Eröffnungs-Vorstellung**  
 Freitag, den 8. November 1912, abends 8 Uhr:  
**Fidelio.**  
 Sonnabend, den 9. November 1912, 8 Uhr abends: **Fidelio.**  
 Sonntag, den 10. November 1912, 8 Uhr abends: **Fidelio.**  
 Den Aktionären werden auf schriftliches Ersuchen zu  
 diesen Vorstellungen Billets reserviert. Diese bis zum  
 2. November vorbestellten Billets müssen bis 11 Uhr vor-  
 mittags des der Vorstellung vorhergehenden Tages an der  
 Theaterkasse gegen Kassenpreis abgenommen werden, da sonst  
 anderweitig über dieselben verfügt werden müßte.  
 Montag, den 11. November 1912, 8 Uhr abends:  
 Erste Abonnements-Vorstellung: **Fidelio.**  
 Beginn des Billetverkaufs für sämtliche Vor-  
 stellungen am Montag, den 4. November 1912.  
 Die Theaterkasse ist geöffnet vormittags von 10-2 und  
 nachmittags von 5-7.  
**Preise der Plätze:**  
 1. Parkett . . . 5.— M. 2. Rang . . . 3,80 M.  
 1. Parkett . . . 4,50 M. 3. Rang . . . 1,70 M.  
 2. Parkett . . . 4.— M. Galerie . . . 0,80 M.  
 1. Rang . . . 6.— M.  
 Eintrittskarten sind außerdem zu haben bei Hermann Tietz,  
 Leipziger Straße, und beim Invalidendank, Unter den Linden 24.

**„Clou“ :: Berliner ::**  
**Konzerthaus**  
 Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 80/81.  
**Heute! Großes Doppel-Konzert. Heute!**  
**Berliner Konzerthaus-Orchester**  
 Dirig.: Frz. v. Blon, Komp.  
 Musik: II. Garde-Regts. z. F. Dirigent: Oberm. Graf.  
**Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.**  
 An allen Wochen- **Großes Konzert** bei freiem  
 tagen nachmittags: Eintritt.

**Keller's Festsäle**  
 Spezialausschank der Löwenbrauerei Akt.-Ges.  
 Koppenstraße 29. BERLIN O. Koppenstraße 29.  
 Den verehrlichen Vereinen, Korporationen, Gewerk-  
 schaften etc. gestatte ich mir hiermit mitzuteilen, daß  
 obige Säle zur Abhaltung von **Versammlungen,**  
**Konzerten, Festlichkeiten etc.** auch an Sonn-  
 abenden und Sonntagen wieder zur Verfügung stehen.  
 Hochachtungsvoll  
**NUSCH, Tel.: Amt Kgot. 4314.**

**Reichshallen-Theater**  
 Stettiner Sänger.  
 Abends 8 Uhr:  
**Die Macht der Töne.**  
 Sonntag-nachm. 3 U.  
 Der Kompagnieball

**Zirkus Albert Schumann.**  
 Heute Mittwoch, 30. Oktober,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Gala-Vorstellung.**  
 Um 9 1/2 Uhr:  
**Der unsichtbare Mensch.**  
 Vier Bilder aus Indien.  
 Das größte und schönste Aus-  
 stattungsstück der Gegenwart.

**Herrnfeld Theater**  
 8 Uhr:  
**Die Alpenbrüder.**  
 10 Uhr:  
**Endlich allein!**  
 Beide Stücke mit den Autoren  
 Anton und Donat Herrnfeld  
 in den Hauptrollen.  
 Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

**Biercabaret**  
 im Lichtprunksale  
 der Passage.  
 Jeden Abend 1/2 9 Uhr:  
**Hermann Funke**  
**Hansy Petra**  
 Patsi Cassani  
 Mixti Drosel  
**Werner Goldmann**  
**Otto Bellmann**  
 20 Künstlerinnen u. Künstler.  
**Einheitspreis 1 M.**

**Passage-Panoptikum**  
**RAPPO**  
 der größte Entfesselungs-  
 künster der Zeit.  
 Der Mann mit dem  
**eisernen Schlund!**  
 die anatom. Unmöglichkeit.  
**Lehend! Ohne Extra-Entree!**

**Zirkus Busch.**  
 Heute Mittwoch, 30. Oktober,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Elite-Vorstellung.**  
 Nur noch 2 Tage!  
**Houdini!**  
 Ausbruch aus der jetzt ver-  
 schärften, durch 3 Zellen un-  
 geschlossenen Fesselung unter  
 Wasser, sowie  
**Das Kriegsschiff d. Zukunft.**  
 (Ingenieur H. Bohle)  
 Zum Schluß: **Unter Gorillas.**

**Boigt-Theater.**  
 Gesundbrunnen Badstraße 59.  
 Mittwoch, den 30. Oktober 1912:  
**Ueber'n großen Teich.**  
 Lebensbild mit Gesang in 4 Akten  
 von H. Bölling.  
 Kaffeeöffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

**Theater Königstadt-Casino.**  
 Holzmarktstr. 71. Ecke Alexanderstr.  
 1. Teil v. Bahnh. Gannowbrücke.  
 Tägl. abends 8. Sonntag 5 Uhr:  
**Das große Novitäten-Program**  
 gram und  
**Wach auf Standesamt.**  
 Große Poffe in 1 Akt.

**Casino-Theater**  
 Göttinger Str. 57. Täglich 8 Uhr:  
 Das sensationelle Oktober-Programm  
**Robert Neemann.**  
 Berlin's Lieblingshumorist mit neuen  
 Schlägern. Riesen-Lacherfolg des  
 lustigen **Der Großfürst.**  
 Sonntag 4 Uhr: **Diefe Männer!**

**Germania-Prachtsäle**  
 N. Chausseestr. 110. K. Richter.  
 Heute Mittwoch:  
**Paul Mantheys**  
**Iustige Sänger.**  
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
**Reichshallen-Freitag.**  
 — Sonntagskarten gelten. —  
 Neben Donnerstag:  
**Gr. Militär-Streich-Konzert**  
 anschließend Familienkonzerte.

**Admiralpalast**  
 am Bahnhof Friedrichstraße.  
**Eispalast.**  
 Einzig in der Welt mit seinen  
 prunkvollen Eisballetts.  
**Heute**  
**2 Vorstellungen**  
 nachmittags und abends  
 das sensationelle Eisballett  
**„Yvonne“**  
 100 Mitwirkende. Fabelhafte  
 Ausstattung!  
**Die kleine Charlotte.**  
 Bis 8 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
 abends hohes Kassenpreise.  
**Restaurant I. Rang:**  
 Wein- und Bier-Abteilung.

**„Paradiesgarten“ Birkenwerder**  
 — Unterühle —  
 Busstag, den 20. November:  
**Großes Schlachtfest**  
 wozu alle werten Vereine und Gönner freundlichst einladet  
**Der Paradieswirt.**







Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute Mittwoch öffentliche Wählerversammlung im Café Gärtner, Dörfeliner Ufer 27/28, am Bahnhof Bellevue.

Der Einberufer.

Charlottenburg. Die Genossen der 7. Gruppe veranstalten am Sonnabend, den 2. November, abends 9 Uhr, einen gemütlichen Unterhaltungabend im kleinen Saale des Volkshauses.

Wilmersdorf-Salenke. Die Parteigenossen und Genossen werden ersucht, sich heute abend 7 Uhr an den bekannten Stellen zahlreich zur Flugblattverbreitung einzufinden.

Friedrichshagen. Morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lindengarten, Friedrichstr. 74, der dritte Vortragsabend statt.

Berliner Nachrichten.

Die Verkehrsdeputation, die gestern unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters tagte, verhandelte über den Anschluss der Nord-Süd-Bahn nach Neukölln.

Ferner beschäftigte sich die Deputation mit der Straßenbahnunterführung unter dem Kaiser-Franz-Josef-Platz. Früher war die Unterführung unter dem Platz zwischen Opernhaus und der alten königlichen Bibliothek geplant.

Zur Verbindung zwischen Alt-Moabit und dem Birchow-Krankenhaus ist von den städtischen Behörden die Anlage einer städtischen Straßenbahnlinie von Alt-Moabit Ecke Dittowstraße nach der Christianiastraße Ecke Grünthaler Straße geplant.

Nach der Gewerbeordnung unterliegt das öffentliche Fahrwesen der Aufsicht des Polizeipräsidenten. Dieses setzt im Einvernehmen mit dem Gemeindevorstand auch die Tarife fest.

Die Automobilstraße im Grunewald.

Aus städtischen Kreisen Charlottenburgs wird geschrieben: Zur Förderung des von Jahr zu Jahr wachsenden Automobilverkehrs um Groß-Berlin beabsichtigt bekanntlich die Automobil-, Verkehrs- und Übungsstraßen-Gesellschaft m. b. H. die Anlage einer Automobilspiegelstraße, welche eine Sehenwürdigkeit und ein Anziehungspunkt ersten Ranges zu werden verspricht.

hergestellt wird, daß ferner nach Beendigung des Pachtvertrages über das Grundstück des Betriebes der Automobilstraße durch die Gesellschaft die Straße ohne Entschädigung dem öffentlichen Verkehr gewidmet wird.

Charlottenburg scheint für Automobilstraßen sich recht eifrig ins Zeug zu legen und recht viel Geld zu haben; für die Autostraße nach Döberitz hat es erhebliche Summen geopfert.

In der Säuglingsfürsorgeklasse I findet im November wieder unentgeltlicher Unterricht in Säuglingspflege statt, wöchentlich einmal mit praktischen Übungen.

Städtische Fischpreise. Aus dem Rathaus wird uns geschrieben: Wiederholt sind in Tagesblättern die Preise des städtischen Fischverkaufs demängelt worden.

Die Zentralstelle für wissenschaftliche und Schul-Kinematographie (System Dittied v. Hanstein) wird mit Zustimmung der Schuldeputation für Schüler und Schülerinnen besondere kinematographische Vorführungen veranstalten, die geeignet sind, eine einwandfreie Belehrung und Unterhaltung zu bieten.

Nordwesten: Hohenzollern-Festhalle, Wandelstraße; Artushof, Berleberger Straße; Norden: Charus-Säle, Müllerstraße; Nordosten: Festsaal der Brauerei Friedrichshagen; Festsaal der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee; Osten: Konfordiaal, Andreasstraße; Zentrum: Musikfesthalle, Neue Friedrichstraße; Südosten: Hohenzollern-Festhalle, Kottbusser Damm; Süden: Aliens-Etablissement, Hohenheide; Südwesten: Festsaal der Vordbrauerei, Fildischstraße; Westen: Festsaal der Viktoriabrauerei, Lützowstraße.

Der Eintrittspreis soll für jedes Kind 15 Pf. betragen. Für unermittelte Kinder stehen in jeder Vorstellung Karten zur Verfügung. Zur Aufführung gelangt in den ersten 14 Tagen: „Der Rhein von der Quelle bis zur Mündung“.

Die Frage der Verstaatlichung der Berliner Elektrizitätswerke beschäftigt gegenwärtig in hohem Grade die städtischen Behörden von Berlin.

Unserer Meinung nach machte sich die städtische Verwaltung eines neuen schwerer Fehlers schuldig, wenn sie nicht endlich die Versorgung der Stadt mit Licht und Kraft in die eigene Verwaltung nehmen würde. Es hat sich schon bitter gerächt, daß die Stadt seinerzeit den Vertrag mit der Großen Berliner verlängerte, anstatt solche in unmittelbarer Umgebung Berlins, haben ihr eigenes Elektrizitätswerk. Es wird höchste Zeit, daß auch die Stadt Berlin auf diesem Gebiete vorwärts geht.

Kurzliche Ferienvertretung. Aus ärztlichen Kreisen wird und geschrieben: In den letzten Wochen hat ein großer Teil der Ärzte in den städtischen Stadtteilen (O., NO., SO. und Wittenberg) eine neue Art kollegialer Ferienvertretung geschaffen, die sich bereits in Leipzig und anderen Städten bewährt hat und die sowohl für die Kranken wie für die Ärzteschaft eine Reihe von Vorzügen bietet.

Die Vorteile dieser Art der Ferienvertretung sind in der Tat so groß, daß schon jetzt auch in anderen Stadtteilen eine Bewegung im Gange ist, sie einzuführen. Karl Anders auf seinem letzten Wege. Unter starker Beteiligung vollzog sich am gestrigen Tage das Begräbnis unseres alten Parteibekämpfers Anders.

Freunde des Verstorbenen erschienen, um ihm das Geleit zum Grabe zu geben. Vor dem Trauerhause sammelte sich das Gefolge und viele von denen, die ihn im Leben gekannt, betraten das Sterbezimmer, in welchem Karl Anders ausgebahrt lag und sandten dem wie im friedlichsten Schlummer liegenden Toten einen letzten stummen und schmerzbelegten Gruß zu.

Als der Sarg in die Gruft sank, setzte der Männerchor wieder ein und durch den grauen Herbsttag klang es zart und weihvoll: „Zum Reich der Gräber...“

Zum dritten Mal setzten nun die Sänger ein und hell und klar klang es über die offene Gruft hin: „Ein Sohn des Volkes will ich sein...“ Einen Augenblick schien es, als wollte der Friedhofsgewaltige die Sänger unterbrechen, wie er es vorher schon mit einzelnen Rednern, insbesondere bei dem Stadtvorordneten Mann getan hatte, doch trat das Erwartete nicht ein.

„Nicht rechten wollt er mit dem Glücke, daß nimmer ihm sein Strahl gelacht, gern zog er, an des Feindes Krücke, mit andern Edlen in die Schlacht.“ Nur mit dem Schicksal mocht er rechten, daß es den Donner ihm verlag, die große Fehde auszufechten, bis einfiel der Freiheit Sonne tagt.“

800 Kirchenausstreite sind in der Demonstrationssammlung des Komitees „Konfessionslos“ am Montagabend in der Neuen Welt erzielt worden.

Wie uns von parteieigenen Seite mitgeteilt wird, seien viele sehr enttäuscht worden, weil zahlreiche Teilnehmer keinen Einlass finden konnten. Die mit so großem Aufwand angekündigte Versammlung habe im kleinen Saal getagt.

Unvorsichtiges Umgehen mit einer Schusswaffe hat heute vor-mittag wieder einmal Unheil angerichtet. In der Wilmsstraße 95 ging dem 24 Jahre alten Registrator Alfred Schneeweiß, als er mit seiner Waffe hantierte, ein Schuß los und die Kugel drang seiner 21 Jahre alten Frau Agnes, die in seiner Nähe stand, in das rechte Auge. Die Verunglückte wurde schwer verletzt nach der Charité gebracht.

In einem Anfall von Geistesgekränktheit ist gestern morgen der 32 Jahre alte Arbeiter Alfred Weiger aus dem zweiten Stock des Quergebäudes des Hauses Admiralsstr. 86 auf den Hof hinabgesprungen. Der Mann, der früher Kaufmann war, litt schon lange an den Nerven. Das Uebel steigerte sich vor 2 Jahren so, daß er seinen Beruf aufgeben mußte. Seitdem erword er seinen Lebensunterhalt als Hausdiener und Arbeiter. Einige Monate war er im Krankenhaus. Die letzten Monate war er arbeitsunfähig. Nachdem er schon einige Tage wirre Reden geführt hatte, sprang der Unglückliche gestern morgen um 7 Uhr aus seiner Wohnung bei einer Zimmervermieterin im 2. Stock des Quergebäudes auf den gepflasterten Hof hinab. Schwer verletzt wurde er mit einem Münzlichen Automobil nach dem Krankenhaus am Urban gebracht, wo er hoffnungslos danieliegt.

Die Mitglieder der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend werden noch beionders auf die heute abend 8 Uhr im Friedrichshagen stattfindende Generalversammlung aufmerksam gemacht, zu der Legitimationen mitzubringen sind.

Menschenleben in Gefahr! Gestern früh um 6 Uhr kam ein sehr gefährlicher Brand aus noch nicht festgestellter Ursache, vermutlich durch Fahrlässigkeit in einer kleinen Wohnung in der Kottboder Straße 39 zum Ausbruch. Dort wohnt im zweiten Stock auf dem zweiten Hofe eine Arbeiterfamilie, bestehend aus Vater und Mutter mit drei Kindern, die sämtlich in einem Zimmer schliefen. Als sie gestern früh erwachten, brannte die Küche, Rauch und Flammen schlugen ihnen entgegen. Der einzige Ausweg über den Korridor war durch die Flammen schon versperrt. Der zweite Ausweg war durch Abtrennung von Räumen und Vermauern den fünf Personen gleichfalls versperrt worden. Da auch das Treppenhaus schon total verqualmt war, gestaltete sich die Rettung sehr schwierig, denn es brannten bereits alle Türen und Fenster. Die Feuerwehr drang schließlich noch Hofe aus in den ersten Stock über der Durchfahrt und von dort mittels eines Hafenseitenganges von außen in die brennende Wohnung ein. Ein drei Monate altes Kind wurde über die Leiter von der Wehr in Sicherheit gebracht. Inzwischen hatte die Wehr sämtliche Fenster im Treppenhaus geöffnet, damit der Qualm abziehen konnte. Die zwei älteren Kinder und die Eltern konnten nun in Sicherheit gebracht werden. Gleichzeitig hatte die Wehr mehrere Schlauchleitungen vorgenommen und es gelang, eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern. Die Küche mit dem Korridor ist ausgebrannt. Die Familie ist jetzt anderwärts untergebracht. Eine Panik unter den Hausbewohnern wurde durch das energische Eingreifen der Wehr verhindert. Das Feuer muß durch den Herd ausgekommen sein, denn es war nach unten durch die Decke vorgeschritten.

Zeugen gesucht. Beim Anmarsch der Demonstranten am 30. Oktober ist der Tischler Gust. Mann, Straßenmannstr. 15 I wohnhaft, von einem Wagen der elektrischen Straßenbahn überfahren und bewusstlos zunächst der Arbeiter-Samariterkolonne übergeben und dann nach der Sanitätswache am Döblicher Bahnhof transportiert worden. Mann bittet die Zeugen des Vorfalls ihm recht bald gest. ihre Adressen übermitteln zu wollen.



# Vorort-Nachrichten.

## Neußölln.

Die bürgerlichen Sammellisten sind jetzt endgültig nominiert. Ganz leicht ist die Sache nicht gewesen. In den sogenannten „kommunalfortschrittlichen“ Kreisen hat es einen ziemlich heftigen Kampf gegeben. Besonders die Kandidatur des „königlich preussischen Beamten“, des Herrs Winter, wurde scharf bekämpft. Ursprünglich auch mit dem Erfolg, daß diese Kandidatur abgelehnt wurde.

Unstößbare Mächte haben jedoch den aufgestellten Kandidaten. Landessekretär Fischer, veranlaßt, von der Kandidatur zurückzutreten und so wurde denn auch Herr Winter mit Stimmengleichheit nominiert. Von den für Winter Stimmenden wird behauptet, daß drei Postbeamte keinen Auftrag hatten, für Winter zu stimmen. Ohne diese drei Stimmen wäre die Kandidatur Winter gescheitert. In der kurzen Zeit trat sogar eine Spaltung in der kommunalfortschrittlichen Arbeitsgemeinschaft ein, indem der Verein der fortschrittlichen Volkspartei, die fortschrittlichen Bezirksvereine Ost, West und Süd sich sofort wieder zu der alten liberalen Arbeitsgemeinschaft zusammenschlossen.

Jedoch eins ist auch für diese fortschrittliche Arbeitsgemeinschaft charakteristisch, sie hielt sich an das Wahlabkommen mit den Altbürgerlichen gebunden.

Die Aufwendung von Energie gegen die Kandidatur Winter hat jedoch bei der fortschrittlichen Arbeitsgemeinschaft nicht lange angehalten.

Die heillose Furcht vor der Sozialdemokratie hat die tüchtigen Kämpen bald zur Umkehr und zur Ausöhnung mit ihren früheren Bundesbrüdern veranlaßt. Es wäre auch schade gewesen, wenn Herr Winter nicht wieder aufgestellt worden wäre, denn die kommunalfortschrittliche Arbeitsgemeinschaft hat dadurch dokumentiert, daß sie Raum für die allerreaktionärsten Elemente besitzt.

Vergessen sind die heftigen Kontroversen, die gegen den königlich preussischen Beamten von den früheren Bezirksvereinen geführt wurden.

Im übrigen ist es uns ganz unverständlich, warum man sich gegen Winter sträubte, wenn man in demselben Atemzug beteuert, man hält sich an das Abkommen mit den Altbürgerlichen gebunden, besser wie Winter sind doch die Altbürgerlichen sicherlich nicht. Diese Einigung zwischen Kommunalfortschrittlichen und Altbürgerlichen kann und nur von Vorteil für die Entwicklung der parteipolitischen Verhältnisse in Neußölln sein.

Sie wird allen wirklich fortschrittlich gestimmten Wählern zeigen, daß nur die Sozialdemokratie ernstlich bestrebt ist, eine Politik der fortschreitenden Entwicklung zu treiben.

Auch die Vermeidung von Stichwahlen kann uns nur angenehm sein. Für unsere Parteigenossen entspringt daraus jedoch die Verpflichtung, schon am Tage der Hauptwahl den letzten unserer Wähler an den Wahlstisch zu bringen.

Arbeitslosigkeit hat die 18 Jahre alte Kranzbindein S. aus der Vergeltung zum Selbstmord veranlaßt. Das junge Mädchen war schon seit längerer Zeit ohne Beschäftigung und konnte auch trotz aller Bemühungen keine mehr finden. Diese Lage trieb es zur Verzweiflung, obwohl es bei den Eltern wohnte und keine Not litt. Nachdem die Unglückliche vorgestern abend einen Abschiedsbrief an die Eltern geschrieben hatte, erschloß sie sich, als sie allein in der Wohnung war.

## Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der Antrag der Freien Fraktion, den Paulhof an der Innbrüder Straße zu bebauen, wurde glatt abgelehnt. Einem Antrag der Liberalen Fraktion, den Magistrat zu eruchen, eine gemilderte Deputation, bestehend aus fünf Magistratsmitgliedern und zehn Stadtverordneten zu wählen zur Prüfung der Frage, ob und event. welche Veränderungen sich bei der Erhebung der Kinematographensteuer empfehlen, wurde zugestimmt.

Samberg (Ab. Frakt.) bedauert, daß auch in der Liberalen Fraktion Freunde und Gegner der Kinosteuer vorhanden wären. Von den geschätzten 50 000 M. sind innerhalb sechs Monaten bereits 27 000 M. eingegangen, und das während der Sommermonate; der Winter erhöht die Beträge wesentlich. Es muß zugegeben werden, daß die Steuer auch ihre Härten aufweist; an eine Befreiung sei jedoch nicht zu denken, auch würden wesentliche Verbesserungen nicht statifinden. Knorr (Fr. Frakt.) hält die Steuer für ungerecht und rügt, daß gegen einige Kinobesitzer der Konkursantrag gestellt wurde und dieselben zum Offenbarungseide gezwungen worden seien. Das Ansehen einer Stadt werde dadurch nicht gehoben. — Genosse Käter sprach für den Antrag und betonte, daß die sozialdemokratische Fraktion grundsätzliche Gegnerin derartiger Steuern sei. Wohl selten habe eine Steuer sozialer Art Aufregung und Erbitterung hervorgerufen, wie die Kinosteuer. Die ganze Steuer sei eine Härte, die unbedingt befristet werden müsse. Auch die Art der Erhebung, sowie die ganze Handhabung der Steuer durch den Magistrat sei scharf zu verurteilen.

Kammerer Maschowitz erklärte, daß der Magistrat mit der Einlegung der Deputation einverstanden sei, im übrigen müsse in besonderen Fällen mit Konkursverfahren und der Ablegung des Offenbarungseides vorgegangen werden.

In der Deputation wurden u. a. die Genossen Baumler und Käter bezeugt.

Im Süden des Südgeländes zwischen Krankenhause und Brieserweg besitz die Stadt eine größere Strecke Land, das bisher an einen Landwirt verpachtet war. Da unter der Bevölkerung das Bedürfnis nach Landeigentum ein ziemlich reges ist, so sollen auch hier Arbeitergärten errichtet werden. Die Bebauung des Geländes dürfte innerhalb von drei Jahren nicht erfolgen. Für die Vermietung der einzelnen Parzellen auf dem städtischen Grundstück ist ein Sachverständigen 70 und 80 Pf. pro Quadratmeter in Aussicht genommen. Für diesen Preis werden eingetragene Parzellen geliefert, auch ist die Vermietung der aufzustellenden Pumpen unentgeltlich gestattet. Für die Vermietung und Verwaltung des Gartensfeldes ist im vorigen Jahre ein Komitee gewählt worden, das wiederum bereit ist, diese Arbeit durch Vertrauenspersonen unentgeltlich zu übernehmen und die eingebrachten Beträge an die Stadt abzuliefern. Auch soll eine Ergänzung des Komitees durch Stadtverordnete stattfinden. Um die Arbeiten durchführen zu können, ist ein Betrag von 8000 M. erforderlich. Die Veranlassung genehmigte den Betrag. Die Petition der Handwerker und Gewerbetreibenden um Abfindung von dem Verkauf von Ränderwaren in der städtischen Seefischhalle war noch einmal an den Ausschuß zurück verwiesen. Genosse Peterson empfahl im Namen des Ausschusses, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, da feststeht, daß die gesamte Einnahme aus Ränderwaren pro Monat nur 800 M. beträgt. Seit dem Bestehen der städtischen Seefischhalle seien vier Ränderwarengeschäfte in nächster Nähe eröffnet worden, so daß von einer Schädigung keine Rede sein könne. Die Veranlassung beschloß die Tagesordnung.

Die höheren technischen Bauwerksbeamten Deutschlands petitionierte, um Maßnahmen zur Rückübertragung der Bauvorschriften an die Gemeinden und Verschärfung der Technik bei deren Verwaltung. Der Referent Genosse Kottländer betonte, daß das erstere nur vom Staat verlangt werden könnte, während die Einstellung der Techniker vom Magistrat zu erwägen sei. Auch hier wurde zugestimmt. — Eine Anzahl Gewerbetreibender wünscht Aufhebung der Konkurrenz, die ihnen seitens der kommunalen und kommunalen Verbände durch die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke bereitet werde. Genosse Peterson ersuchte um Ablehnung, da das, was die Petenten wünschten, bereits vorhanden sei. Es wurde demgemäß beschlossen. — Herr Rudolf Brandmann petitionierte um Schaffung eines Durchganges von der Grotte, 45 nach der Sebanitz, 15. Der Referent Weiser empfahl, diese Petition dem Magistrat als

Material zu überweisen, da die Möglichkeit bestehe, dieselbe zu verwirklichen. Dem wurde zugestimmt.

Um die vorhandene städtische Druckerei zu erweitern und die erforderlichen Räume im neuen Rathaus einzurichten, verlangte der Magistrat 21 000 M. Genosse Käter als Referent betonte, daß es gelte, einen alten Beschluß der Versammlung zur Ausführung zu bringen. Jetzt zahle die Stadt 33 bis 60 Proz. Verdienst an den Unternehmer. Die bisher gemachten Erfahrungen mit der eigenen Druckerei seien äußerst günstige und es sei der Ausbau notwendig. Mit der Druckerei soll gleichzeitig eine Buchbinderei verbunden werden. — Jarkow (Fr. Fraktion) betonte, wenn übermäßige Gewinne an die Unternehmer gezahlt würden, dann seien die Beträge Schuld, es liege kein Grund vor, das Buchdruckgewerbe zu schädigen. Die Arbeiten sollten in kleinen Portionen ausgegeben werden, damit jeder etwas erhalte. Mindestens sei Aufsichtsratsberatung erforderlich unter Einziehung von bürgerlichen Sachverständigen, um die Frage näher zu prüfen. Stadtrat Schäfer hält die Erweiterung für notwendig und vorteilhaft. In kleinen Portionen könnten die Aufträge nicht vergeben werden, da sonst die Stadt sehr hohe Preise zahlen müßte. Die Vorlage wurde einem Ausschuß überwiefen, dem die Genossen Käter, Magau und M o h s angehören.

Die dem Magistrat zur Verfügung stehenden Fleischmengen, so schreibt der Magistrat, sind zurzeit noch zu gering, um sämtliche Schlächter mit russischem Fleisch zu versorgen, dem es handelte sich bisher nur um Probestellungen. Es ist zu hoffen, daß mit Beginn der regelmäßigen Fleischsendungen Anfang November auch den Schönberger Schlächtern eine gewisse Steigerung im Fleischbezug zugesichert werden kann. Das Publikum ist den Schlächtern, welche nicht immer russisches Fleisch vorrätig haben, Unrecht mit der Annahme, daß diese das russische Fleisch nicht verkaufen wollen. Es wird deshalb hier nochmals betont, daß sämtliche Schönberger Schlächter sich zum Bezug des russischen Fleisches von der Stadt bereiterklärt haben und daß bisher keiner der Schönberger Schlächter diese Bereitwilligkeitserklärung zurückgezogen hat.

## Charlottenburg.

Gestern konnte zum ersten Male russisches Schweinefleisch durch den Magistrat an die hiesigen Fleischermeister abgegeben werden, nachdem bereits drei Sendungen Rindfleisch vorausgegangen. Innerhalb der letzten Woche sind durch städtische Vermittlung rund 150 Zentner russisches Fleisch nach Charlottenburg gekommen. Diese Menge entsprach aber bei weitem nicht dem Bedürfnis. Eine Reihe von Fleischern, die die von der Stadt gestellten Bedingungen anerkannt haben, konnte bisher mit russischem Fleisch überhaupt nicht bedacht werden. Es ist zu hoffen, daß vom 1. November d. J. ab größere Sendungen russischen Fleisches hierher kommen werden. Der Verkauf findet in durch Plakate kenntlich gemachten Schlächtereiden statt. Heute, Mittwoch, werden wiederum 150 Zentner russisches Rind- und Schweinefleisch zum Verkauf kommen.

## Wilmerdorf-Halensee.

Feuerungsmassnahmen und Stadtverordnetenwahlen. Während Berlin und Charlottenburg den Verkauf russischen Fleisches geregelt haben, ist in Wilmerdorf von dieser Maßnahme gegen die Feuerung noch nichts zu spüren. Auch hier treiben die Fleischer das bekannte Spiel. Sie befürchten, daß das Eingreifen der Gemeinde die Fleischpreise herabdrücken werde und sehen schon aus diesem Grunde den behördlichen Maßnahmen mit sehr gemischten Gefühlen entgegen. Ihre Innung hat denn auch in der Frage der Fleischversorgung an den Magistrat Anforderungen gestellt, die den Stempel der Obstruktion an der Stirn tragen. Es wird vom Wilmerdorfer Magistrat verlangt, daß er von Berlin aus den Transport des Fleisches übernehme, daß er bei Beurteilung der Güte die Fleischer das gewichtigste Wort sprechen lasse und dergleichen mehr. Der Magistrat ist durch das Verhalten der Innung in eine unbehagliche Lage gebracht. Gibt er ihr nach, dann ist die ganze Feuerungsmaßnahme ziemlich gegenstandslos, legt er den Weistern den Stahl vor die Tür, dann landet er sich die Feindschaft einflussreicher Stadtverordneter auf den Hals. Allerdings mag eingewendet werden, daß der Verkauf des russischen Fleisches in städtischer Regie etwa unter Mitwirkung von Mitgliedern des Zentralverbandes der Fleischer keine allzu schwierige Sache wäre. Jedoch würde ein solcher entscheidender Schritt im konservativen Wilmerdorf die Revolution bedeuten. Der Magistrat muß sich, er mag wollen oder nicht, letzten Endes dem Willen der Stadtverordnetenmehrheit fügen; und dieser Mehrheit ist jede nach kommunalsozialistischer riehende Handlung ohne weiteres ein Grauel. Eine Veränderung kann in dieser Hinsicht erst eintreten, wenn das Stadtparlament eine andere Zusammensetzung zeigt; und in der Hand der schwer unter dem Notstand leidenden Bevölkerung liegt es, an dieser Stelle einzulegen. Eine Verstärkung der sozialdemokratischen Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung bedeutet auch eine größere Energie bei kommunalen Feuerungsmaßnahmen, und daher ist es ein Gebot für jeden, der bessere Zustände in Wilmerdorf will, bei den am Sonntag, den 8. November, von 12—5 Uhr nachmittags stattfindenden Wahlen den Kandidaten der Sozialdemokratie seine Stimme zu geben.

## Steglich.

Der Verkauf von russischem Rind- und Schweinefleisch beginnt heute auch in Steglich. Das Verkaufstotal beläuft sich auf 21 000 M. Der Verkauf beginnt nachmittags 3 Uhr. Die weiteren Verkaufstage werden durch öffentlichen Anschlag bekannt gemacht. Das Fleisch wird in Quantitäten von 1/2 bis 5 Pfund abgegeben.

## Nieder-Schöneheide.

In der letzten Gemeindevertretersitzung teilte der Gemeindevorsteher mit, daß für die neue Grund-, Wasser- und Viehsteuer-Ordnung die Genehmigung eingelaufen sei. Das Ansehen der Gemeinde Adlershof, in dem Wald zwischen Adlershof und Nieder-Schöneheide auf Nieder-Schöneheide Gebiet eine Müllabfahrgasse zu errichten, wurde zurückgewiesen. Jeweils Schaffung von Verkehrs-bahnen, wie sie jetzt die meisten städtischen Vorortgemeinden planen, wird der Gemeindevorsteher sich mit dem Zweckverband von Groß-Berlin in Verbindung setzen, um dahin zu wirken, daß auch etwas vollständiges geschaffen wird. Auf den im Jahre 1901 vom Gemeindevorsteher an den Bezirksklub gestellten Antrag, einen Fußweg von Nieder-Schöneheide nach Adlershof längs der Chaussee (Adlersfelder) anzulegen, ist auf erneute Anfrage vom 8. März d. J. jetzt endlich die Antwort eingegangen, daß der Bezirksklub kein Interesse an einem solchen Fußweg habe und es den Gemeinden überlassen bleiben müsse, sich einen solchen zu schaffen. Es wurde nun beschlossen, sich mit Adlershof in Verbindung zu setzen, um gemeinschaftlich einen Fußweg herzustellen, damit die Fußgänger nicht mehr auf die so wie so schon für den großen Verkehr zu schmale Chaussee angewiesen sind. Als stellvertretender Vorsitzender des Bauvereins- und Gewerbevereins wurde der besoldete Schaffmeister Dr. Kühn gewählt. — Der Bezirksklub gestellte sich gegen das Vorjahr sehr zufriedenstellend, er findet jetzt an zwei Tagen in der Woche (Montag und Mittwoch) statt. Lieber den anzuhaltenden Fleischverkauf erregte sich ein recht lebhafter Debatte, in der der Antrag unserer Genossen, den Verkauf zentral einzurichten, angenommen wurde. Nach Bewilligung von 1000 M. zu den vorläufigen Ausgaben wurde eine Kommission, bestehend aus dem Gemeindevorsteher und den Gemeindevorordneten Freifei und Genossen Ungel, gewählt, die in Gemeinschaft mit dem Fleischbeschaumer Herrn Georg Weiser und dem Fleischermeister Kohnenau die vorbereitenden Schritte unternehmen sollen. Der Fleischverkauf soll sobald wie möglich in dem Hause Berliner Str. 115 stattfinden. Die Handhabungsschule, welche in dem neu angebauten Schulhaus untergebracht und auch schon vollständig eingerichtet ist, kann noch nicht in Betrieb genommen werden, weil der Bezirks-

ausschuß die nachgeschickte Dispens verlangt hat. Zu einer Beschwerde, die sofort von dem Gemeindevorsteher an den Herrn Minister abgegeben ist, gab die Gemeindevertretung ihr Einverständnis. Die beiden Feuerwehreinrichtungen werden von den pensionierten Oberfeuerwehrlieutenen Fischer und Jordan aus der Berliner Wehr bezogen, dieselben erhalten neben der freien Wohnung 600 M. Mit dieser Einrichtungs erhält unsere Feuerwehr eine ständige Wache.

## Treptow-Baumshulentweg.

Der Fleischverkauf der Gemeinde findet zuerst am heutigen Mittwoch zu festgelegten billigen Preisen statt. Der Vertrieb erfolgt durch die Schlächter Köhler, Krüllstraße 17 und Tadday, Baumshulentweg 32. Es steht zu hoffen, daß die Einwohner von dem Angebot alleseitig Gebrauch machen.

## Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. Bei der Vergabung von Arbeiten für elektrische Versorgung der Gemeindegebäude erhielt die Friedrichshagener Elektrizitätsgesellschaft Fröbert mit 274,30 M. den Zuschlag. Eine längere Debatte entstand bei der Beschlußfassung wegen baulicher Errichtung des Ostens. Hierzu teilte der Bürgermeister mit, daß die Legung der Kanalisations-, Regenwasser-, Wasser- und Gasleitungen jetzt ziemlich beendet sei und die Kosten etwa 400 000 M. hierfür betragen. Für die Pflasterung dieser Straßen sei mindestens das Doppelte notwendig. Da man aber nicht voraussetzen könne, wie die Entwicklung im Osten vor sich gehen würde, sei an eine vollständige Pflasterung der Straßen vorläufig nicht zu denken. Um nun aber den Anliegern Gelegenheit zum Gehen zu geben, sei ein neues Ortsstatut notwendig, da nach dem jetzigen nur an regulierten Straßen Gebäude errichtet werden dürfen. Die Vertretung stimmte folgenden Vorschlägen der Deputation zu: 1. Die Anlegung von Gebäuden im Osten wird gestattet, wenn der Anlieger die Pflasterkosten hinterlegt. 2. Die Gemeinde verpflichtet sich, zu den Grundstücken einen Zugangsweg in zwei Meter Breite anzulegen und einen Meter davon mit Pflaster zu befestigen. 3. Diese Wege sind ausreichend zu beleuchten. 4. Bei der Anlegung eines Zufahrtsweges ist stets die kürzeste Verbindung nach einer regulierten Straße zu wählen, wenn es sich technisch ermöglichen läßt. 5. Die Gemeinde ist zur Anlegung eines Fußweges verpflichtet, wenn zwei Drittel der Eigentümer die Pflasterkosten hinterlegt haben. 6. Der Eigentümer erklärt, daß er die vom Ortsstatut abweichenden obigen Bedingungen für sich und die Gemeinde als bindend anerkennt. 7. Der Eigentümer hat sämtliche in seinem Hause wohnenden Mieter von diesen Bestimmungen in Kenntnis zu setzen. — Die Gemeinde hat im Rat d. J. mit Besoldung einen Vertrag über Hofenanlage an der Seelstraße abgeschlossen. Der Pächter stellt nunmehr den Antrag, diesen Vertrag erst mit dem 1. April 1913 in Kraft treten zu lassen, weil er die Anlage nicht ausführen konnte, da die Gemeinde angeblich mit ihren Arbeiten zu sehr im Rückstande war. Dieser Antrag wird abgelehnt. Ein Antrag, für das Jahr 1913 die Pachtsumme um 100 Mark zu ermäßigen, wird angenommen. Dem Kantienhändlerverein werden 50 Mark zur Stiftung von Ausstellungspreisen bewilligt. Zum Bericht des Schulrates wurde mitgeteilt, daß sich die Schuldeputation mit den Anregungen und Wünschen des Rates beschäftigt habe; dieselben sollen nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Insbesondere sei bei den Anträgen eine stärkere Benutzung der Brausebäder erwünscht, hierfür ist die dritte Turnstunde in Aussicht genommen. Die Kosten für die in diesem Sommer zur Erholung nach Stolberg geschickten zehn Kinder betragen 623,20 M. Dieselben sind aus dem Wohltätigkeitsfonds entnommen worden. Zum Schluß stellte Genosse Larnow die Anfrage, wieviel die Vorbereitungen zur Einleitung der Fleischsteuerung ge-diehen sind. Nachdem der Bürgermeister erklärt hatte, daß die Petitionen abgelehnt seien, wurde auf unseren Vorschlag eine viergliedrige Kommission gewählt, welche sich unentgeltlich mit Groß-Berlin in Verbindung setzen soll, um den Fleischverkauf am Orte in die Wege zu setzen. Der Kommission, welcher auch Genosse Larnow angehört, werden 2000 M. zur Verfügung gestellt. Nachdem eine längere gebundene Sitzung statt, in welcher im besonderen über die Gemeindeabgabenlast verhandelt wurde.

## Birkentwerder.

Gegen den Lebensmittelwucher protestierte am Sonntagmorgen eine gut besuchte Volksversammlung. Die Referentin, Genossin Marie Juchacz-Kneuß, rechnete mit den herrschenden Preisen und der Regierung gebüht ab. Lang anhaltender Weisfall wurde der Referentin für ihre trefflichen Ausführungen zuteil. — Und immer neue Gleichnisse waren es, welche die darauffolgende kurze Diskussion entrollte. Mit dem Appell: „Gemein in die Organisationen“ und mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

## Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Spandau. Am Donnerstag, den 31. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungssaal des Rathauses.

Mariendorf. Donnerstag, den 1. November, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus-Sitzungssaal.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Marktbericht von Berlin am 28. Oktober 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten. Marktpreise (Einzelhandel).

100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 36,00—50,00. Bohnen 35,00—50,00. Kartoffeln (Kleinbül.) 5,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,40. Rindfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,20—6,50. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Rote 1,00—3,20. Bänder 1,40—3,60. Säfte 1,40—2,80. Porcke 1,00—2,40. Schale 1,60—3,20. Weiz 0,90—1,40. 60 Stück Klee 2,00—3,00.

## Witterungsüberblick vom 29. Oktober 1912.

Stationen	Wann	Wind	Wetter	Temperatur	Wasser	Wetter	Temperatur
Amstemb.	155	SW	bedeckt	10	Kapranba	7620	bedeckt
Hamburg	157	SW	2 Regen	13	Reinshag	750	4 Schnee
Berlin	157	SW	2 Wolkl.	11	Seeh.	749	6 Wolkl.
Frankf. a. M.	158	SW	1 Nebel	8	Aberdeen	759	bedeckt
München	159	SW	4 heiter	6	Paris	755	bedeckt
Wien	160	SW	bedeckt	3			

## Wetterprognose für Mittwoch, den 30. Oktober 1912.

Mild und zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit Regenfällen und ziemlich starken südwestlichen Winden.

## Berliner Seilerbureau.

## Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Seilerbureau.

Wasserstand	am 28. 10.	am 27. 10.	Wasserstand	am 28. 10.	am 27. 10.
Regel, Teltow	169	-5	Saale, Großh.	85	+2
Regel, Anhalter	140	-10	Saale, Borsdorf	41	+5
Regel, Lütz.	128	-2	Regel, Bismarck	98	0
Ober, Anhalter	206	-34	Regel, Bismarck	98	0
Regel, Anhalter	145	-1	Regel, Bismarck	85	+2
Regel, Anhalter	155	+1	Regel, Bismarck	87	+3
Regel, Anhalter	20	-2	Regel, Bismarck	817	+40
Regel, Anhalter	0	-2	Regel, Bismarck	496	+23
Regel, Anhalter	-5	-2	Regel, Bismarck	204	+21
Regel, Anhalter	20	-6	Regel, Bismarck	270	+29
Regel, Anhalter	-102	-5	Regel, Bismarck	123	-2
Regel, Anhalter	145	-4	Regel, Bismarck	184	+4
Regel, Anhalter	124	+4	Regel, Bismarck	131	+5

\*) + bedeutet Hoch. — Fall. — \*) Unterpegel.